

43. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 29. September 2011

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten.	3487	Drucksache 5/4077	
		Drucksache 5/4035.	3503
1. Aktuelle Stunde			
Thema:		Dringliche Anfrage 50 (Bundesweite Umlage der	
Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung		Netzausbaukosten)	
für die Zukunft - Zukunftsdebatten in Bran-		Minister für Wirtschaft und Europaangelegenhei-	
denburg		ten Christoffers.	3503
Antrag		Dringliche Anfrage 51 (Konsequenzen aus der	
der Fraktion DIE LINKE		Entscheidung des Bundesrates)	
		und	
Drucksache 5/4033.	3487	Dringliche Anfrage 52 (Konsequenzen aus Bun-	
Frau Kaiser (DIE LINKE)	3487	desratsbeschluss zum CCS-Gesetz)	
Frau Dr. Ludwig (CDU)	3490	Minister für Wirtschaft und Europaangelegenhei-	
Kurzintervention		ten Christoffers.	3504
des Abgeordneten Ludwig (DIE LINKE)	3492	Frage 728 (Grundwasserwiederanstieg - Wasser-	
Frau Dr. Ludwig (CDU)	3492	probleme in Lübbenau/Spreewald)	
Holzschuher (SPD)	3493	Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft	
Büttner (FDP)	3494	Vogelsänger	3507
Frau von Halem (GRÜNE/B90)	3495	Frage 723 (Bundeswehrstrukturreform)	
Ministerpräsident Platzeck	3496	Ministerpräsident Platzeck.	3507
Ness (SPD)	3499	Frage 730 (Vorlage des Masterplans Breitband -	
Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbrau-		Brandenburg Glasfaser 2020)	
cherschutz Tack	3500	Minister für Wirtschaft und Europaangelegenhei-	
Frau Kaiser (DIE LINKE)	3501	ten Christoffers.	3508
Kurzintervention		Frage 731 (Amtshilfe der Polizei bei Vor- bzw.	
des Abgeordneten Goetz (FDP)	3502	Zuführungen an die Gerichte)	
Frau Dr. Ludwig (CDU)	3502	Minister des Innern Dr. Woidke	3509
Büttner (FDP)	3502	Frage 739 (Theater- und Konzertverbund)	
2. Fragestunde		Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Drucksache 5/4075		Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst	3509
Drucksache 5/4076			

	Seite		Seite
3. Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering		Hoffmann (CDU)	3527
Gesetzentwurf der Landesregierung		Frau Große (DIE LINKE)	3527
Drucksache 5/4015		Frau von Halem (GRÜNE/B90)	3528
1. Lesung	3510	Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch.	3529
Minister der Justiz Dr. Schöneburg	3510	Büttner (FDP)	3529
Eichelbaum (CDU)	3512	6. Verbesserung der Krankenhaushygiene	
Ziel (SPD)	3513	Antrag der Fraktion der CDU der Fraktion der FDP	
Frau Teuteberg (FDP)	3513	Drucksache 5/4051 (Neudruck)	3530
Frau Mächtig (DIE LINKE)	3514	Prof. Dr. Schierack (CDU)	3530
Frau Niels (GRÜNE/B90)	3515	Frau Lehmann (SPD)	3531
4. Wirtschaftlichkeit des Flughafens Berlin Brandenburg International und der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH		Beyer (FDP)	3532
Große Anfrage 13 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Frau Wöllert (DIE LINKE)	3532
Drucksache 5/3119		Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	3533
Antwort der Landesregierung		Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	3534
Drucksache 5/3819		Prof. Dr. Schierack (CDU)	3535
Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		7. Branchenkompetenzfelder Papier und Holz weiter aktiv unterstützen und in die Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg integrieren!	
Drucksache 5/4086.	3516	Antrag der Fraktion der FDP	
Vogel (GRÜNE/B90)	3516	Drucksache 5/4053.	3535
Frau Hackenschmidt (SPD)	3518	Tomczak (FDP)	3535
Homeyer (CDU)	3519	Frau Hackenschmidt (SPD)	3536
Frau Wehlan (DIE LINKE)	3520	Homeyer (CDU)	3537
Tomczak (FDP)	3521	Domres (DIE LINKE)	3537
Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers	3522	Vogel (GRÜNE/B90)	3538
Kurzintervention des Abgeordneten Goetz (FDP)	3523	Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers	3539
Schulze (SPD)	3524	Tomczak (FDP)	3539
5. Kinderbetreuung bedarfsgerecht gestalten - Eltern bzw. Erziehungsberechtigten gleichmäßige Teilhabe am Erwerbsleben ermöglichen		Anlagen	
Antrag der Fraktion der FDP		Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 29. September 2011.	3541
Drucksache 5/4052.	3525	Anwesenheitsliste vormittags	3546
Büttner (FDP)	3525	Anwesenheitsliste nachmittags	3546
Frau Lieske (SPD)	3526	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich begrüße Sie zur 43. Sitzung des Landtags Brandenburg. Ich begrüße auch unsere Gäste, Schülerinnen und Schüler aus dem Oberstufenzentrum Prignitz in Wittstock. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Ihnen liegt der Entwurf der Tagesordnung vor. Gibt es hierzu Bemerkungen? - Herr Senftleben, bitte.

Senftleben (CDU):

Herr Präsident! Werte Kollegen! Wir als CDU-Fraktion beantragen die Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes 1 „Gegen Vorverurteilungen - Fairness und Sachlichkeit im Umgang mit dem Polizeieinsatz in Neuruppin!“. Wir haben gestern im Landtag eine sehr sachliche Debatte - wie wir alle finden - aufgrund von Dringlichen Anfragen zum Polizeieinsatz in Neuruppin am letzten Wochenende geführt. Diesbezüglich müssen wir heute in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“, einer sehr großen Tageszeitung in Brandenburg, die Meinung eines Landtagskollegen lesen:

„Insoweit verstärkt sich meinerseits der Verdacht, dass hier seitens der Polizeiführung und des Innenministeriums von Anfang an die Konfrontation mit den demokratischen Kräften gesucht wurde.“

Das heißt für uns, dass ein Landtagsabgeordneter offensichtlich der Meinung ist, dass im Vorfeld einer solchen Demonstration eine rechtswidrige Handlung im Innenministerium vorbereitet und geplant worden ist. Diesen Vorwurf würden wir in dieser Landtagssitzung gern ausgeräumt wissen, weil das erstens nicht so stehenbleiben darf und sich zweitens die Frage stellt, auf welcher Grundlage wir hier im Landtag diskutieren und uns vereinbaren, Dinge - wie gestern vom Innenminister vorgestellt - in den Fachausschüssen weiter zu diskutieren.

Solche Aussagen beschädigen unserer Ansicht nach das Ansehen des Landes, des Landtags, der Polizei und aller demokratischen Kräfte im Einsatz für ein friedliches Miteinander im Land Brandenburg. Deshalb bitten wir darum, heute die Gelegenheit zu erhalten, das unter Punkt 1 der Tagesordnung zu diskutieren. - Vielen herzlichen Dank.

(Schwacher Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Dazu gibt es eine Wortmeldung des Abgeordneten Görke.

Görke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz im Namen der Koalitionsfraktionen gegen dieses Begehrt sprechen. Meine persönliche Meinung vorab: Herr Kollege, das ist mittlerweile eine „Sternstunde“ - zumindest einer Oppositionsfraktion -, dass Sie dazu übergeben, persönliche Meinungen von Abgeordneten in diesem Hohen Haus zu diskutieren.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Zum Fakt: Wir haben gestern aufgrund mehrerer Dringlicher Anfragen Stellungnahmen der Landesregierung zu diesem Sachverhalt zur Kenntnis genommen. Es ist im Parlament verabredet, dass der Innenausschuss nach Auswertung der genauen Abläufe dieses Einsatzes darüber berät. Er ist das Gremium, welches diese Diskussion führen sollte, und deshalb ist das heute nicht der Platz.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Nichtsdestotrotz liegt Ihnen der mündliche Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um einen neuen Punkt 1 vor. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung abstimmen. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Reihe von Enthaltungen ist die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde**Thema:**

Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft - Zukunftsdebatten in Brandenburg

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 5/4033

Die Abgeordnete Kaiser beginnt die Debatte für die Linksfraktion.

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Gäste! „Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft - Zukunftsdebatten in Brandenburg“, das ist das Thema unserer heutigen Aktuelle Stunde. Für meine Fraktion gibt es inmitten von Tagespolitik kein aktuelleres Thema.

Mit öffentlichen Debatten zu den Leitbildern für die Metropolregion Berlin-Brandenburg einerseits sowie für ein solidarisches Brandenburg der Region durch die Linke andererseits haben wir gute Erfahrungen in diesem Land gemacht. Erkenntnisse aus Meinungsstreit und politischem Wettbewerb mündeten in Programme. Diese standen 2009 zur Wahl und erwiesen sich als so passend und konsensfähig, dass mit der jetzigen rot-roten Koalition politische Weichenstellungen für Gemeinsinn und Erneuerungen vorgenommen werden konnten. Wir sind also politische Schritte gegangen - im Ergebnis einer Diskussion -, um mit sozialen Maßstäben durch würdig bezahlte Arbeit, bessere Bildungschancen, ökologischen Umbau sowie finanzpolitisch mit Augenmaß Armut zu bekämpfen, solidarisch mit den Kommunen umzugehen, um den Brandenburgerinnen und Brandenburgern eine gute Zukunft in Brandenburg zu ermöglichen. Und: Die Mehrheit im Land identifiziert sich mit diesen Inhalten.

ten, und gut die Hälfte unserer Landsleute findet das Handeln von Regierung und Koalition überwiegend richtig und in Ordnung.

Jetzt, noch nicht ganz in der Mitte der Wahlperiode, lohnt es sich - gleichzeitig mit sachlichem Blick auf die Bilanz -, den Bogen schon weiter zu spannen. Angesichts neuer Herausforderungen wie den Krisen um Euro und Atomkraft, angesichts alter und neuer sozialer Ängste lohnt es, Konzepte zu überprüfen, Politik auch neu zu justieren. Wir denken, auch und gerade das Parlament ist in Verantwortung, nicht taktisch den verbalen Schlagabtausch zu pflegen, sondern offen im Dialog an zukunftsicheren Lösungen zu arbeiten, die für das Land gut sind.

Kein Zufall, dass gerade SPD und die Linke neue Leitbilder erarbeiten. Angesichts der Politik einer Bundesregierung, die sich weigert, die Finanzmärkte und Banken zu besteuern, aber die Schuldenbremse heiligspricht, die einen Zickzackkurs in der Atompolitik fährt, aber die Länder und Kommunen mit den praktischen Folgen ihrer Politik allein sitzen lässt - da haben wir genug Beispiele: die Bekämpfung von Armut, den Ausbau neuer Stromnetze oder Konversion; sogar bei der Einführung des Digitalfunks oder neuer Personalausweise -, sind die Folgen durch Länder und Kommunen zu tragen.

Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes - das unterstreichen die Linke und die Koalition ganz klar - haben ein Recht auf Klarheit darüber, wohin Politiker das Land steuern wollen, wohin die Reise gehen wird - und das nicht allein als Verkündung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ja, die Leute im Land sind in Bewegung - und wie! Sie nehmen ihre Belange in die Hand - Schüler und Lehrer, Landesjugendring, Musikschulen und freie und Förderschulen, Polizei, Oberbürgermeister, von Fluglärm Betroffene, CCS- und Windkraftbefürworter und -gegner oder Menschen, die in großer Nähe zu Tagebauen oder in Nachbarschaft mit Bibern leben oder mit Hochwasserfolgen konfrontiert sind.

Eines ist ganz klar: Die ideologische Brechstange hat in der Politik wirklich ausgedient, und wir sind gefordert, uns genau anzugucken, wogegen sich Demonstrationen und Volksinitiativen richten bzw. wofür sie sich einsetzen. Sie richten sich nicht zwingend und nicht im Grunde gegen die heutige Politik rot-roter Landesregierungen. Sie richten sich auch gegen Folgen von Politik, und oft genug sind sie deshalb da, weil man von dieser Regierung mehr erwartet: größere Schritte, schnelleres Handeln.

Wer genau hinsieht, muss bemerken: Wir versuchen die Widersprüche nicht glattzubügeln. Wir bürsten die Volksinitiativen nicht ab und reden ihnen auch ihre Ziele nicht aus. Wir machen nicht einfach Versprechungen. Wir begeben uns in diese oft kontroverse Debatte, machen als Koalitionsfraktionen auf Probleme aufmerksam, nehmen die Anliegen sehr ernst und versuchen ihnen zu entsprechen. Musikschule und Polizeireform, denke ich, waren gute Beispiele neuer Praxis, und darin, wie wir das tun, unterscheidet sich Rot-Rot wohl von fast allen Landesregierungen, die ich kenne.

Brandenburginnen und Brandenburger sollen und wollen parlamentarische und Regierungsentscheidungen nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen müssen, sondern selbst Verantwortung

für ihre Lebensfragen, ihre Zukunft und die Chancen ihrer Kinder und Enkel übernehmen. Genau das ist die Basis aller Demokratie, auch wenn natürlich nicht jedem und jeder alle Positionen gleichermaßen passen.

Ganz klar, damit ist noch lange nicht alles in Butter. Offene Debatten angesichts oft völlig gegensätzlicher Interessen, abnehmender Ressourcen und öffentlicher Haushalte münden ja nicht einfach in machtpolitische Lösungen, selbst wenn sie von den jeweils Unzufriedenen so wahrgenommen werden.

Politische Entscheidungen sind ergebniskomplexe Abwägungen zwischen wünschenswert und möglich, zwischen heute und morgen, zwischen laut oder leise oder gar nicht artikulierten Interessen. Die Richtungsentscheidung für das Land ist also das Ergebnis von Diskurs, Dialog und Debatte. Das ist Politik. So verstehen wir Politik. Wir sind es selbst, die Bürgerinnen und Bürger, die öffentlich oder zu Hause, in der Schule, im Verein, in der Nachbarschaft oder in gewählten Vertretungen miteinander diskutieren. Die Fragen sind: Wie wollen wir leben? Was wollen wir bewahren? Was ist uns am wichtigsten?

Vor zwei Jahren waren das in Brandenburg Arbeit, von der man leben kann, die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen, aber auch die Lebensbedingungen in den Kommunen vor Ort. Können wir uns mit den Möglichkeiten, die eine Kommune hat, noch ein Zuhause bauen? Die Fragen haben sich nicht wesentlich verändert. Wir, Landtag, Regierung und Parteien, sind Teil dieser Debatte, und wenn wir genau hinsehen, erkennen wir, dass wir auch gestern und heute diese Debatten über Klimafragen und Fragen zur Kulturpolitik auf dem Tisch gehabt haben, zum Beispiel am Montag auf dem Forum zur Demografie, als es darum ging: Wie können wir in diesem Land unsere Belange regeln und vertreten?

Allein mit dem Ehrenamt wird es nicht gehen angesichts der Tatsache, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger immer schneller altern - nicht wir persönlich, sondern im Durchschnitt. Die Glücksstudie in der vergangenen Woche hat uns beschieden, dass wir damit ein Problem haben. Wenn wir glücklicher werden wollen, müssen wir nicht nur mehr Sport treiben und gesünder leben, das haben wir auch begriffen, sondern die Rahmenbedingungen für das Leben der Menschen in diesem Land gestalten.

Eben deshalb - ich wiederhole es - haben sowohl die SPD als auch die Linkspartei ihre Arbeit an einem Leitbild für Brandenburg erneut aufgenommen. Tagesprobleme, Tagespolitik, die den Tag überdauern soll, braucht breitestmögliche Akzeptanz für weitgesteckte Ziele. Um diese Akzeptanz muss man ringen. Für Entscheidungen und Handeln im Detail brauchen wir Grundsätze, Maßstäbe und Kriterien als Kompass, und genau aus diesem Grund setzen wir heute hier im Landtag diese Themen: Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft. Das sind die Grundlinien, wenn Sie so wollen, der rote Faden für die Politik meiner Fraktion.

Zukunftsfähig zu arbeiten heißt für uns, soziale Fragen von heute rechtzeitig zu erkennen, bevor sie zu Schicksalsfragen werden, bevor Risse in der Gesellschaft zu unüberwindlichen Gräben wachsen. Leichter und kleiner ist Nachhaltigkeit nicht zu haben, und, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau dieser Grundsatz der Nachhaltigkeit soll für künftige Landespolitik, also für alle Entscheidungen gelten, und er ist bereits im Koali-

tionsvertrag vereinbart. Die Nachhaltigkeitsstrategie, um dies zu untersetzen, befindet sich in Arbeit.

Meine Fraktion hat sich im März auf einer öffentlichen Konferenz dazu verständigt. So bereiten wir die gesellschaftliche Debatte vor. Wir unterstützen ganz klar die Absicht der Landesregierung, sich dieser Sache zu öffnen und offensiv Mitstreiter zu gewinnen. Hier sind wir aber auch als Parlamentarier gefordert. Wir selbst haben vor gut anderthalb Jahren beschlossen zu prüfen - ich zitiere -

„ob und welche im Bund oder in anderen Bundesländern erprobten Instrumente zur parlamentarischen Begleitung eines Beirates zur nachhaltigen Entwicklung eingeführt werden können.“

So sperrig das klingt, so ist es doch Zeit, meine Damen und Herren, in der Sache zu entscheiden. Nachhaltigkeit als Begriff verstehen wir so komplex, wie es die Enquetekommission des Deutschen Bundestages zum Schutz des Menschen und der Umwelt bereits in den Neunzigerjahren entwickelt hat. Nachhaltigkeit als Konzeption einer dauerhaft zukunftsfähigen Entwicklung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension menschlicher Existenz.

Die Politik muss die Belange unserer Kinder und Enkel von vornherein mitdenken. „Enkeltauglichkeit“ - so nannte es ein Mitglied meiner Fraktion - ist also Hauptkriterium unserer Politik. Unsere Vorstellung von einem Leitbild geht deshalb von fünf zentralen Lebensfragen der Bürgerinnen und Bürger aus. Das sind:

erstens - die nachhaltige Bildungslandschaft, also: Wie werden meine Kinder und Enkel groß? Können sie in gut ausgestattete Kindergärten und Schulen gehen? Ist die Schule wohnortnah und die Schulklasse angemessen groß oder - besser - angemessen klein?

Zweitens - Wirtschaft und Arbeit. Soziales und ökologisches Wirtschaften - dazu stehen die Fragen: Kann ich qualifiziert in einem Beruf arbeiten? Kann ich mit und von meiner Arbeit gut leben? Werde ich existenzsichernd bezahlt? Das ist übrigens eine Frage, die mit unserer Leitbilddebatte in der Gesellschaft nicht nur sozusagen provinziell brandenburgisch diskutiert wird, sondern die DGB-Gewerkschaften sind gerade auch in einer solchen inhaltlichen Debatte und fragen nach Rahmenbedingungen für die neue Arbeitswelt in diese globalisierten, flexibilisierten Gesellschaft. Insofern sind wir mit diesen Fragestellungen nicht allein, und ich denke, wir sind an den richtigen Fragen dran.

Eine dritte Frage ist die nach der Lebensqualität in zukunftsfähigen Städten und Dörfern. Haben wir vor Ort die entscheidenden Kompetenzen und Mittel in der Hand, um Lebensorte neu zu gestalten, ein solidarisches Gemeinwesen für alle Generationen, in dem wir heimisch sind und hier bleiben? Wenn sich eine Enquetekommission mit solchen Fragen beschäftigt, dann auch damit: Was kann vor Ort besser geregelt werden? Welche Fragestellungen müssen nicht zentral, sondern können vor Ort entschieden werden? Wie werden Mittel und Kompetenzen aufgeteilt?

Ein viertes Thema ist der Klimawandel. Mit dem Klimawandel leben wir, und wir müssen ihn bewältigen. Eine Energiewende

muss Versorgungssicherheit gewährleisten, aber die Energiepreise müssen auch sozial verträglich sein, und es steht für viele die Frage: Können wir uns Wärme, können wir uns Strom zukünftig noch in dem Maße leisten, wie wir ihn brauchen? Das ist die soziale Seite der Energiefrage.

Das fünfte Thema ist zukunftsfähige Finanzpolitik, trotz eines abnehmenden Landeshaushaltes soziale Balancen zu wahren. Das haben wir gerade mit der Haushaltsdebatte bereits auf der Tagesordnung.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, egal, ob Bildung, Arbeit, Daseinsvorsorge, Klimaschutz oder Haushalte: Es ist kein Geheimnis, dass der Linken in ihrem Herangehen dezentrale vor zentralen Lösungen sowie öffentliches bzw. öffentlich kontrollierbares Eigentum vor Privatisierung kommen.

(Zustimmung DIE LINKE)

Dabei geht es nicht um Schnellschüsse, aber durchaus um eine bestimmte verlässliche, erkennbare Richtung von Politik. Diese Themen - nachhaltige Bildung, Wirtschaft und Arbeit - lassen sich mit den ersten Schritten, die wir unternommen haben, gut darstellen. Die Richtung der Politik ist ausgewiesen, erste Schritte sind gegangen. Wir wollen und haben vereinbart, dass gute Bildung nicht mehr von sozialer oder regionaler Herkunft abhängen darf. Wir wollen Chancengleichheit für alle. Deshalb fühlen wir uns vorrangig verantwortlich - das kann uns niemand verdenken - für öffentliche Schulen, für die Verbesserung der Qualität in den Schulen, die für alle in erster Linie da und erreichbar sein müssen.

(Zustimmung DIE LINKE)

Wir haben trotz knapper Kassen die kleinen Spielräume genutzt, um mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, als ursprünglich geplant. Wir wissen, die praktischen Wirkungen sind noch nicht für alle als Verbesserungen erkennbar, und wir müssen uns fragen, warum das so ist. Aber das heißt doch nicht, dass die Richtung falsch ist. Wie wir diese Dinge mit einer radikalen Nettoneuverschuldung auf Null hätten beschließen können, wie es die Oppositionsfraktion der CDU ursprünglich geplant hatte, bleibt ihr Geheimnis. Ich bin mir ganz sicher, mit dem radikalen Abbau der Verschuldung wären solche Spielräume auch nicht mehr vorhanden.

Übrigens ist der Landesaktionsplan zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ein gutes Beispiel für inhaltliche Nachhaltigkeit. Wir konnten all diese Beispiele der letzten Jahre hier zur Kenntnis nehmen.

Es gibt übrigens in vielen öffentlichen Schulen neue nachhaltige Ansätze. Ein innovatives, modernes Verständnis von Bildung sowie spannende Projekte sind entstanden. Meine Vision ist, dass so etwas künftig nicht nur in besonders geförderten Projekten, sondern in allen Schulen möglich ist.

Was das nachhaltige Wirtschaften betrifft, streben wir eine ökologisch ausgerichtete Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstruktur an; das war die Weichenstellung, sie ist bereits vollzogen. Erste Schritte auf diesem Weg sind gegangen. Vom Wirtschaftsministerium wurde bereits die Innovationsstrategie für die Regionen neu geschrieben, die Mittelstandsstrategie neu gefasst, mit dem Breitbandkonzept auch für die ländlichen Räu-

me Sorge getragen, mit der Ansiedlungsstrategie wurden Antworten auf die demografischen Herausforderungen gegeben und die Veränderungen der Förderrichtlinie angepasst. Und ich will ganz klar sagen: Wenn es um die Schaffung neuer guter Arbeitsplätze geht, bleibt für uns geförderte Beschäftigung für Menschen, die jetzt in der Langzeitarbeitslosigkeit strukturell festhängen, ein Thema.

(Beifall DIE LINKE sowie SPD)

Wenn uns die Bundesregierung dabei nicht unterstützt, dann ist das rot-rote Markenzeichen in Brandenburg, denn ich sage ganz klar: Das Problem der Qualifizierung, von der wir immer sprechen, und des Fachkräftemangels, der zu Recht beklagt wird, wird von dieser Bundesregierung nicht angegangen. Wenn wir uns angucken, wie die Instrumente im Moment verändert werden, stellen wir fest: Es wird auch bei Arbeitsförderung und Qualifizierung gespart.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Wir können und wir wollen es uns nicht leisten, dass auch nur ein Mensch das Gefühl hat, er werde in dieser Gesellschaft nicht gebraucht.

Visionen beginnen im Heute. Kleine Unternehmen im Land werben selbst für Qualitäts- und Umweltzertifizierung. Ich nenne aus meinem Wahlkreis die Firma ALLRESIST. Das ist ein Betrieb, der Gewinn erwirtschaften muss, aber nachhaltig denkt, sich um das Betriebsklima, um soziale Belange und die Ausbildung Gedanken macht. Solche Betriebe sagen: Es ist ein klarer Standortvorteil Brandenburgs, wenn die Leute, die unsere Produkte kaufen, sagen: „Hier wird nachhaltig gewirtschaftet.“ Dass die IHK diese Aktionen, diese Zertifizierungen unterstützt, finde ich eine richtige und gute Sache. Das gehört auch zur Veränderung der Wirtschafts- und Arbeitswelt.

Stichwort Energiedialog: Den führen wir seit langem in diesem Land, den wollen wir fortsetzen und intensivieren. Wenn es um Versorgungssicherheit bei wettbewerbsfähigen und verträglichen Preisen und um deutlich weniger CO₂, kluges Management, um den Vorrang und den Ausbau der erneuerbaren Energien geht, dann stellen sich Fragen: Wie soll und kann das gehen? Wie können die Leute vor Ort mitmachen? Welche Lösungen finden wir? Bleibt Brandenburg ein Energieexportland? - Die Kohle in der Lausitz und ihre Nutzung wird nicht von einem Tag auf den anderen aufhören; warum auch? Was sind in diesem Zusammenhang sozial verträgliche und nachhaltige Lösungen? Lassen Sie uns diesen Dialog im Land führen, auch im Rahmen der Haushaltspolitik, bei der wir selbstverständlich im Auge behalten, dass wir von den Schulden runtermüssen, aber nicht in ideologischer Art, nicht in Bestschülermanier draufloskürzen, koste es, was es wolle.

Anders geht die Landesregierung in solchen Dialogen schon jetzt mit ihren Kommunen um. Wir stellen die Interessen der Kommunen von vornherein erkennbar stärker in Rechnung als Regierungen vergleichbarer Bundesländer, weil wir sagen: Entwicklungsbedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort - also unsere eigenen - selbstbestimmt gestalten, das können nur die Städte und Gemeinden - wer denn sonst?

Sie konnten in den letzten Wochen erleben, dass soziale Belange auch in der Justizpolitik für uns eine Rolle spielen, beim Tä-

ter-Opfer-Ausgleich oder dem vorbereiteten Resozialisierungsgesetz genauso wie bei der Einstellung von Sozialrechtlern. Das ist ein neues Feld, auf dem wir uns, denke ich, genauso um Nachhaltigkeit - nämlich nicht um vollbesetzte Gefängnisse - bemühen und die Debatte über mehr Kriminalitätsprävention und weniger Verbrechen im Land führen und entsprechende Lösungen finden müssen.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir als Abgeordnete - und zwar aus allen Fraktionen - tragen überdurchschnittlich viel Verantwortung für Brandenburgs Zukunft. Lassen Sie uns also konstruktiv streiten. Lassen Sie uns kritisch bleiben, Ideen entwickeln, über den Tag hinausdenken und Werkstatt sein für die Zukunft unseres Landes. Land und Leute erwarten das von uns, und es lohnt sich auch. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Die Abgeordnete Ludwig spricht zu uns.

Frau Dr. Ludwig (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Frau Kaiser, ich dachte wirklich, ich müsste jetzt meine Rede umschreiben, und Sie würden uns eröffnen, was tatsächlich Anlass Ihrer Aktuellen Stunde ist. Ich glaube, es bleibt Ihr Geheimnis, was Sie in das Thema der Aktuellen Stunde hineininterpretieren.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Ich glaube nicht, dass das Parlament der geeignete Ort für diese Selbstversicherung ist, die wir hier gerade gehört haben. Ich habe größtes Verständnis dafür, gerade aufgrund der aktuellen Presselage, natürlich auch durch dieses Modellprojekt - das letzte übrigens in Deutschland, das Rot-Rot betrifft. Es ist ja von Ihrem Landesvorsitzenden angekündigt worden, dass Sie sich jetzt stärker vom Koalitionspartner abgrenzen wollen, aber dazu komme ich an einem anderen Punkt noch.

Der rote Faden Ihrer Politik - glaube ich, ist immer ganz gut in einer Haushaltsrede, aber ich kann mich ein Stück weit daran erinnern, da genau das Gleiche gehört zu haben, und ich finde es, ehrlich gesagt, krude, diese Aktuelle Stunde nicht wirklich für Aktuelles zu nutzen,

(Beifall CDU und FDP)

und da fällt mir eine ganze Menge, gerade zum Thema Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung ein.

Ich habe Verständnis dafür, dass die aktuellen Dinge aus der Presse, was Potsdam und Immobilien betrifft, zu aktuell waren, aber ich glaube, man braucht gar nicht so weit dahinterzuschauen. Da gibt es genug Dinge, die die Brandenburger genauso interessieren, auch in diesem Zusammenhang.

Wenn ich mir aber die Begründung Ihrer Aktuellen Stunde - es

fällt mir schwer, das so zu sagen - ansehe, dann finde ich es schon regelrecht niedlich, dass Sie schreiben, dass Sie teilweise durch die Aktivitäten der Landesregierung für diese Aktuelle Stunde inspiriert seien.

(Beifall CDU)

Vielleicht können Sie nachher noch einmal erklären, woher Sie die Aktualität nehmen.

(Görke [DIE LINKE]: Redezeit!)

Es gibt einen Landtagsbeschluss - wir haben ihm nicht zugestimmt -, der am 21. Januar 2010 gefasst wurde. Da ist die Landesregierung aufgefordert worden, tatsächlich Eckpunkte für eine Nachhaltigkeitsstrategie vorzulegen.

Dann gab es im August 2010 einen Nachhaltigkeitsbeirat. Der hat dann Eckpunkte festgelegt. Daraufhin gab es vom Februar 2011 einen Kabinettsbeschluss - ich nähere mich langsam der Aktualität-, der deutlich macht, wie die Landesregierung sich das vorstellt. Wenn man sich dann dieses Strategiepapier anschaut, dann stellt man fest, dass die Landesregierung plant, einen öffentlichen Konsultationsprozess fortzuführen, und da bin ich jetzt wahrscheinlich bei Ihrer Aktualität. Dieser öffentliche Konsultationsprozess soll nämlich Ende Sommer 2011 eingeleitet werden. Also gut, ich könnte Ihnen eventuell noch zustimmen, wenn Sie sagen, dass Sie sich darauf beziehen. Aber lassen Sie mich kurz die Passage vorlesen, die hier steht:

„Dieser öffentliche Konsultationsprozess soll geführt werden zu Themen, Zielen, Indikatoren, Maßnahmen und zum Steuerungsprozess einer Landesstrategie auf der Grundlage des Eckpunktepapiers. Dazu sollen unterschiedliche Dialogformate verwendet werden. Internetkonsultationen gehören dazu, Workshops, Arbeitsgruppen, Interviews für die Kommunikation mit ...“

- jetzt kommt's!

„... den zu definierenden Zielgruppen.“

Meine Vermutung, sehr verehrte Frau Kaiser, ist, dass die Linke ein Stück weit Angst hat, dass sie mit den zu definierenden Zielgruppen dieser Landesregierung nicht gemeint ist.

(Beifall CDU)

Das Thema, das Sie mit dieser Nachhaltigkeitsstrategie ansprechen, ist so umfangreich, dass eine Aktuelle Stunde - wir haben neun, Sie fünfzehn Minuten - weiß Gott nicht ausreicht, um diese Thematiken wirklich zu diskutieren und auch diesen Konsultationsprozess anzuschieben.

(Görke [DIE LINKE]: Wer im Gestern lebt, kann so etwas nicht verstehen!)

- Sie wissen, wovon Sie reden, Herr Görke.

(Beifall CDU)

Wenn es das nicht sein sollte, handelt es sich vielleicht um die neue Strategie, die Herr Nord, Ihr Landesvorsitzender, angekündigt hat: diese sogenannte innerkoalitionäre Opposition.

Dazu sage ich Ihnen aber klar: Beides geht eben nicht an der Stelle.

(Beifall CDU und FDP)

Sie können nicht auf der einen Seite in einer Koalition arbeiten wollen, die natürlich auch durch Kompromisse gekennzeichnet ist, wo man eben nicht reine Politik, wie auch immer man sie wirklich meint, aus der Opposition mitgebracht, umsetzen kann - das gehört nun mal zu einer Regierung - und auf der anderen Seite tatsächlich Opposition machen wollen. Kollegen von mir sagen immer: „Ein bisschen schwanger geht halt nicht.“ Und Sie müssen sich auch irgendwann einmal entscheiden, was Sie wollen.

(Beifall CDU)

Dass Sie aber dazu das Zauberwort der Grünen, nämlich die Nachhaltigkeit, nutzen - um das aus aktuellem Anlass nehmen zu wollen -, um sich abzugrenzen, und nicht das tun, was aktuell notwendig wäre, nämlich ernsthaft über die Energiestrategie zu sprechen - ich darf in Erinnerung rufen, seit Monaten fordern wir diese Energiestrategie ein, die wirklich wichtig und notwendig ist für dieses Land ...

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Genau das!)

- Frau Kaiser, genau das. Dann diskutieren Sie es doch hier und fordern Sie es von der Landesregierung ein!

(Beifall CDU und FDP)

Wenn ich von Ihnen hier höre, dass man darauf achten muss, dass Energie bezahlbar bleiben soll, dass es viele Menschen geben wird oder vielleicht auch schon gibt, die sich Energie nicht leisten können, dann sage ich Ihnen: Diskutieren Sie doch einmal darüber, was das Thema Windkraftenergie denn an Preisen auslöst, ganz speziell für die Brandenburger. Das wäre doch einmal ein aktuelles Thema.

(Beifall CDU - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Bildungsstrategie - nichts davon zu erkennen; Sicherheit für das Land Brandenburg - auch ein ganz aktuelles Thema.

(Görke [DIE LINKE]: Sackgasse!)

Es gibt ganz aktuell natürlich zu lesen, wie „harmonisch“ diese Koalition funktioniert. Da bin ich auch wieder bei dem Thema „Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung“. Gucken wir uns doch einmal die Punkte an, die Sie hingeschrieben haben: „Nachhaltige Bildungslandschaft“. Ist es denn sozial gerecht, tatsächlich den freien Schulen in dieser Art und Weise die Zuschüsse zu kürzen?

(Görke [DIE LINKE]: Angemessen!)

Ihnen wurden 39 000 Unterschriften überreicht. Ich glaube, die sprechen eine deutliche Sprache.

(Görke [DIE LINKE]: 39 600!)

- Danke für die genaue Zahl. Ich habe ein paar unterschlagen, das tut mir wirklich leid. Aber Sie sehen: Die Bevölkerung in

Brandenburg ist aufgebracht aufgrund Ihrer „sozial gerechten“ Bildungspolitik.

Schauen wir uns einmal Wirtschaft und Arbeit an: Sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften, öffentlicher Beschäftigungssektor, Änderung der Kommunalverfassung, Einführung des Vergabegesetzes - ist das wirklich wirtschaftlich verwertbar?

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Ja! - Weitere Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Dann haben wir noch das Thema „Klimawandel bewältigen, Energiewende versorgungssicher und sozialverträglich gestalten“. Ist das solidarisch? Sie haben das Thema „Energiepreise“ angesprochen. Ich kann die Energiestrategie nur noch einmal einfordern, da Brandenburg sie dringend braucht.

Aber bleiben wir einmal beim Klimawandel, Thema „Hochwasserschutz“. Ist es solidarisch, dass sich die Landesregierung und damit auch Sie bei diesem Thema komplett wegducken? Wo bleibt ein Konzept? Wo bleibt ein wasserwirtschaftliches Konzept für das Land Brandenburg, das wir seit längerem einfordern?

(Beifall CDU - Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das ist schlicht falsch!)

Kommen wir zum Geld, zur zukunftsfähigen Finanzpolitik. Was ist denn eine zukunftsfähige Finanzpolitik? Ist das für Sie ein strukturell ausgeglichener Haushalt? Dazu hören wir nichts.

Generationengerechtigkeit - bedeutet - wie haben Sie es genannt? - Enkelpolitik, wirklich von der Substanz zu leben und zu sagen: „Nettoneuverschuldung, Schuldenbremse, das alles spielt keine Rolle,

(Zurufe von der SPD)

darum sollen sich mal andere kümmern“? Oder die Prioritätensetzung: Momentan liegt die Prioritätensetzung bei den Konsumausgaben und nicht bei den Investitionsausgaben. Ich habe es schon bemerkt: Bei diesem Thema reicht natürlich eine Aktuelle Stunde nicht aus, weil es auch eine grundsätzliche Sache ist.

(Zurufe von der SPD)

Aber lassen Sie mich noch ein, zwei Worte dazu sagen.

Präsident Fritsch:

Frau Abgeordnete, wir haben eine Kurzintervention, und Sie können darauf reagieren. Benutzen Sie nicht Ihre Redezeit dazu; Sie haben jetzt schon deutlich überzogen.

Frau Dr. Ludwig (CDU):

Bitte schön.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Zum Redebeitrag der Abgeordneten Dr. Ludwig hat der Abgeordnete Ludwig eine Kurzintervention angemeldet.

Ludwig (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Dr. Ludwig, Sie können versichert sein, wenn der Landesvorsitzende der Linken, Thomas Nord, einen Oppositionskurs in der Regierung versprochen hätte, hätte er das vorher mit mir besprochen; da dürfen Sie ganz sicher sein.

(Heiterkeit CDU)

Deswegen darf ich hier noch einmal klarstellen: Es geht bei dem Thema dieser Aktuellen Stunde mitnichten um eine Abgrenzung von unserem Koalitionspartner, sondern um die Verschärfung des Bildes, das Sie auch heute wieder abgeliefert haben.

Meine Sorge ist, Sie verkämpfen sich in Schlachten der Vergangenheit, sind noch nicht in der Gegenwart angekommen und können eben nicht über Zukunftsfragen reden.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Es ist Ihnen offensichtlich entgangen, dass die beiden Parteien, die diese Koalition bilden, im September erklärt haben, dass wir uns jetzt bereits, in der Mitte der Legislatur, den Zukunftsfragen der kommenden Legislatur widmen und den Blick darüber hinaus weiten wollen. Sie sind herzlich zu dieser Debatte eingeladen. Sie haben heute einige Fragen gestellt, die auch uns bewegen, aber Sie haben nicht die Spur einer Antwort gegeben; nichts kam von der brandenburgischen CDU.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Sie hätten auch die Fragen, die Frau Kaiser für die Linke in Brandenburg aufgeworfen hat, annehmen können, wenigstens darauf eingehen können. Es geht eben um die drei Dimensionen nachhaltiger, zukunftsfähiger Entwicklung unserer Gesellschaft in Brandenburg: Es geht um Ökonomie, Ökologie und um die soziale Frage. Damit sind wir an den zentralen Lebensfragen der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land dran und nicht an den Schlachten der Vergangenheit, die Sie offenbar in diesem Landtag immer wieder am Leben zu halten versuchen.

Sie sind eingeladen zu unserer Zukunftsdebatte. Wir würden sie gern auch mit Ihnen führen. Wenn Sie sich dem nicht stellen, werden Brandenburgerinnen und Brandenburger daraus ihre Konsequenzen ziehen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Frau Dr. Ludwig hat jetzt drei Minuten Zeit, darauf zu reagieren.

Frau Dr. Ludwig (CDU):

Als Erstes bedanke ich mich natürlich recht herzlich für die Möglichkeit, noch einmal 3 Minuten reden zu dürfen.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Aber Herr Ludwig, Sie haben eines hier vorn noch einmal ganz deutlich gemacht: dass Sie nach wie vor nicht verstanden haben, was es bedeutet zu regieren. Regieren bedeutet nämlich

nicht, Fragen zu stellen, die dann die Opposition beantworten soll,

(Heiterkeit und Beifall CDU)

sondern sehr wohl zu wissen, wohin man will, und Fragen zu beantworten, mit denen sich die Opposition dann auseinanderzusetzen und entscheiden kann, ob sie dem beitrifft oder auch nicht. Das bedeutet nämlich Regieren: Antworten für das Land zu geben. Opposition bedeutet, das kritisch zu begleiten.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Aha!)

Aber vielleicht ist es nach 21 Jahren immer noch nicht angekommen, dass in der Demokratie unser Gemeinwesen nämlich genau so funktioniert.

Aber ich wollte Sie eigentlich noch ein Stück weit loben; so etwas kommt auch mal vor. Eines haben Sie wirklich geschafft mit Ihrer Aktuellen Stunde - dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei Ihnen -, nämlich, dass der Ministerpräsident heute reden wird. Wir warten schon seit langer, langer Zeit sehnsüchtig darauf,

(Ooch! bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

dass sich der Ministerpräsident wieder einmal äußert,

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

und zwar genau seit November 2009. Das ist nämlich der Zeitpunkt der letzten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Seitdem haben wir nichts mehr gehört, keine große Rede, keine Regierungserklärung.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Ich bin auch wirklich gespannt darauf, ob Ministerpräsident Platzeck zu den aktuellen Geschehnissen und natürlich auch Vorwürfen Stellung nehmen wird. Ich bin auch gespannt, von ihm zu hören, ob Sie nach wie vor zu dem - was viele Brandenburger bewegt, Herr Bischoff, Sie nicht, das weiß ich - stehen, dass dem Land durch Geschehnisse in der Vergangenheit kein Schaden entstanden ist.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Legen Sie mal eine andere Platte auf! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn diese aktuellen Fragen nicht angesprochen werden sollten, dann würde ich das für krude halten.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Der Abgeordnete Holzschuher spricht.

Holzschuher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ludwig, das war jetzt schade, muss ich sagen. Aber wer erwartet anderes von Ihnen und Ihrer Ludwig-CDU?

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich fange lieber mit Willy Brandt an, der sagte: Nichts kommt von selbst, und nur wenig ist von Dauer.

(Zuruf des Abgeordneten Senfleben [CDU])

Er verweist darauf, dass jeder gut daran tue, immer die Antworten zu suchen, die die eigene Zeit erfordert, wenn man Gutes bewirken wolle, sich auf die eigene Kraft zu besinnen.

Heute ist ein ganz zentraler Tag in einer sehr historischen Epoche. Die letzten Wochen und Monate und die nächsten Wochen und Monate werden möglicherweise Europa und die Welt grundlegend verändern. Im Bundestag wird wieder einmal eine wichtige Debatte darüber geführt, wie sich Deutschland, wie sich die Finanzmärkte in der Welt, wie sich die Wirtschaft in der Welt weiterentwickeln werden. Die Menschen wollen zu Recht einen Kompass, eine Richtung. Sie finden sie nicht, wenn sie auf das hören, was ihnen die Bundesregierung zu dieser existenziellen Frage nicht nur unseres Landes, unseres Volkes, sondern von ganz Europa, ja vielleicht der gesamten Welt anbietet.

Genau dies ist der Grund, aus dem wir Sozialdemokraten in diesem Land in unserem Aufgabenbereich eine Debatte initiiert haben, in der es um die Zukunft unseres Landes Brandenburg geht - eine Zukunftsdebatte. In der Debatte wollen wir fragen, wie wir in zehn oder 20 Jahren in diesem Land leben werden, wie wir unsere Bildungspolitik gestalten, wie wir gute Arbeit für alle auch in 20 Jahren in diesem Land garantieren, wie wir die gewaltigen demografischen Veränderungen in diesem Land gestalten.

Wir alle wissen, dass wir bis zum Jahr 2020 mit erheblich weniger Mitteln im Landeshaushalt auskommen werden. Wir wissen auch, dass uns diese demografischen Entwicklungen trotz allem zwingen werden, Geld für Investitionen und Projekte in die Hand zu nehmen, die unser Land zukunftstauglich machen.

Deswegen müssen wir klären: Wie werden wir dieses Land gestalten? Wir stellen Fragen, und wir haben in der Tat nicht auf alles heute eine Antwort. Das ist aber überhaupt nicht das Problem, wenn es uns gelingt, eine gemeinsame Debatte in diesem Land mit allen Bürgerinnen und Bürgern und mit allen relevanten Kräften in diesem Land darüber zu führen, wie sich die Zukunft dieses Landes gestalten soll.

Deswegen ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE heute ein sehr guter Antrag, wenn man ihn so versteht, wie die Linken ihn verstanden haben und wie wir ihn verstanden haben -

(Lachen und Beifall bei FDP und CDU)

- und nicht so, wie uns das die Fraktionsvorsitzende der CDU hier weismachen will. Es ist ein Antrag, der darauf gerichtet ist, die Zukunftsprobleme dieses Landes gemeinsam zu diskutieren. Im Übrigen ist auch unser Problem, liebe Frau Ludwig, dass Sie sich hier mit Ihrer CDU aus einer so dringend erforderlichen Zukunftsdebatte völlig ausklinken,

(Bischoff [SPD]: Gut formuliert! - Beifall SPD und DIE LINKE)

dass Sie sich heraushalten. Dabei müssen wir uns doch diesen Fragen stellen. Wir müssen uns überlegen, wie wir angesichts der drastisch unterschiedlichen Entwicklungen in allen Lan-

desteilen mit erheblichen Bevölkerungsrückgängen in den ländlichen Regionen und mit einer völlig veränderten Altersstruktur umgehen. Prozentual gesehen werden wir dort im Jahr 2030 viel mehr ältere Menschen und viel weniger jüngere Menschen haben, gleichzeitig aber im Berliner Umland einen weiteren Aufwuchs an Bevölkerung - auch mehr junge Menschen, was ja schön ist - verzeichnen, was aber völlig unterschiedliche Antworten erfordert.

Wir werden im Umland von Berlin - davon bin ich überzeugt - auch 2030 Schulen und Kindertagesstätten bauen. Wir werden neue Straßen bauen, neue Wohnungen brauchen und neue Wohnflächen ausweisen müssen. Gleichzeitig müssen wir den Umbau so gestalten, dass in den ländlichen Regionen das Leben lebenswert bleibt, dass es auch in den Dörfern und Städten weitab von Berlin noch Menschen gibt, die sagen: Hier bin ich nicht nur zu Hause, sondern hier will ich mein Leben verbringen und hier können auch im Jahr 2030 meine Kinder aufwachsen. - Das heißt: Wir brauchen kleinere Schulen in den ländlichen Regionen und größere Schulen im Berliner Umland. Vielleicht brauchen wir auch kleinere Gemeinden in den ländlichen Regionen und größere im Berliner Umland.

Das alles sind Fragen, die wir klären müssen. Deswegen haben wir eine Debatte initiiert. Deswegen bin ich froh, dass es hier auf der Ebene des Landtages über die Enquetekommission einen Ansatz gibt, dass sich alle Abgeordneten dieses Landtages gemeinsam an der Debatte beteiligen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: So ist es! - Bischoff [SPD]: Alle!)

Ich höre, dass das in dieser Enquetekommission mehr oder weniger gut funktioniert und dort sachlich über die Zukunftsfragen unseres Landes diskutiert wird. Aber hier und heute habe ich von Ihnen jedenfalls, Frau Dr. Ludwig, wieder einmal nur das Gegenteil und das Rückwärtsgewandte gehört.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Ich sage das deswegen so oft, weil wir Sie brauchen. Wir brauchen alle relevanten Kräfte dieses Landes in dieser Diskussion.

(Jürgens [DIE LINKE]: Das sind keine relevanten Kräfte!)

- Ja, möglicherweise hat der Zwischenrufer Recht, dass es auf Ihrer Seite gar keine relevanten Kräfte mehr gibt. Es gibt aber in der Fläche bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Land, bei den Landräten sehr wesentliche Kräfte, die sich an der Debatte beteiligen wollen. Die müssen wir dazu ermuntern, sich einzubringen. Ich möchte noch einmal betonen: Dies ist keine sozialdemokratische Debatte. Deswegen bin ich so dankbar, dass die Linken dieses Thema setzen. Es ist eine Debatte, die wir gemeinsam führen müssen, wenn wir die Zukunft unseres Landes nicht sich selbst überlassen wollen.

Wir haben mit Sicherheit nicht alle die gleichen Antworten und vielleicht noch unterschiedliche Fragestellungen, aber wir alle haben ein gemeinsames Ziel - das hoffe ich jedenfalls - in diesem Haus: Brandenburg im Jahre 2030 - das ist ein lebenswerter, ein funktionierender Ort, ein Ort, an dem alle zusammenstehen und an dem sie ein glückliches und gutes Leben führen können.

Wie wir dieses Ziel ausfüllen, müssen wir gemeinsam in der Debatte, in der Diskussion erörtern. Das ist etwas, was wir heute noch nicht abschließend sagen können. Aber es ist etwas, was nur dann funktioniert, wenn wir in die Zukunft gerichtet diskutieren. Was ich aber manchmal hier höre, ist leider das Gegenteil, das ist das Gegenteil von Zukunftsdebatte.

Ich darf zum Schluss noch einmal ganz kurz Willy Brandt zitieren. Willy Brandt - als hätte er es geahnt, die Ludwig-CDU schon vorausgesehen; er war ja auch sonst ein sehr prophetischer Mensch, der weit vorausgedacht hat -

(Schippel [SPD]: Jetzt aber nicht zu viel der Ehre!)

sagte: „Die Zukunft wird nicht gemeistert von denen, die am Vergangenen kleben.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Büttner setzt für die FDP-Fraktion fort.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kaiser, Sie haben hier in Ihrer Rede sehr viele Fragen gestellt - Kollege Holzschuher auch. Sie haben leider keine Antworten gegeben.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

Guten Morgen, Sie regieren hier in diesem Land!

(Beifall FDP und CDU)

Frau Kaiser, ich gebe es ehrlich zu, ich habe, als ich mir Ihren Antrag zur Aktuelle Stunde durchgelesen habe, nicht verstanden, was Sie eigentlich wollen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Aber nach Ihrer Rede habe ich es verstanden. Ganz offensichtlich befinden Sie sich nach zwei Jahren in der Landesregierung auf einem Selbstfindungstrip.

(Beifall FDP und CDU)

Ganz offensichtlich sind Sie nicht in der Lage, das, was Sie den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes vor der Landtagswahl 2009 vorgelegt haben, in Regierungshandeln umzusetzen.

(Zuruf von der CDU: Richtig! - Beifall FDP und CDU)

Ganz offensichtlich schaffen Sie es nicht, obwohl Sie nur wenige Prozentpunkte hinter der SPD bei der Landtagswahl gelandet sind, Ihre Ideen und Ihre Vorstellung von einem Brandenburg in der Zukunft umzusetzen. Ich muss sagen: Ich finde das gut, weil das nicht meine Ziele und nicht meine Ideen sind.

(Beifall FDP und CDU)

Eines will ich Ihnen aber auch sagen: Dieses Parlament ist nicht die Selbsthilfegruppe der Linken.

(Beifall FDP und CDU - Beifall der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Ich finde es sehr interessant, was man heute so der Zeitung entnimmt. Wir haben Sie in der aktuellen Debatte gehört. Wir haben Frau Ludwig gehört - Frau Dr. Ludwig, der Unterschied muss jetzt sein -, und dann haben wir Stefan Ludwig gehört. Vielleicht klären Sie erst einmal intern Ihre Diskussionen um den künftigen Parteivorsitz.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie Zukunftsdebatten führen wollen, dann weiß ich nicht, was Sie in diesem Parlament immer darunter verstehen; denn das, was wir in diesem Parlament machen, sind Zukunftsdebatten - in jedem einzelnen Bereich, meine Damen und Herren, durch Anträge hinterlegt.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE - Frau Lehmann [SPD]: Dazu kommen wir erst noch!)

- Ja, dazu kommen wir jetzt. Passen Sie auf: Ich habe mir Ihr Wahlprogramm 2009 durchgelesen. Ich gebe zu: Es war eine Härte.

(Oh! bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Aber fangen wir doch einmal an mit der Frage der Verwaltungsstrukturen, der Zukunft der Kommunalstrukturen in diesem Land.

(Zurufe der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE] und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Sie rühmen sich jetzt, dass diese Enquetekommission eingesetzt wurde und dass sie arbeitet. Ich finde das gut. Aber - das muss man jetzt einmal zu Recht sagen -: Es war eine Idee der CDU, die diese Enquetekommission einsetzen wollte. Es war nicht Ihre Idee; Sie haben sogar noch dagegen angekämpft, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Nun wollen wir doch einmal schauen, was die Linken dort 2009 alles vorgeschlagen haben, auch in der Frage der Kommunalfinanzen, weil Sie natürlich wieder alles so schön auf den Bund geschoben haben, Frau Kaiser. Auch wir wissen: Koalitionen sind Kompromisse, aber man muss ja trotzdem irgendetwas durchbekommen. Sie haben bei den Kommunalfinanzen vorgeschlagen, die Verbundquote von 20 % auf 22,5 % zu erhöhen.

(Ha! Ha! auf der Regierungsbank)

Dieses Versprechen haben Sie gebrochen.

(Vereinzelt Beifall FDP und CDU - Minister Dr. Markov: Wir liegen höher!)

Der Finanzminister hat uns in der letzten Sitzung der Enquetekommission sehr wortreich erklärt, wieso er der Meinung ist, dass es eigentlich über 25 % sind.

(Minister Dr. Markov: Ist es ja!)

Sie haben vorgeschlagen, den Vorweg-Abzug von 50 Millionen Euro für die Kommunen zu streichen. Unseren Antrag dazu haben Sie abgelehnt.

(Zuruf von der Regierungsbank: Richtig!)

In der Bildungspolitik hatten Sie vorgeschlagen, 500 Lehrer jährlich einzustellen. Das haben Sie gebrochen.

(Jürgens [DIE LINKE]: Es sind 2 000 Lehrer!)

Ihr Versprechen „Priorität für die Bildung“ ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht.

(Beifall FDP, CDU sowie vereinzelt GRÜNE/B90)

Sie haben sich für einen kostenfreien Schülerverkehr als Landesaufgabe eingesetzt, und Sie haben es abgelehnt.

(Frau Melior [SPD]: Der Haushalt ist noch nicht beschlossen!)

Nun habe ich hier leider nur 5 Minuten Redezeit.

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE)

Die finanzielle Situation bekommt man nur in den Griff, wenn man die Ausgaben konsequent senkt. Wenn Sie von Nachhaltigkeit reden, Frau Kaiser: Nachhaltigkeit bedeutet, keine ungedeckten Schecks auf die Zukunft auszustellen. Das sollten Sie in dieser Landesregierung einfach einmal umsetzen.

(Beifall FDP und CDU)

Wir wissen, dass die Herausforderungen in diesem Land groß sind. Wir wissen, dass die Herausforderungen durch den demografischen Wandel und durch die künftige finanzielle Situation in diesem Land schwierig sind. Wir haben Ihnen die Ideen für eine positive Zukunft Brandenburgs immer wieder vorgelegt - bei den Kommunalfinanzen, bei der Bildung, bei der direkten Demokratie, bei der Energie, bei der Wirtschaftspolitik. Leider kann ich das hier jetzt nicht mehr alles aufzählen.

(Jürgens [DIE LINKE]: Sie machen ja auch eine andere Oppositionspolitik als die CDU!)

Aber, meine Damen und Herren: Zukunft gestalten kann man nur durch Handeln. Sie sind Regierung; also reden Sie nicht nur, handeln Sie endlich - für eine gute Zukunft Brandenburgs, meine Damen und Herren!

(Beifall FDP sowie vereinzelt CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete von Halem spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hat die Linke ADS, also Aufmerksamkeitsdefizitstörungen?

(Heiterkeit und Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Wie sonst ist es zu erklären, dass eine Partei, die seit zwei Jahren regiert und damit alle Hebel in der Hand hat, jetzt plötzlich die Zukunft des Landes zum Thema der Aktuellen Stunde macht?

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Das ist doch nicht plötzlich! - Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Glaubt hier jemand, in der öffentlichen Wahrnehmung nicht ausreichend mit Zukunftsthemen in Verbindung gebracht zu werden? Kann es sein, dass die plötzliche Aktivität etwas mit Defiziten im Regierungshandeln zu tun hat?

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Vielleicht ist jemandem aufgestoßen, dass die Partei, die sich vor der Wahl gegen CCS positioniert hatte, angesichts des Koalitionsangebots der SPD sofort alle Bedenken über Bord geworfen und Kurs auf Braunkohlepartei genommen hat,

(Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)

und die selbst jetzt, trotz des bundesweiten Gegenwinds, tapfer den SPD-Kurs hält und nicht daran denkt, sich endlich für das Ende der CCS-Technologie in Brandenburg einzusetzen?

(Beifall GRÜNE/B90 - Zurufe der Fraktion DIE LINKE)

Klimakrise und Krise der Atomkraft, Frau Kaiser, sind keine neuen Krisen. Hat jemand gemerkt, dass ausgerechnet ein Minister der Linkspartei ökologische und soziale Kriterien aus dem Vergabegesetz ausgeklammert hat, wo die Linke selbst vor noch nicht allzu langer Zeit in einem Antrag auf die Notwendigkeit weiterer sozialer und ökologischer Kriterien, eine umweltverträgliche Beschaffung, die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Auftragsvergaben hingewiesen hat? Macht Regierung vergesslich?

(Beifall GRÜNE/B90)

Ist es das, was die Linke unter nachhaltiger Bildungslandschaft versteht, wenn sie mit dem Plan antritt, 500 neue Lehrkräfte jährlich einzustellen, und jetzt in ihrem „Linksdruck“ titelt: „Die-Linke-Fraktion wirkt - 250 Lehrkräfte mehr!“

(Krause [DIE LINKE]: 2 000 Lehrkräfte mehr sind es!)

- Lesen Sie einmal den „Linksdruck“, da steht etwas anderes drauf, einmal abgesehen davon, dass es sich ja auch immer um Vortäuschung falscher Tatsachen handelt. Denn es sind ja nicht mehr Lehrkräfte; es geht nur darum, ausscheidende zu ersetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Vergessen ist die Gemeinschaftsschule, vergessen der Einsatz gegen die Leistungs- und Begabungsklassen. Ist das Schüler-BAföG die Antwort auf Defizite in der sozialen Gerechtigkeit?

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE] - Weitere Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Wie definiert die Linke Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft im Hinblick auf die strukturellen Re-

formen, die der demografische Wandel erfordert? Liegt die Zukunftsdebatte der Linken im Beharrungsvermögen? Und wie zukunftsweisend ist das Verhältnis zu Berlin? Die Länderfusion in den Dornröschenschlaf zu schicken entspringt unserer Meinung nach anachronistischen und regionalverliebten Eitelkeiten.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie vereinzelt CDU)

Die SPD möchte für die Schuldentilgung die nächsten 100 Jahre ansetzen, hat aber für eine Fusion mit Berlin überhaupt keine Option.

(Beifall GRÜNE/B90 - Zurufe von der SPD)

Wie erklären Sie uns, dass sich nach der Mittagspause ein linker Justizminister für die Errichtung einer Berliner Justizvollzugsanstalt auf Brandenburger Boden aussprechen wird - bei gleichzeitigem teurem Leerstand in Brandenburger Haftanstalten?

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Ist das Ihre Form der Profilierung in der Zukunftsdebatte oder eher ein neuzeitlicher Schildbürgerstreich?

(Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE - Görke [DIE LINKE]: Den Staatsvertrag mit Berlin am besten gleich kündigen! - Weitere Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Bemisst sich die postulierte Aktualität des Themas an den aktuellen Wahlergebnissen der antragstellenden Partei, der Partei, deren Mitglieder zu 71 % als Beruf „Rentner“ angeben und deren Umfrageergebnisse auch in Brandenburg ein wenig bröckeln? Bekommt sie vielleicht Angst vor der eigenen demografischen Entwicklung?

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Nachhaltigkeit darf jeder benutzen, aber er muss es richtig machen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Genau! Wie Sie!)

Eine Zukunftsdebatte braucht auch mehr als das einmalige Beantworte einer Aktuellen Stunde. Es geht um gute Politik. Vielleicht gibt es ja tatsächlich dazu demnächst auch einmal eine Regierungserklärung. Dann hätte die Opposition mehr Redezeit als nur ein knappes Drittel.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie vereinzelt CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerpräsident Platzeck.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fangen wir einmal mit einer guten Nachricht an: Uns erreicht soeben die Nachricht, dass Brandenburgs Arbeitslosenquote wieder einstellig ist - noch besser als im letzten Jahr, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich glaube, das sind die für die Menschen im Land wirklich wichtigen Nachrichten. Damit kann sich Brandenburg nochmals verbessern gegenüber den schon erfolgreichen Herbstmonaten des Vorjahres. Ich sehe darin einen kleinen, aber immerhin einen Schritt in die Richtung, für die wir hier arbeiten, für die wir uns einsetzen: dass möglichst jeder Mann und jede Frau in diesem Land, die arbeiten wollen, auch arbeiten können. Wir kommen diesem Ziel Stück für Stück näher. Und das sollte Gegenstand unserer Bemühungen sein - auch in der Zukunft. Wir haben heute eine Zukunftsdebatte, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Ich freue mich besonders, dass die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen ist. Aber die Zahlen, soweit man sie auf die Schnelle sehen kann, machen deutlich, dass es auch für Ältere mehr Arbeitsplätze gibt. Das heißt, es gibt Chancen für Jung und Alt. Aber auf diesen Erfolgen, meine Damen und Herren, dürfen wir uns nicht ausruhen. Ich sage hier auch gerade mit Blick auf die nähere Zukunft: Die Aufwärtsentwicklung bei Wirtschaft und Arbeit darf nicht durch verschlechterte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne erkaufte werden. Dafür müssen wir uns weiterhin mit aller Kraft einsetzen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Eines der zentralen Zukunftsthemen für unser Land muss sein, dass in Brandenburg gutes Geld für gute Arbeit gezahlt wird. Das wird die Schlüsselfrage bei der Befriedigung des Fachkräftedarfs sein, und darum wird sich in Zukunft sehr viel drehen.

Meine Damen und Herren, damit bin ich schon beim Thema: Wie wollen wir künftig leben? - Das wurde heute von der Linkspartei als Thema der Aktuellen Stunde aufgerufen. Frau Dr. Ludwig war der Meinung, in den Zeitungen stünden heute Dinge, die aktueller sind und die man insofern hätte aufrufen sollen, statt über die Zukunft des Landes zu diskutieren. Ich nehme an, sie meint - wegen der Aktualität - einen elf Jahre zurückliegenden Immobilienverkauf, weil dieser viel aktueller ist. Ich frage mich, Frau Dr. Ludwig: Wo sind Sie inzwischen gelandet?

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Genau! - Görke [DIE LINKE]: Abseits!)

Bei diesem Zeitungsartikel macht ein Journalist eine Konstruktion über einen Verkauf auf, der vor zehn Jahren intensiv debattiert wurde. In Archiven finden Sie etliche Zeitungsartikel auch aus der öffentlichen Debatte. Dies hat der Oberbürgermeister der Stadt Potsdam gestern noch einmal aufgelistet und alles gesagt, was dazu gesagt werden kann.

Neu ist lediglich, dass der Kollege der schreibenden Zunft daraus eine Konstruktion schafft. Die Konstruktion lautet verkürzt: Es wurden im Jahr 2000 Wohnungen an einen Investor verkauft. Der Platzeck wusste damals bereits, dass er einige Jahre später Ministerpräsident sein wird. Er hat geahnt, dass er wiederum einige Jahre später Herrn Rupprecht zum Bildungsminister ernennen wird, und hat irgendwie im Kopf gehabt, nochmals zwei Jahre später einen Handballklub zu fördern. Aus diesem Grund hat er die Wohnung acht Jahre vorher verkauft.

(Görke [DIE LINKE]: Genau so war es!)

Wo sind Sie denn gelandet, dass Sie auf solche Konstruktionen eingehen? Was ist denn das für ein Niveau, dass das für Sie Gegenstand längerer Erörterung ist?

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Damit dürfen wir dieses Land nicht beschäftigen, meine Damen und Herren. Das geht wirklich zu weit.

Heute habe ich einen Zeitungsartikel Ihres ehemaligen - eventuell ist er es noch, ich weiß es nicht - Parteimitglieds Dr. Markus Vette gelesen, bei dem ich kurzzeitig dachte, dass Sie meinen könnten, diesen sollten wir heranziehen. Diesen Artikel sollten Sie von der ersten bis zur letzten Zeile aufmerksam lesen; denn er schreibt Ihnen ins Stammbuch, was Ihre Misere, Ihre Maläse gegenwärtig ausmacht. Dabei will ich mich nicht auf sein Zahlenspiel einlassen, weil es Schall und Rauch ist, wenn er sagt: Adenauer hatte 50 %, Kohl 40 %, Frau Merkel 30 %, Sie 20 %, und in Potsdam bekommt die CDU noch 10 %.

(Görke [DIE LINKE]: Einstellig!)

Interessantes Zahlenspiel, aber darauf will ich nicht rekurrieren. Schließlich ist der Kern dieses Artikels etwas anderes, was mir Sorgen macht und worüber es sich zu debattieren lohnt. Ihre Oppositionsarbeit: Eben wurde gesagt, Sie bewegen sich ausschließlich in den Schatten der Vergangenheit. Ich befürchte vielmehr, Sie versinken langsam in den Schatten der Vergangenheit. Ihnen fällt partout nichts anderes mehr ein.

Ich sage Ihnen hier: Sie haben eine andere Pflicht als Opposition. Ich benutze ganz bewusst das Wort „Pflicht“. Sie haben die Regierung mit besseren Vorschlägen zu treiben. Sie haben sie mit besseren Vorschlägen zu kritisieren. Ja, Sie haben sich der Zukunftsdebatte nicht zu verweigern, sondern sie zu führen, Frau Ludwig. Das ist Ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dieser Verantwortung entziehen Sie sich jedoch komplett. Dr. Vette hat völlig Recht; Sie tun dabei noch etwas, was Sie nicht tun sollten. Sie entwerten komplett zehn Jahre ordentlicher Regierungsarbeit Ihrer eigenen Partei.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Sie negieren und entwerten sie. Das haben die Kollegen, die vorher Verantwortung trugen, nicht verdient, verehrte Frau Ludwig. Sie haben Sie nicht verdient.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Umfragen sind zwar auch Schall und Rauch, aber die Umfragen hinsichtlich Ihres Oppositionsgebarens sollten Ihnen ein Stück weit zu denken geben. Sie können sicherlich sagen, das alles seien lediglich Umfragen - ich kommentiere auch ganz bewusst nie Umfragen -, wenn es jedoch so gravierend ist, Frau Ludwig, sollten Sie ein klein wenig ins Grübeln kommen

(Frau Dr. Ludwig [CDU]: Sagen Sie doch die Zahlen!)

und sagen: Vielleicht stimmt hier doch irgendetwas nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Ludwig [CDU])

Meine Damen und Herren, dies ist eine späte Bekräftigung der Koalitionsentscheidung aus dem Jahr 2009. Wenn Sie nicht einmal mehr Oppositionsarbeit leisten können, dann können Sie schon gar nicht regieren. Das sollte Sie beschäftigen. Ich bin mir absolut sicher, dass Sie das intensiv beschäftigen sollte.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir leben in sehr ernsten Zeiten. Parallel läuft in dieser Stunde eine namentliche Abstimmung zu einer Entscheidung, wie sie der Deutsche Bundestag so noch nie zu treffen hatte. Ich bin mir sicher, eine Entscheidung dieser Art wird nicht die letzte sein.

Wenn wir hier über unsere Zukunft diskutieren - dafür bin ich dankbar -, dann können wir diese Rahmenbedingungen nicht vernachlässigen. Sie sind für uns wichtig und wesentlich. Insofern werden wir uns bis in den letzten Landtag, bis in das letzte Gemeindeparlament, ja, bis in die letzte Familie hinein in den kommenden Monaten in harter Auseinandersetzung zu verständigen haben, wie wir es mit Europa halten. Das wird an niemandem vorbeigehen und den Rahmen für das setzen, was wir künftig noch tun können.

Mit der Einführung des Euro ließen wir einen Webfehler zu. Dabei will ich keine Schuldzuweisungen machen, sondern lediglich feststellen: Wir haben ihn zugelassen. Nun merken wir: Ein bisschen schwanger geht nicht. Wir müssen in Sachen Europa - so schwer das einigen fällt und so groß eventuell Sehnsüchte nach D-Mark und guten alten Zeiten sind - erkennen: Wollen wir Europa oder wollen wir es nicht? - Wenn wir für ein vereintes Europa sind, müssen wir es richtig wollen. Dann brauchen wir einen Stabilitätsrahmen, eine gemeinsame Haushaltspolitik und eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wenn wir kein vereintes Europa wollen, wird es zerfallen. Ich bin weiß Gott niemand, der mit Pessimismus in die Welt hinausgeht, aber bei einem Zerfall des vereinten Europas werden die alten, uns seit Jahrhunderten begleitenden nationalistischen und nationalen Konflikte wieder aufreißen, und dann werden wir das Jahrhundert des Friedens vergessen können. Meines Erachtens geht es um nicht mehr und nicht weniger, worüber wir uns klar werden müssen.

Wenn einige behaupten, wir müssten zu viel dafür geben, dann müssen wir verdeutlichen, was wir alles dafür bekommen. Wer den Vorschlag unterbreitet, die Griechen sollen die Drachme wieder einführen, darf nicht vergessen, dass das zwar innerhalb Griechenlands etwas nutzen kann, aber kein Grieche mehr ein deutsches Exportgut kaufen könnte. Deutschland ist das Land, in dem die Arbeitsplätze durch den Export gesichert werden, und zwar zum höchsten Prozentsatz. Insofern würden wir in Deutschland in eine Krise stürzen und nicht die Griechen, wenn solche Vorschläge wahr würden. Es lohnt sich, darüber zu diskutieren und sich damit auseinanderzusetzen. Das ist wichtiger, als 20 Mal am Tag die Schatten der Vergangenheit zu beschwören.

(Beifall SPD, DIE LINKE und von der Regierungsbank)

Seit der Wiedervereinigung sind zwei Jahrzehnte vergangen. Ein Jahrzehnt davon war ein sehr schwieriges Jahrzehnt der

Umbrüche, was niemand noch einmal erleben möchte und in dem wir vorwiegend die Getriebenen waren. Im zweiten Jahrzehnt hat sich dieses Land aus eigener Kraft erneuert und sich Stück für Stück konsolidiert.

Nun sind wir dabei, das dritte Jahrzehnt zu gestalten, bei dem wir uns insbesondere drei Herausforderungen stellen werden. Sicherlich wird nichts einfacher, aber unser Fundament ist besser und der Mut größer. Wir wissen, was wir können und was wir nicht können. Insofern werden wir das dritte Jahrzehnt wesentlich mutiger angehen können als die ersten beiden Jahrzehnte. Wir werden mit drei Herausforderungen - die Frage der Demografie, des Haushalts und der Energie - zu kämpfen haben. Alle drei Herausforderungen hätten es verdient, jetzt noch einmal sehr ausführlich - das ist uns zeitlich jedoch nicht möglich - diskutiert zu werden.

Diese Themen schaffen natürlich auch Proteste. Gestern protestierte ein Bildungsbündnis vor dem Landtag. Auch gab es unter anderem bereits Proteste von Polizisten und Forstarbeitern. Dies wird sich vermutlich fortsetzen, meine Damen und Herren, weil wir - diesbezüglich komme ich zur europäischen Krise - im Haushalt die Herausforderungen stemmen werden müssen, um unsere Neuverschuldung ganz schnell auf null zu fahren, wenn wir zukunftsfest sein wollen. Das werden wir bzw. wird diese Koalition tun, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU - Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Wir werden das Versprechen, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, noch in dieser Legislaturperiode erfüllen; denn das ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen geworden. Haushaltspolitik war zwar schon immer ein Kernthema von Zukunftspolitik, nun wissen, spüren und merken es aber auch alle.

(Zuruf des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Dazu gehört, dass man reformiert und gewisse Dinge unterlässt, die bislang möglich waren. Der Grund liegt nicht darin, dass diese Dinge unwichtig geworden sind oder nicht für die Gesellschaft nützlich wären, sondern, weil es dafür nicht reicht, dafür ist das Tischtuch einfach zu kurz. Deshalb werden wir mit weiteren Protesten leben müssen.

Mir geht es darum, nicht nur diese Proteste auszuhalten, sondern die Debatte mit den Menschen im Land auf allen Ebenen zu suchen. Dies tun wir in unterschiedlichen Konfigurationen. Menschen wollen Sicherheit im Wandel. Das ist ihr gutes Recht. Insofern ist es unsere Pflicht, ihnen zu erklären, dass es Sicherheit nur durch Wandel gibt. Ohne Wandel wird diese Gesellschaft nicht sicher werden. Die Aufgabe der Politik und damit auch des Landtags - ich bin dankbar für solche Debatten - ist es, den Menschen genau das nahezubringen. Hier möchte niemand etwas Böses bezwecken, sondern lediglich, dass diese Gesellschaft enkeltauglich wird. Diesen Begriff finde ich im Übrigen ausgesprochen gut. Es ist die Pflicht von Politik, Enkeltauglichkeit in der gesellschaftlichen Entwicklung zu garantieren. Das wird diese Regierung machen, meine Damen und Herren. - Danke schön.

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Ich begrüße unsere Gäste, Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Engels-Gymnasiums aus Senftenberg. Herzlich willkommen! Ihr seid zu einem spannenden Tagesordnungspunkt da.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort erhält die SPD-Fraktion. Es spricht der Abgeordnete Ness.

(Oh! bei CDU und GRÜNE/B90)

Ness (SPD):

Das Aufstöhnen in der Oppositionsfraktion nehme ich als Auszeichnung.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die heutige Debatte ist eine sehr wichtige Debatte. Sie hat etwas sehr Wichtiges demonstriert, nämlich den Unterschied zwischen Opposition und Regierung, aber auch der dort handelnden Personen. Der Auftritt des Ministerpräsidenten war Bundesliga, der Auftritt der Oppositionsführer aber dritte Kreisklasse.

(Heiterkeit bei der SPD - Beifall DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Ich denke, dass diese Verweigerung der Opposition, sich der Zukunftsdebatte zu stellen, ein Symbol ist.

(Zuruf von der CDU)

Ich habe es eigentlich schon erwartet. In Mecklenburg-Vorpommern schreibt die CDU ja auch Zukunft mit Z. Warum soll es die Brandenburger ...

(Zuruf von der SPD: Mit C!)

Mit C, nicht mit Z.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ja, mit C. Die CDU schreibt Zukunft mit C, und das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern war Platz 3.

(Zurufe von der CDU)

In Mecklenburg-Vorpommern war es Platz 3, genauso wie hier in Brandenburg.

Wir führen hier eine wichtige Debatte,

(Zuruf von der CDU: Ach ja?)

und ich bin entsetzt, dass Sie nicht in der Lage sind, hier eine gewisse Ernsthaftigkeit an den Tag zu legen,

(Zurufe von der CDU - Senftleben [CDU]: Jetzt ist die ganze Rede weg!)

denn wir stehen in Brandenburg vor großen Herausforderungen, zu denen die Bevölkerung von uns zu Recht Antworten erwartet. Dabei ist das Jahr 2019 eine wichtige Herausforderung, denn bis dahin müssen wir nicht nur auf eigenen Beinen stehen, sondern auch laufen. Die Herausforderung ist die,

(Senftleben [CDU]: Sie hätten nicht reden sollen!)

dass wir bis dahin ungefähr 20 % unseres Haushalts verlieren werden. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir das organisieren. Diese Landesregierung hat

(Zurufe von der CDU)

im Koalitionsvertrag und auch in ihrem praktischen Handeln in den letzten zwei Jahren einige wesentliche Schritte in Gang gesetzt, die die Proteste, von denen der Ministerpräsident gesprochen hat, auch ausgelöst haben. Wir haben diese Schritte aber in Gang gesetzt. Von Ihnen kam jeweils nur ein Nein, aber es kamen keine eigenen Vorschläge, wie Sie diesen Weg gehen wollen.

Wenn wir in unser Nachbarland Sachsen schauen, stellen wir fest, dass dort dieselben Kürzungen bei Privatschulen vorgenommen werden, wie sie hier vorgenommen werden.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Noch drastischer!)

- Drastischer sogar.

Und zwar werden sie dort von einer CDU/FDP-Regierung umgesetzt. Hier gerieren Sie sich als die Vertreter der freien Schulen, ohne wirkliche Alternativen aufzeigen zu können. Ich glaube, dass diese Verlogenheit im Land bemerkt wird.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Ich glaube, wir müssen eine Ernsthaftigkeit in diese Debatte hineinbringen, die im Kern sagt: Dieses Land Brandenburg wird sich verändern, muss sich verändern. Wir werden ab 2020 ein ganz normales Bundesland sein müssen, und wir werden bis dahin Veränderungen vornehmen müssen, die auch schmerzhaft Einschnitte bedeuten werden.

(Senftleben [CDU]: Ein ganz normales Bundesland? Was sind wir denn jetzt?)

Die Landesregierung und die sie tragenden Parteien haben sich darauf verständigt, dass wir beispielsweise den Personalkörper dieses Landes von 50 000 auf 40 000 reduzieren werden. Das ist eine klare Ansage. Wir sind dabei. Die Polizeireform ist ein Schritt, um dies zu erreichen. Wir machen das nicht, weil wir die Beschäftigten im öffentlichen Dienst quälen wollen, sondern wir sagen: Wir werden uns nach 2020, wenn die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen nicht mehr gezahlt werden, nicht mehr Personal leisten. Wenn wir uns mehr Personal leisten würden, hätten wir weniger Geld für Investitionen. Das ist eine ehrliche Ansage, die im Land auch verstanden wird. Darüber kann man mit den Leuten diskutieren. Sie erwarten mittlerweile gar nicht mehr, dass die CDU mit ihnen eine ähnliche Diskussion führt.

Meine Partei hat jetzt eine Debatte über Brandenburg 2030 aufgenommen, die nicht nur in den Medien sehr viel Aufmerksamkeit findet.

(Zuruf des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Sie findet sehr viel Interesse. Wir wollen auch eine kritische und konstruktive Debatte darüber haben. Die kann auch durchaus kontrovers sein. Wir führen sie; Sie führen sie bisher nicht. Die Diskussion, die wir dort aufgenommen haben, ist eine ehrliche Diskussion und eine ehrliche Bestandsaufnahme.

Wir müssen darüber reden, dass unser Land ein paar Zusatzprobleme hat, die im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern wirklich dramatisch sind. Wir haben die Sondersituation, dass wir innerhalb der nächsten zwanzig Jahre in den berlinfernen Regionen eine demografische Entwicklung haben werden, die ähnlich sein wird wie in den restlichen ostdeutschen Ländern. Wir werden aber gleichzeitig im berlinnahen Raum noch weitere Zuzüge zu verzeichnen haben. Das heißt, die Disparitäten im Land nehmen weiter zu. Wir diskutieren hier sehr viel über den Flughafen, wir diskutieren aber nur über Flugrouten.

(Senftleben [CDU]: Ist das neu?)

Dieser Flughafen wird aber auch noch ganz andere Effekte haben, nämlich Wachstumseffekte in bestimmten Regionen

(Zuruf von der CDU)

und Zuzugseffekte, die diese Disparitäten im Land weiter verstärken werden. Wir müssen im Land eine Diskussion darüber zustande bekommen, wie wir es schaffen, dass wir das, was wir im Berliner Umland an Wachstum generieren, auch für die berlinfernen Regionen nutzbar machen. Wir haben einen konkreten Vorschlag unterbreitet; der wird sehr Streitbar sein. Wir sagen nämlich: Wir brauchen einen neuen horizontalen Finanzausgleich zwischen den Kommunen, die in Zukunft mit sehr hohen Steuereinnahmen zu rechnen haben, und denen, die aufgrund der Tatsache, dass die demografische Entwicklung dazu führen wird, dass in diesen Kommunen nur noch sehr wenige Menschen leben werden, die auch Steuern zahlen, große Schwierigkeiten haben werden, die Daseinsvorsorge in ihrem Bereich zu gewährleisten. Das ist eine große Herausforderung. Ich würde mir wünschen, dass wir diese komplizierten Probleme ernsthafter diskutieren, als wir es gegenwärtig tun.

Wir haben eine Enquetekommission eingesetzt. Ich rede jetzt nicht von der Vergangenheits-Enquetekommission, sondern wir haben auch eine Zukunfts-Enquetekommission eingesetzt.

(Frau Schier [CDU]: Wer ist wir?)

- Wir, dieser Landtag hat sie eingesetzt. Wir haben sie eingesetzt, und ich finde, dass dort vernünftig gearbeitet und diskutiert wird.

(Senftleben [CDU]: Es war Ihre Idee?)

Ich glaube, wir müssen dann auch ernsthaft sagen, wohin das führen soll.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode, egal, wer dann regiert, eine Gemeindegebietsreform durchführen müssen, in

irgendeiner Form auch eine Kreisstrukturreform. Wir sind nicht allein auf dieser Welt. Sachsen hat es schon gemacht, Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls. Uns steht diese Aufgabe auch bevor. Wir müssen ernsthaft darüber diskutieren, wie wir sie so machen, dass sie tatsächlich zukunftsfest ist. Ihr Innenminister Jörg Schönbohm und wir - das müssen wir uns eingestehen - sind mit der Gemeindegebietsreform 2003 zu kurz gesprungen. Wir sind schlicht und ergreifend zu kurz gesprungen. Die Einwohnerzahl 5 000, die damals angesetzt worden ist, ist in vielen Bereichen schon jetzt unterlaufen worden.

(Senftleben [CDU]: Sie reden die alte Regierung schlecht!)

- Melden Sie sich doch zu Wort und machen Sie einen konstruktiven Vorschlag. Das wäre einmal ein interessanter Beitrag, Herr Senftleben.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Wir haben hier in diesem Land ernste Probleme. Über die muss ernsthaft diskutiert werden. Ich würde mir wünschen, dass wir eine Opposition hätten, die in der Lage ist, praktische Vorschläge zu machen, wie es weitergehen soll. Die Menschen wollen wissen, wie im Jahr 2030 in diesem Land gelebt werden soll, wie wir das Land strukturieren. Von dieser Opposition kommt nichts. Es bleibt an der Regierung hängen, und die Regierung wird es auch packen und die sie tragenden Fraktionen erst recht. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Dombrowski [CDU]: Das war ein ganz wichtiger Beitrag!)

Präsident Fritsch:

Zum Abschluss der Debatte erhält noch einmal die Landesregierung das Wort. Frau Ministerin Tack spricht.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin meiner Fraktion sehr dankbar, dass sie das Thema heute auf die Tagesordnung der Aktuellen Stunde gesetzt hat, weil es ein hochaktuelles Thema ist. Es ist beschrieben worden. Ich will in Richtung CDU sagen, dass ich es schon als sehr nachdenklich empfinde, dass sich eine 20%-Partei in diesem Land der Zukunftsdebatte verweigert.

(Dombrowski [CDU]: Wir sind gerade gleichauf!)

- Das ist eine Umfrage, Herr Kollege.

Ich will Ihnen einen kleinen Tipp geben: Sowohl die Bundesregierung als auch viele Länder mit CDU-Regierungsbeteiligung haben mittlerweile eine Nachhaltigkeitsstrategie entweder für den Bund oder das Land aufgestellt. Sie sollten sich die Mühe machen, einmal darin zu lesen, damit Sie demnächst mit uns diskutieren können; denn Sie haben die Pflicht zur Meinungsbildung wie auch wir,

(Beifall DIE LINKE)

auch wenn die Auffassungen sehr unterschiedlich sind. Sie haben die Pflicht, sich in die gesellschaftliche Debatte einzubringen.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, unsere Zukunftsdiskussion über soziale, wirtschaftliche und ökologische, auch demokratische Themen braucht eine Klammer, sie braucht Instrumente. Dieses verbindende Prinzip ist das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Ich will daran erinnern, alle Vorredner der Regierungsfractionen, der Ministerpräsident insbesondere, haben es erwähnt: Nur wenn es uns gelingt, das Wohl der zukünftigen Generation in unsere heutigen Entscheidungen, in das Denken und Handeln einzubeziehen, wird unsere Politik, werden die Auswirkungen langfristig tragfähig sein. Sie wird zukunftssicher sein. Und das ist hochaktuell, meine Damen und Herren.

Unsere Maxime ist, eine Politik aus einem Guss anzubieten, zu formulieren. Die große Herausforderung und diese Aufgabe - daran will ich erinnern - stellt uns die Koalitionsvereinbarung. Diese Sichtweise hat sich der Landtag zu eigen gemacht. Dazu gibt es den Beschluss vom Januar 2010. Darin sind Aufgaben an die Landesregierung formuliert. Ich will kurz darauf eingehen, wie wir sie erfüllt haben. Ich konnte im April vergangenen Jahres den Nachhaltigkeitsbeirat als wissenschaftlichen Beirat berufen. Er ist Ihnen mittlerweile in vielen Zusammenhängen bekannt geworden. Er hat seitdem, denke ich, gut gearbeitet. Er hat für die IMAG, in der alle Ressorts der Landesregierung zusammenarbeiten, die Empfehlungen für die Eckpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt, und das Kabinett hat darauf aufbauend die Eckpunkte für die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes mit den bekannten fünf Handlungsfeldern beschlossen.

Die Handlungsfelder - ich will sie nicht benennen, denn Frau Kaiser ist ausführlich darauf eingegangen - bilden von Wirtschaft und Arbeit bis zur nachhaltigen Bildungslandschaft einen großen Rahmen. Ich will deutlich unterstreichen: Diese Aufgaben sind unter den sehr komplizierten Bedingungen des demografischen Wandels, der Haushaltskonsolidierung und der sehr unterschiedlichen strukturellen Disparitäten im Land Brandenburg zu leisten. Das ist die große Herausforderung, und ich glaube, wir sind ihr mit diesen Ansätzen gut gewachsen.

Zur Bildung nachhaltiger Entwicklung will ich kurz Folgendes sagen: Wir haben gemeinsam mit gesellschaftlichen Vertretern den Landesaktionsplan erarbeitet und fortgeschrieben. Das Kabinett hat sich damit befasst. Darin zeigt die Landesregierung, dass das Thema nachhaltige Bildungslandschaft einen sehr hohen Stellenwert genießt. Ein Beispiel ist die Verankerung der Thematik als verbindlicher Schwerpunkt der Bildung und Erziehung in den schulischen Rahmenplänen. Es ist wichtig, dass dies ein Bestandteil ist. Es gibt auch ein gutes Beispiel - es muss natürlich wachsen -, nämlich die zehn UNESCO-Projektschulen im Land, die sich in besonderer Weise Nachhaltigkeitsthemen wie Menschenrechtsbildung, Demokratieerziehung und interkulturelles Lernen widmet. Wir sind der Auffassung, dass dies Schule machen und überall im Land zur Normalität werden sollte.

Ich konnte gemeinsam mit der Bildungsministerin am vergangenen Freitag den runden Tisch „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ins Leben rufen. Das war eine spannende Veranstaltung mit allen gesellschaftlichen Akteuren. Frau von Halem, ich habe weder Sie noch Kollegen von der CDU dort gesehen.

(Frau Schier [CDU]: Wenn wir eingeladen worden wären, wären wir erschienen!)

Der runde Tisch ist eine gute Basis, um weitere Ideen und Projekte für nachhaltige Entwicklung anzuregen. Vor allem muss

die Vernetzung der Akteure gefördert werden, das ist uns besonders wichtig. Wir können den runden Tisch in die Debatte über eine Brandenburger Nachhaltigkeitsstrategie einbeziehen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende. Wir brauchen den öffentlichen Dialog - das hat auch die Aktuelle Stunde gezeigt -, und zwar unter aktiver Beteiligung der Opposition. Wir haben in der Interministeriellen Arbeitsgruppe für diesen Dialogprozess einen Vorschlag unterbreitet. Wir werden Ihnen und der Öffentlichkeit ein Veranstaltungspaket anbieten. Es wird noch in diesem Jahr eine Auftaktveranstaltung geben, um einen Punkt zu setzen. Ich kann Sie nur ermuntern, meine Damen und Herren. Aus meiner Sicht und aus Sicht der Landesregierung sollte der Landtag in diesem Prozess eine prominente und herausragende Rolle einnehmen, wenn wir über Zukunftsthemen reden und uns verabreden, wie die Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg aussehen soll. Ich finde schon, Frau Dr. Ludwig, dass das Parlament der richtige Ort ist, um über die Zukunft Brandenburgs zu reden. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wollen wir zur Fragestunde übergehen oder haben Sie Bedarf, die 2,5 Minuten, die die Landesregierung an Redezeit überzogen hat, zu nutzen? - Sie möchten reden. Frau Kaiser, bitte.

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Eine kurze Reaktion auf unsere heutige Debatte. Ein Ergebnis der Aktuellen Stunde für mich ist leider: Die Oppositionsfractionen verzichten auf die ernsthafte Debatte. Sie von der CDU mobben lieber weiter, und die FDP liest in ihrer Verzweiflung linke Wahlprogramme. Vielleicht hilft's.

Nachhaltige Entwicklung, meine Damen und Herren von der Opposition, braucht eine bestimmte politische Kultur. Merkwürdigerweise kamen wir mit Ihnen in der Regierung weder zu öffentlichen Ausschusssitzungen, noch war es möglich, die Enquetekommission „Zukunft der Kommunen 2020 in Brandenburg“ ins Leben zu rufen. Das scheiterte regelmäßig an Ihren Stimmen. Seien Sie froh, dass Sie jetzt in der Opposition sind und wir das nun durchgesetzt haben.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Interessant ist auch, Frau Dr. Ludwig, dass Sie sich hier als Windkraftgegnerin geoutet haben. Ich glaube, Sie leben in der Nähe der Gemeinde Feldheim, Kreis Potsdam-Mittelmark, die sich autark mit Energie aus Wind, Sonne und Biomasse versorgt und wo die Aufwendungen für Strom sehr gering sind. Dort zahlen die Bürger 16,4 Cent pro Kilowattstunde. Anderswo liegt der Preis viel höher. Überdenken Sie noch einmal Ihre Argumente gegen die Windkraft in Bezug auf Preiserhöhungen. Aber: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“

(Beifall DIE LINKE und GRÜNE/B90)

Ich habe eine Bitte an die Grünen. Frau von Halem, Sie haben uns schwer kritisiert. Das sind wir gewöhnt. Aber tun Sie mir den Gefallen und lesen Sie die Entschließung des Landtages

zum Vergabegesetz. Dann werden Sie feststellen, dass bestimmte Defizite nicht mehr vorhanden sind. Lesen Sie auch die Passage im Koalitionsvertrag zum Kompromiss bezüglich der CCS-Technologie. Führen Sie sich dann die Realität im Lande vor Augen. Umfallen sieht wirklich anders aus. Ich wünsche Ihnen sehr, dass die aktuellen Nachrichten, denen zufolge Herr Wowereit verkündet hat, die Grünen hätten in der Sondierung zugestimmt, sich einer möglichen Erweiterung des Großflughafens Berlin-Schönefeld nicht in den Weg zu stellen, nicht zutreffend sind. Denn jetzt kommt die Gretchenfrage: Lärmschutz oder Flughafeninteressen? Wir werden diese Aufgabe gemeinsam zu lösen haben, und zwar nicht durch Umfallen, nicht durch Beschimpfen, nicht durch Weglassen, sondern durch nachhaltige Politik. Ich wünsche uns dabei Erfolg.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Der Kollege Goetz hat hierzu eine Kurzintervention angemeldet.

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kaiser, Sie haben eben die Energiepolitik in Feldheim angesprochen. Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Feldheim ist mit seinen 120 Einwohnern ein Ortsteil der Stadt Treuenbrietzen und hat mit Michael Knappe von der FDP einen liberalen Bürgermeister.

(Heiterkeit)

Wenn Sie also sehen wollen, wie man zukunftssträchtige Energiepolitik betreibt, fahren Sie nach Feldheim und schauen Sie es sich an. Mit der heutigen Debatte haben Sie das Thema leider nicht vorangebracht.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wir sind sehr für dezentrale Lösungen!)

Präsident Fritsch:

Frau Kaiser, Sie haben Gelegenheit, auf den liberalen Bürgermeister zu reagieren. Wünschen Sie das? - Da sie nicht zuhört, brauche ich ihr das Wort nicht zu erteilen. - Mir liegt eine weitere Wortmeldung von Frau Dr. Ludwig vor.

Frau Dr. Ludwig (CDU):

Herr Ministerpräsident, Ihr Auftritt - Ihr Generalsekretär sekundierte Ihnen ja schon - war natürlich grandios, ohne Wenn und Aber, jedoch reichen diese Auftritte nicht mehr aus, um Ihre Untätigkeit zu verschleiern.

Frau Tack, ich finde es spannend, dass Umfrageergebnisse immer, je nachdem, wie man es gerade braucht, zitiert werden. Wir schämen uns nicht dafür, dass wir in Umfragen derzeit mit den Linken gleichauf liegen. Sie kommen von oben, wir kommen von unten. Wunderbar. So machen wir weiter.

(Beifall CDU)

Der Grund, aus dem ich noch einmal ans Rednerpult gegangen bin, ist Folgender: Es tut mir regelrecht weh und leid, wie Sie

nach Vorschlägen der Opposition, insbesondere der CDU, hungern. Wir haben - auch für Sie - die Konzepte „Brandenburg - Arbeitsplatz der Zukunft“ - übriges mit „Z“ geschrieben - und „Starke Landwirtschaft, starkes Brandenburg“ - darüber haben wir gestern sehr intensiv diskutiert - erarbeitet.

(Oh! bei der SPD und weitere Zurufe)

Wir haben erarbeitet, wie gerechte Bildung im Land Brandenburg funktionieren kann.

(Beifall CDU)

Nicht im Ansatz haben wir zu den drei Punkten Arbeitsplatzbedarf, Landwirtschaft bzw. ländlicher Raum sowie Bildung von der Landesregierung und erst recht nicht von Ihnen als regierungstragende Fraktionen etwas erhalten.

(Beifall CDU)

Was, bitte schön, brauchen Sie noch von uns an Vorschlägen, über die Sie dann mit uns zu diskutieren bereit sind? Wir warten darauf, kein Thema. Wir haben unsere Zukunftskonzepte, diskutieren sie intensiv mit den Brandenburgern und auch gern mit Ihnen hier, wenn Sie sich nicht laufend der Realität verweigern.

(Bischoff [SPD]: Das ist aber nicht passiert!)

Frau Kaiser, Ihr Argument bezüglich der Windkraft ist wieder einmal exemplarisch: Bei Ihnen gibt es nur Schwarz oder Weiß!

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Nein, eben nicht!)

Bei Ihnen gibt es nur Schwarz oder Weiß. Hinterfragt man bestimmte Dinge wie die Preise bei Windkraft, sagen Sie: Die Ludwig ist gegen Windkraft. - Das ist wieder klassisch in Ihrem Schwarz-Weiß-Denken.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wir gucken ins Protokoll!)

Ich kann Ihnen nur anbieten: Schauen Sie sich unsere Papiere an, dann braucht sich die FDP nicht nur mit Ihrem Regierungsprogramm auseinanderzusetzen oder dem, was die Linke einmal zu den Wahlen geschrieben hat. Wir warten nicht bis zu den Wahlen, wir haben das jetzt schon vorgelegt und laden Sie ein, tatsächlich intensiv über die Zukunft des Landes Brandenburg - und zwar hier - zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Nach anderthalb Aktuellen Stunden frage ich die übrigen Fraktionen nach ihren Wünschen. - Bitte, Herr Büttner.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, wenn ich hier noch einmal direkt angesprochen werde, antworte ich natürlich darauf. Liebe Frau Kollegin Kaiser, ja, es ist eine Härte, Ihr Wahlprogramm zu lesen, aber wir als Liberale beschäftigen uns grundsätzlich mit allen Partei- und Wahlprogrammen der

hier im Parlament vertretenen Fraktionen, damit wir Gegenmodelle zu Ihren Positionen entwickeln und den Menschen erklären können, warum unsere Positionen besser sind als die Ihrigen!

(Lachen bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Und, meine Damen und Herren, es ist richtig: Wir dürfen uns auf dem, was wir in diesem Land in den vergangenen 20 Jahren erreicht haben, nicht ausruhen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, die Arbeitslosenquote sei einstellig geworden, sage ich Ihnen: Ja, das ist ganz hervorragend, das ist gut. Das ist aber auch das Ergebnis einer guten Politik der Bundesregierung,

(Oh! sowie Lachen bei der SPD - Beifall FDP und CDU)

und das hat auch etwas mit dem demografischen Wandel zu tun. Sinkende Arbeitslosenquoten haben etwas mit dem demografischen Wandel zu tun.

Zum Thema Bildung habe ich vorhin etwas gesagt. Nur noch so weit zu Ihnen: Von den Linken werden kleine Klassen mit maximal 24 Schülern gefordert. Ich bin gespannt, wie Sie die Anträge, die wir Ihnen hier vorlegen, immer wieder ablehnen, und Sie werden das auch in Zukunft noch tun. Es ist eine Unverschämtheit, wenn Sie dann hier auftreten und so tun, als wenn die Opposition keine Konzepte vorlegen würde, meine Damen und Herren!

(Starker anhaltender Beifall bei der CDU)

Und, Herr Ministerpräsident: Sie haben gesagt, die Energiepolitik sei die entscheidende Frage für die Zukunft dieses Landes. Da gebe ich Ihnen ausdrücklich Recht. Sie laden auch alle Parteien ein, an einem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern mitzuarbeiten. Auch da gebe ich Ihnen Recht. Aber da muss ich Ihnen ernsthaft die Frage stellen, Herr Ministerpräsident: Nach der Katastrophe von Fukushima, als wir vor der Entscheidung standen, die Laufzeitverlängerung zurückzunehmen und aus der Atomkraft auszusteigen - wie immer man dazu steht -, haben wir als Liberale gesagt: Wir bieten Ihnen unsere Zusammenarbeit für eine künftige Energiepolitik an. - Sie haben diese Hand öffentlich weggeschlagen. Also erzählen Sie uns nicht, wir würden uns an diesen Debatten nicht beteiligen, wenn Sie unsere ausgestreckte Hand nicht annehmen!

(Beifall FDP und CDU)

Wir beteiligen uns an dieser Debatte - die Finanzpolitik wäre das nächste Thema. Dann machen Sie es doch einfach! Gehen Sie doch runter! Senken Sie doch die Nettoneuverschuldung auf null! Und erzählen Sie uns nicht, dass Sie das irgendwann machen werden. Im Übrigen werden Sie dann eine Deckungslücke haben, die künftig größer werden wird, und Sie decken das nur mit globalen Minderausgaben ab. - Also mit ungedeckten Schecks in die Zukunft - so, wie Ihre Politik ist, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall FDP und CDU - Zuruf der Abgeordneten Muhß [SPD])

Präsident Fritsch:

Da keine weiteren Fraktionen Redebedarf angemeldet haben, sind wir am Ende der Rednerliste angelangt, und ich schließe die Aktuelle anderthalbe Stunde und damit den Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Fragestunde

Drucksache 5/4075

Drucksache 5/4076

Drucksache 5/4077

Drucksache 5/4035

Wir beginnen mit der **Dringlichen Anfrage 50** (Bundesweite Umlage der Netzausbaukosten), die der Abgeordnete Domres stellt.

Domres (DIE LINKE):*

Brandenburg ist am vergangenen Freitag mit seiner Forderung nach einer bundesweiten Umlage der Netzausbaukosten im Bundesrat gescheitert. Ein entsprechender Antrag sah vor, die Kosten für den Leitungsausbau bundesweit und nicht nur begrenzt auf die Regionen umzulegen, in denen der Ausbau aufgrund der verstärkten Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in die Netze erfolgt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen sieht sie für Brandenburg nach dem Scheitern einer bundesweiten Umlage der Netzausbaukosten?

Präsident Fritsch:

Dazu spricht Wirtschaftsminister Christoffers.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Domres, das Tempo des Vorhabens der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien hängt von der Systemintegration der erneuerbaren Energien ab. Systemintegration bedeutet, dass Netzausbau, Speichermöglichkeit und auch Akzeptanz für die erneuerbaren Energien in Einklang gebracht und umgesetzt werden müssen. Eine wesentliche Komponente dabei ist die Sozialverträglichkeit dieser Energiewende. Dabei sind die Kosten für den vor uns stehenden Netzausbau selbstverständlich ein wichtiger Kostenpunkt.

Der Netzausbau im 110-kV-Bereich wird im Land Brandenburg etwa 1 500 km und Investitionskosten in Höhe von etwa 1,2 Milliarden Euro umfassen. Die gegenwärtige Regelung - das war und ist bekannt - sieht vor, dass derartige Kosten im 110-kV-Bereich nur in der Region auf den Verbraucher umgewälzt werden, in der die Leitungssysteme gebaut werden. Deswegen hatten wir am 07.06. dieses Jahres im Bundesrat einen Antrag zum Energiewirtschaftsgesetz gestellt, der sicherstellen sollte, dass diese Kosten dann auch bundesweit umgewälzt werden können. Wir hatten damals die Unterstützung der Mehrheit der Länder.

Die Bundesregierung ist diesem Vorschlag bei der Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes nicht umfassend gefolgt; man hat aus einer Muss-Vorschrift eine Kann-Vorschrift gemacht. Wir haben deswegen die Bundesratssitzung am 8. Juli 2011 genutzt, um wiederholt einen Antrag zu stellen, der leider nur 30 Stimmen erhielt - 35 Stimmen hätten wir gebraucht. Die Folge ist, dass im Energiewirtschaftsgesetz nach wie vor keine bindende rechtliche Regelung enthalten ist, die eine bundesweite Umlage derartiger Kosten ermöglicht. Sollten diese Kosten nicht bundesweit umgewälzt werden, haben wir in wenigen Jahren - auch durch den Netzausbau - einen sozialen, nämlich Preisnachteil für den Verbraucher, aber auch einen wirtschaftsstrukturellen Nachteil.

Wir im Wirtschafts- und Europaministerium haben deswegen nach Wegen gesucht, um mit der Situation nach vorn gerichtet umzugehen. Ich habe im Wirtschafts- und Europaministerium ein Netzausbauforum eingerichtet, das gegenwärtig Vorschläge unterbreitet, wie eine bundesweite Netzumlage tatsächlich aussehen kann. Mit dem Bundeswirtschaftsministerium und der Bundesnetzagentur ist verabredet, dass wir diese Vorschläge beiden Institutionen zuleiten und im Herbst auf der Wirtschaftsministerkonferenz - hoffentlich zusammen mit allen Ländern - auch aus Sicht der Wirtschaftsminister einen Vorschlag an die Bundesregierung übermitteln können, wie eine derartige Umlage auszusehen hat.

Ich erwarte und hoffe, dass wir mit unserem Vorschlag die notwendige Debatte erneut anregen und trotzdem zu einem guten Ergebnis kommen können, obwohl das Energiewirtschaftsgesetz - bis jetzt zumindest - nicht in unserem Interesse geändert worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Die beiden folgenden Fragen befassen sich mit der CCS-Problematik. Wir schlagen vor, sie gemeinsam zu beantworten. Wir beginnen mit der **Dringlichen Anfrage 51** (Konsequenzen aus der Entscheidung des Bundesrates), die der Abgeordnete Jürgens stellt.

Jürgens (DIE LINKE): *

Ich habe eine Frage zur Bundesratssitzung am vergangenen Freitag. Der Bundesrat hat dort das CCS-Gesetz der Bundesregierung mehrheitlich abgelehnt, gleichzeitig hat er sich nicht dazu entschließen können, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Pressemeldungen ist zu entnehmen, dass auch die Bundesregierung dies nicht vor hat. Insofern gibt es derzeit keine gesetzliche Grundlage für CCS.

Daher frage ich die Landesregierung: Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus der Entscheidung des Bundesrates?

Präsident Fritsch:

Die **Dringliche Anfrage 52** (Konsequenzen aus Bundesratsbeschluss zum CCS-Gesetz) stellt der Abgeordnete Bretz.

Bretz (CDU): *

Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Matthias Platzeck und der Wirtschaftsminister Ralf Christoffers haben über-

einstimmend die Zukunft der heimischen Braunkohle an den Erfolg der Erforschung der CCS-Technologie gekoppelt. Dies ergibt sich nicht zuletzt aus dem vom Wirtschaftsministerium zugeleiteten Zwischenbericht, in dem die entsprechende Formulierung nochmals verschärft dargestellt worden ist.

Deshalb frage ich - ganz zukünftig gemeint -: Welche Konsequenzen hat der Beschluss aus dem Bundesrat nach Ansicht der Landesregierung für die Zukunft der heimischen Braunkohle?

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Es antwortet wiederum Minister Christoffers.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete, vielleicht lassen Sie mich einige Bemerkungen zum Ablauf der Bundesratssitzung machen. Auf der Bundesratssitzung am 23.09.2011 wurde ein Sachverhalt deutlich: Es gibt drei Ländergruppen, die völlig verschiedene Interessenlagen verfolgen.

Eine Ländergruppe - darunter Brandenburg, Hamburg und Sachsen - tritt für eine Abschaffung der Länderklausel ein, weil die Länderklausel nach ihrer Auffassung eine Föderalisierung des Klimaschutzes ist, weil sie Bundesländern erlaubt, sich aus klimaschutznotwendigen Sachverhalten zurückzuziehen und bestimmte Instrumente nicht anzuwenden.

Eine Ländergruppe unter Führung von Niedersachsen und Schleswig-Holstein dringt auf eine Verschärfung der Länderklausel, um im Prinzip die Möglichkeit zu erweitern, sich aus einer bestimmten technologischen Entwicklung zurückzuziehen.

Eine Ländergruppe, angeführt nach den Landtagswahlen vor allem von den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, dringt auf eine grundlegende Überarbeitung des CCS-Gesetzes, will die CCS-Technologie nur für industriebezogene Prozesse anwenden und lässt eine mögliche Erkundung und Speicherung von abgeschiedenem CO₂ nur aus Industrieprozessen zu. Letzteres halte ich für eine bemerkenswerte Änderung zumindest von Teilen der Auffassungen der Grünen, weil sie bisher die Risiken einer CO₂-Erkundung und -speicherung in den Vordergrund gestellt haben, jetzt aber zumindest über die Bundesländer zu der Auffassung gelangen, dass CO₂-Abscheidungen aus Industrieprozessen möglicherweise doch gespeichert werden können.

Keine dieser drei Ländergruppen hat in irgendeiner Form eine Mehrheit gehabt - keine -, und die Bundesratssitzung hat deutlich gemacht, dass sich in der politischen Haltung der Länder so schnell auch nichts bewegen wird. Die Situation ist die denkbar ungünstigste für alle Beteiligten, weil überhaupt keine Entscheidung getroffen worden und kein Gesetz vorhanden ist, auf dessen Grundlage man überhaupt agieren kann.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu wissen, dass die Europäische Kommission bereits im Juli ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet hat. Die erste Stufe ist bereits vollzogen; es gibt ein sogenanntes Mahnschreiben. Die zweite Stufe wird eine dezidierte Begründung der Kommission sein, und die dritte Stufe ist dann ein Verfah-

ren vor den europäischen Gerichten. Ob und wann es dazu kommt, ist gegenwärtig noch unklar, es sei denn, nicht der Bundesrat, sondern die Bundesregierung ruft jetzt noch einmal den Vermittlungsausschuss an. Das halte ich aus den vorgenannten Gründen für unwahrscheinlich, da sich die Länderinteressen nicht verändern werden und sich vor der Wahl in Schleswig-Holstein ohnehin nichts bewegen wird, um es im Klartext zu sagen. Oder die Bundesregierung legt ein neues Gesetz vor. Das erwarte ich nicht, weil die Bundesregierung in der Bundesratssitzung durch die Parlamentarische Staatssekretärin Reiche sehr deutlich gesagt hat, sie habe bisher nur mit den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen verhandelt. Es ist Sache der Bundesregierung, mit wem sie verhandelt; aber ich denke, Energiefragen sind etwas, das man möglicherweise nicht an einem politischen Faden anzubinden hat, sondern sie sind eine nationalstaatliche Aufgabe.

Insofern ist der gegenwärtige Sachstand so, dass kein Gesetz und keine Handlungsgrundlage vorliegt und damit ohnehin keine Genehmigungsverfahren eingeleitet werden und Investitionsentscheidungen mit Sicherheit in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sind, ob und inwieweit mögliche Kraftwerke hier in Brandenburg gebaut werden.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Da in einigen öffentlichen Darstellungen kolportiert wird, dass die Stimmen Brandenburgs ausgereicht hätten, um möglicherweise das Gesetz zur Mehrheit zu bringen, möchte ich mit dieser Legende auch gleich aufräumen. Keine der Ländergruppen - unter Einschluss von Brandenburg -, auch nicht in den Anträgen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, hätte mit den Stimmen von Brandenburg irgendeine Mehrheit gehabt. Man hat mittlerweile - das ist das eigentlich politisch Herausragende - zum wiederholten Male über die Debatte zum CCS-Gesetz öffentlich den Nachweis, dass eine schwarz-gelbe Bundesregierung zu politisch zentralen Fragen dieses Landes keine eigene Mehrheit mehr hat.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Man hatte 28 Stimmen im Bundesrat - um es im Klartext zu sagen - und 35 brauchte man. Damit ist nach über drei Jahren Diskussion zu einem Gesetz eine Situation eingetreten, die neben der rein technischen und fachlichen Frage nochmals verdeutlicht, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland bereits eine politische Machtverschiebung vollzogen hat und eigenständige Mehrheiten zu bestimmten Themen nicht mehr zu erreichen sind.

Insofern, meine Damen und Herren, kann ich nur immer wieder auf unseren Vorschlag, den wir seit mehreren Jahren machen, zurückkommen: Lassen Sie uns ein Gesetz machen, das ausschließt, dass Klimaschutzziele föderalisiert werden, denn wenn ein derartiges Gesetz nicht kommt, wird auch die jetzige Debatte als Beispiel genommen werden - dessen bin ich sicher -, auch zukünftig Länder zu zentralen Fragen unterschiedlich zu belasten. Das, finde ich, ist der denkbar schlechteste Weg, eine Energiewende in Deutschland zu vollziehen.

(Zustimmung des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung zu den beiden Fragen machen. Wenn Sie sich

die Energiestrategien von 2010 bis jetzt zur Überarbeitung bis 2030 anschauen, dann werden Sie feststellen, dass sich in den zentralen Zielstellungen auch der Wandel der Energieträgerstruktur in der Bundesrepublik widerspiegelt. Sie hatten 2010 den Schwerpunkt Braunkohle und additiv dazu die Frage der erneuerbaren Energien. Sie haben in der Energiestrategie 2020 einen Vorrang der erneuerbaren Energien mit einem großen Block „Fossile Energieträger“, und Sie haben in der Überarbeitung der Energiestrategie 2030 als zentrale Aussage den Vorrang der erneuerbaren Energien und als Brückentechnologie die fossilen Energieträger, die hinzugefügt werden.

Insofern merken Sie auch daran, dass sich hier ein qualitativer Wandel vollzogen hat, und ich hoffe, dass für den Vorrang der erneuerbaren Energien und deren Systemintegration eine partiübergreifende Zusammenarbeit möglich ist. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Es gibt Nachfragen. Zunächst der Fragesteller. Herr Bretz, bitte.

Bretz (CDU):*

Herr Minister Christoffers, ich habe Ihnen eigentlich eine ganz einfache Frage gestellt, und diese möchte ich gern wiederholen. Sie lautete ganz einfach: Welche Konsequenzen hat nach Ansicht der Landesregierung dieser Beschluss für die Zukunft der heimischen Braunkohle in Brandenburg? Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie darauf eingehen.

Gestatten Sie mir, eine kurze Begründung. Sie haben in dem Zwischenbericht zu den Eckwerten Ihrer Energiestrategie eine Verschärfung der Formulierung vorgenommen. Dort heißt es auf Seite 23, wenn ich es recht erinnere: Die Zukunft der heimischen Braunkohle ist streng an den Erfolg der CCS-Technologie geknüpft.

Deshalb wussten Sie schon zu diesem Zeitpunkt, als Sie uns diesen Eckwertebeschluss vorgelegt haben, wie Ihr Verhalten im Bundesrat sein wird. Daher noch einmal meine konkrete Frage: Was heißt das für die Zukunft der heimischen Braunkohle? Ich würde mir wünschen, wirklich eine verbindliche, zukunftsorientierte Antwort von Ihnen zu bekommen. - Vielen Dank.

Minister Christoffers:

Ich wäre auch dankbar, seitens der CDU einmal eine zukunfts-fähige Antwort zu bekommen, auf welche Säulen der Energiepolitik sie mittlerweile abstellt.

Wenn es politische Strategie ist - was ja sein kann -, im Bereich der Energiepolitik die Proteste aufzunehmen und die politischen Auseinandersetzungen um die Energiestrategie auf die Region Lausitz zu konzentrieren, dann mag man das als politische Strategie nachvollziehen. Ich darf Ihnen aber sagen: Zukunfts-fähig ist es nicht.

Um Ihre Frage zu beantworten: Sie wissen genauso gut wie jeder hier im Saal, es gibt genehmigte Tagebaue und Kraftwerke. Bis 2025 laufen die Genehmigungen für Jänschwalde, und wir werden in Welzow - dagegen wird jetzt geklagt, und ich gehe davon aus, dass das Gericht hierzu eine Entscheidung treffen

wird - bis 2040 zur Versorgung des Kraftwerkes eine Inanspruchnahme eines bereits definierten Gebietes haben. Insofern hat die Braunkohle in Brandenburg über mehrere Jahrzehnte ohnehin eine Perspektive.

(Görke [DIE LINKE]: Das weiß er auch!)

In welchem Umfang darüber hinaus eine Verstromung fossiler Energieträger deutschlandweit notwendig ist - das sagte ich schon in der Beantwortung der vorherigen Anfrage -, hängt von der Systemintegration der erneuerbaren Energien ab. Gerade in diesem Punkt - das hat Frau Ludwig vorhin nochmals verdeutlicht - gibt es offensichtlich sehr verschiedene politische Ansatzpunkte zwischen den Parteien, was ich außerordentlich bedaure, denn Akzeptanz werden wir nur hinbekommen, wenn wir uns gemeinsam auf die Schwerpunkte verständigen, zu denen Akzeptanz zu erreichen ist.

Meine Damen und Herren! Es gibt einen zweiten Punkt - Herr Bretz, das wissen Sie auch, da der Landtag bereits mehrfach darüber debattiert hat -: Die Europäische Kommission hat vor Kurzem die Entscheidung veröffentlicht, die sogenannte leitungsgebundene CO₂-Infrastruktur in die transeuropäischen Netze aufzunehmen. Das heißt, dieser Grundsatzbeschluss ist gefasst. Die Einbeziehung der leitungsgebundenen CO₂-Infrastruktur in das sogenannte TEN-Netz wird dazu führen, dass Ende des Jahres die Kommission die Vorschläge vorlegen wird, ob und in welchem Umfang und vor allem wo ein derartiges Leitungssystem dennoch entstehen soll.

Das bedeutet, selbst wenn in Deutschland - das ist wahrscheinlich - wegen der fehlenden Rechtsgrundlagen und der unterschiedlichen politischen Interessen onshore nicht gespeichert werden kann und wird, wird das Thema CCS und CCU, also die stoffliche Verwertung von CO₂, um Deutschland und Europa keinen Bogen machen, und wir werden auch dazu noch interessante Debatten haben.

Nebenbei bemerkt, Herr Bretz, würde ich immer wieder empfehlen, einen Blick in den Koalitionsvertrag zu werfen. Im Koalitionsvertrag zwischen beiden Parteien ist definiert a) Braunkohle als Brückentechnologie und b), dass CCS eine Option ist, klimafreundliche Energiepolitik umzusetzen.

Sie werden mir noch eine Bemerkung gestatten: Ich würde mich politisch niemals nur an eine Technologie binden wollen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Es gibt weitere Fragen. Herr Abgeordneter Vogel, bitte.

Vogel (GRÜNE/B90):

Herr Minister Christoffers, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie vorhin ausgeführt, dass sich die SPD in den rot-grünen Landesregierungen in Baden-Württemberg, Bremen und Rheinland-Pfalz gegen die CCS-Technologie für Kohlekraftwerke ausgesprochen und gemeinsam mit den Grünen dafür plädiert hat, diese lediglich für die Abscheidung in industriellen Prozessen zu erforschen. In den letzten Monaten hatte ich auch den Eindruck, dass das auch die Position der Landesregie-

rung sei, da Sie kontinuierlich auf diese industriellen Prozesse abgehoben haben.

Deshalb frage ich Sie, ob es konkrete Vorhaben in Brandenburg gibt, CO₂ in industriellen Prozessen abzuscheiden.

Darüber hinaus frage ich Sie, ob es ergänzend zu Ketzin - wir unterstützen übrigens auch das Forschungsvorhaben der Verpressung von 40 000 Tonnen CO₂, wir haben uns nie dagegen gewandt - noch irgendwelche anderen Verpressungsvorhaben gibt.

Minister Christoffers:

Herr Vogel, der Unterschied zwischen beiden Positionen liegt darin, dass die Landesregierung Brandenburgs ständig sowohl für die Abscheidung in den Industrieprozessen als auch in der Energieerzeugung eingetreten ist.

Was mich etwas überrascht hat, aber was Sie bereits in der entsprechenden Bundestagsdebatte angedeutet hatten, war die Haltung der Grünen - das will ich so offen sagen -, weil bisher eine Speicherung und Erforschung von CCS-Technologie grundsätzlich abgelehnt worden ist. Insofern haben Sie sich für Industrieprozesse hier geöffnet. Das wird möglicherweise dann auch zu einer Neu- oder Neubewertung von technologischen Entwicklungen führen können.

Was Ihre Frage betrifft - erstens -: Ketzin werden wir weiter unterstützen, völlig klar. Das ist ein internationales Forschungsprojekt, das auf der Grundlage des Bergrechts genehmigt worden ist. Soweit mir bekannt ist, ist sogar geplant, am Standort Ketzin eine tatsächliche CO₂-Senke herbeizuführen, in der ebenfalls abgeschiedenes CO₂ aus Biogasanlagen eingespeichert werden soll. Das wäre eine zusätzliche Forschungs- und Technologieentwicklung, die wir ausdrücklich begrüßen würden.

Es gibt gegenwärtig in einem Unternehmen im Osten Brandenburgs intensive Gespräche - auch mit der Unternehmensleitung und der Konzernleitung -, einen Industrieprozess dazu zu nutzen, um CO₂ hier abzuscheiden und dann anders wieder einzusetzen. Die Unternehmensentscheidung ist noch nicht gefallen. Wir stehen dabei im Wettbewerb mit einem französischen Standort. Ich hoffe sehr, dass wir hier sehr bald zu einer für das Land Brandenburg positiven Entscheidung kommen.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Damit sind die Dringlichen Anfragen abgearbeitet, und wir kommen zur **Frage 728** (Grundwasserwiederanstieg - Wasserprobleme in Lübbenau/Spreewald), die der Abgeordnete Schippel stellt.

Schippel (SPD):*

Während eines einmaligen, zwei Stunden dauernden Besuchs in der Stadt Lübbenau/Spreewald warf der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Nešković der Stadt Lübbenau öffentlich fehlendes Engagement für die vom bergbaubedingten Grundwasseranstieg betroffenen Bürgern vor.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es aus Sicht der Landesregierung im Hinblick auf den bergbaubedingten Grundwasserwiederanstieg Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der be-

teiligten Landesinstitutionen wie dem LUGV, der Abteilung GL 6 oder der beauftragten LMBV mit der Stadt Lübbenau?

Präsident Fritsch:

Darauf antwortet Minister Vogelsänger.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Schier, Herr Schippel, es gibt engagierte Vertreter der Stadt Lübbenau hier im Landtag. Genauso engagiert habe ich den Lübbenauer Bürgermeister kennen- und schätzengelernet. Insofern habe ich eine ganz andere Einschätzung als der Bundestagsabgeordnete. - Es steht mir ja auch zu, eine eigene Einschätzung zu haben.

(Zuruf von der Fraktion GRÜNE/B90)

- Er kann auch eine Einschätzung haben; das ist halt eine andere.

Ich habe nicht nur einen zweistündigen Besuch in Lübbenau gemacht, sondern war des Öfteren dort. Wir haben mehrere Gespräche in meinem Ministerium geführt.

Zur Grundwasserproblematik: Ich empfehle jedem einen Ausflug in den Spreewald, da kann man mit den Kahnführleuten entsprechend diskutieren. Sie können darstellen, wie komplex die Grundwassersituation im Spreewald ist und wie auch die bergbauliche Situation darauf wirkt. Da muss man natürlich mit viel Fingerspitzengefühl und Sachverstand entsprechende Lösungen finden. Das betrifft übrigens auch Verkehrsprobleme, die wir gemeinsam erörtern. Ich will darauf hinweisen, dass es sogar einen Termin im Bundesverkehrsministerium gemeinsam mit den betreffenden Bürgermeistern gab, weil das Land Brandenburg diese Dinge nicht allein lösen kann.

Zur Zusammenarbeit mit der Landesregierung insgesamt: Lübbenau wird den Brandenburg-Tag ausrichten. So etwas kommt nicht von ungefähr. Die Landesregierung würde eine solche Entscheidung nicht treffen, wenn es keine gute Zusammenarbeit mit der Stadt Lübbenau, mit den Abgeordneten aus der Region und dem Bürgermeister geben würde. Ich freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Wir sind bei der **Frage 723** (Bundeswehrstrukturreform), die der Abgeordnete Domres stellt.

Domres (DIE LINKE):*

Der Bundesverteidigungsminister hat für Oktober 2011 die Vorlage eines Konzepts zur Umsetzung der Bundeswehrstrukturreform angekündigt. In diesem Zusammenhang wurde eine umfassende Beteiligung der Bundesländer zugesichert, um Länderinteressen, zum Beispiel die Unterstützung im Katastrophenfall, in die Überlegungen und Entscheidungen einzubeziehen.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Stand der Gespräche mit der Bundesregierung zur Umsetzung der angekündigten Bundeswehrstrukturreform?

Präsident Fritsch:

Darauf antwortet der Ministerpräsident.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Domres, der Bundestag - Sie haben es eben angedeutet - hat am 24. März das Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften beschlossen. Kern dieses Beschlusses ist die Aussetzung der Wehrpflicht - das hat zum 1. Juli stattgefunden - und die Einführung eines freiwilligen Wehrdienstes.

Die Aussetzung der Wehrpflicht ist Bestandteil einer weitreichenden Streitkräftereform, in deren Ergebnis der Umfang der Streitkräfte von 255 000 Soldatinnen und Soldaten auf 185 000 reduziert werden soll. Es ist davon auszugehen - darauf zielt wohl Ihre Frage -, dass dieses Gesetz erhebliche Effekte auf die bestehenden Strukturen im Land Brandenburg haben wird.

Um den Umfang dieser Veränderungen erahnen zu können, sei daran erinnert, dass die letzte Reform vor einigen Jahren - 2004 - 7 000 Soldaten betraf, die jetzige Reform die zehnfache Zahl von Dienstposten. Die damalige Reform hatte die Schließung der Standorte von Brandenburg an der Havel, Neuruppin und Oranienburg in unserem Land zur Folge und die Reduzierung in Doberlug-Kirchhain und Frankfurt (Oder). Es handelt sich also um einen ungleich größeren Reformprozess, der jetzt im Laufen ist.

Ich will nur noch dazusagen, dass wir auch bei den vorherigen Reformen schon erhebliche Standorteinschränkungen hinnehmen mussten. In den verbliebenen Standorten sind seitdem erhebliche Mittel investiert worden. Die militärische Infrastruktur ist in allen Standorten im Lande Brandenburg modern und funktional, und die Truppenunterkünfte entsprechen dem neuesten Stand. Davon konnte ich mich auch bei mehreren Truppenbesuchen in den vergangenen Wochen überzeugen.

Darüber hinaus ist die Bundeswehr in den Kreisen und Kommunen unseres Landes sehr gut verankert. Die Standortkommandos und die Kommunalverwaltung arbeiten schon seit Jahren vertrauensvoll zusammen. Man kennt sich, und man schätzt sich.

Nicht zuletzt haben die Bundeswehrstandorte auch maßgebliche struktur- und arbeitsmarktpolitische Effekte; vielerorts ist die Bundeswehr derzeit der größte Arbeitgeber in der Region.

Vor diesem Hintergrund - auch vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen - setzt sich die Landesregierung mit großem Nachdruck dafür ein, dass sich die Bundeswehr nicht aus der Fläche des Landes zurückzieht. Des Weiteren wird es von großer Bedeutung sein, dass bei dieser Strukturreform aus dem Bundeshaushalt ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit denen die Konversionskommunen bei der Erarbeitung und Realisierung sinnvoller Nachnutzungskonzepte für ehemalige Militärliegenschaften, von denen es wahrlich genügend gibt, unterstützt werden können.

Der zuständige Minister Dr. Woidke hat am Dienstag vergangener Woche gegenüber dem Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium die Position des Landes Brandenburg noch einmal deutlich gemacht. Ich gehe davon aus, dass der zuständige Bundesminister, der ja auch längere Zeit Ost-Beauftragter

der Bundesregierung war, seine Entscheidung unter Berücksichtigung der durchaus spezifischen und besonderen Situation in den ostdeutschen Ländern treffen wird.

Noch liegen uns keine Informationen darüber vor, welche Auswirkungen auf die Standorte im Lande zu erwarten sind. Wir werden aber weiterhin gegenüber dem Verteidigungsministerium die strukturpolitische Bedeutung der Standorte deutlich machen und für ihren Erhalt kämpfen. Dietmar Woidke steht dazu mit den Standortkommunen, den kommunalen Spitzenverbänden und dem Landeskommando Brandenburg in einem intensiven Austausch.

Die Verbundenheit vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger mit der Bundeswehr hat ihre Ursache nicht zuletzt in den Hilfeleistungen während der Hochwasserereignisse 1997, 2002 und in den folgenden Jahren. Der gemeinsame und erfolgreiche Kampf gegen das Hochwasser hat das Gemeinschaftsgefühl zwischen Bundeswehr und Brandenburgern nachhaltig gestärkt. Diese Erfahrungen haben aber auch deutlich gemacht, dass die Bundeswehr für einen funktionierenden Katastrophenschutz in unserem Lande weiterhin in der Fläche vertreten sein muss. Die bewährten Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit müssen erhalten bleiben. Das gilt insbesondere für die Landeskommandos. Das Land Brandenburg hat mit dem Beauftragten für Zivil-Militärische Zusammenarbeit einen direkten Ansprechpartner für das Landeskommando geschaffen.

Die Landesregierung vertraut darauf, dass der Bundesminister der Verteidigung die Standortentscheidungen, insbesondere in Ostdeutschland, mit einem hohen gesellschaftspolitischen Verantwortungsbewusstsein treffen wird. - Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Wir kommen zur **Frage 730** (Vorlage des Masterplans Breitband - Brandenburg Glasfaser 2020), gestellt vom Abgeordneten Lakenmacher.

Lakenmacher (CDU):*

Der Masterplan Breitband ist ein wichtiges Instrument für die zukünftige Breitbandkonzeption des Landes Brandenburg. Laut Homepage des Wirtschaftsministeriums sollte der Bericht bereits im Mai 2011 vorliegen.

Ich frage die Landesregierung: Wie lautet der aktuelle Stand bei der Erarbeitung des Masterplans Breitband - Brandenburg Glasfaser 2020?

Präsident Fritsch:

Minister Christoffers antwortet.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Lakenmacher, ich glaube, wir alle sind uns in diesem Hause einig, dass ein Zugang zu Internetgeschwindigkeiten von 50 MBit/s eine zwingende Voraussetzung ist, um Zukunfts-

fähigkeit im Land Brandenburg darstellen zu können. Wir gehen davon aus, dass zur Sicherung von Kommunikation, aber auch von Information und Mobilität ein glasfaserbasiertes System im Land Brandenburg zwingend notwendig ist. Der angekündigte Masterplan Breitband ist fertig, befindet sich in der Ressortabstimmung und wird selbstverständlich nach der Ressortabstimmung dem Landtag übermittelt und hier vorgestellt.

Was ist der Kerngedanke? An vorhandenen Infrastrukturtrassen wie zum Beispiel der OPAL-Leitungen oder anderen Energieleitungen werden an den Überwachungssystemen der Leitungen selbst, die bereits glasfaserbasiert sind, in einem Korridor von 5 bis 10 km, je nach geografischer Situation, glasfaserbasierte Systeme angeschlossen, die es ermöglichen, eine glasfaserbasierte Systemlösung für das Land Brandenburg zu schaffen.

Wir gehen davon aus, dass wir mit dem Masterplan und seiner Umsetzung eine Variante gefunden haben, das Land Brandenburg in absehbarer Zeit mit einer zukunftsfähigen Lösung in diesem Bereich überziehen zu können. Wir sind dabei in enger Zusammenarbeit sowohl mit der Telekom und vielen anderen Providern als auch mit allen Nutzern und Betreibern von Energietrassen im Land Brandenburg. Die Abstimmungsgespräche sind ebenfalls abgeschlossen.

Insofern gehe ich davon aus, dass nach der Ressortabstimmung eine zügige Kabinettsbefassung erfolgen kann und wir noch in diesem Jahr hier im Landtag mit Sicherheit eine öffentliche Debatte dazu führen werden. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Lakenmacher hat Nachfragen.

Lakenmacher (CDU):*

Herr Minister, ist es richtig, dass nunmehr vorgesehen ist, das von der CDU-Fraktion schon einmal geforderte Breitbandkompetenzzentrum einzurichten? Wenn ja, wann, wo angebunden und mit welchen Kompetenzen?

Minister Christoffers:

Wir haben gegenwärtig keine abgeschlossenen Pläne, ein Breitbandkompetenzzentrum einzurichten. Sie wissen, wir haben eine gemeinsame Innovationsstrategie mit Berlin, sie umfasst auch den Bereich IKT/Medien. Die Debatte um die Kernkompetenz Breitband ist ein Thema, das die Handlungsakteure gegenwärtig beraten. Ich gehe davon aus, dass sich diese Thematik dann in ihren eigenen Arbeitsplänen widerspiegeln wird; sie liegen aber noch nicht vor.

Präsident Fritsch:

Damit kommen wir zur **Frage 731** (Amtshilfe der Polizei bei Vor- bzw. Zuführungen an die Gerichte), gestellt vom Abgeordneten Goetz.

Goetz (FDP):*

In der Vergangenheit hat die Polizei bei der Vorführung von Untersuchungshäftlingen in erheblichem Umfang Amtshilfe für die Justiz geleistet. In gleicher Weise war die Polizei tätig ge-

worden, wenn Vorgeladene der Vorladung nicht gefolgt waren.

In Anbetracht der Personalveränderungen bei der Polizei, insbesondere der Kürzungen, frage ich die Landesregierung: Trifft es zu, dass bei obigen Maßnahmen die Polizei künftig nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr tätig werden soll?

Präsident Fritsch:

Der Innenminister antwortet.

Minister des Innern Dr. Woidke:

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Goetz, in einer gemeinsamen Besprechung der Ressorts Innen und Justiz im Oktober 2007 sind Vereinbarungen getroffen worden über Zuständigkeiten bei der Zu- und Vorführung von vorläufig Festgenommenen, Verhafteten, Angeklagten und Zeugen zu Einrichtungen der Justiz, insbesondere zu Gerichten und Haftanstalten. Diese Vereinbarungen wurden damals in einem Ergebnisprotokoll festgehalten.

Mit Blick auf eine rationale Aufgabenabgrenzung und effektive Aufgabenwahrnehmung halte ich es allerdings für sinnvoll und erforderlich, diese Vereinbarungen zu überdenken, und zwar dort, wo bei der Transportfrage polizeiliche Belange vollständig hinter die Belange der Justiz zurücktreten. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn die Justiz den Beschuldigten oder Verurteilten bereits übernommen hat. Wir brauchen hier eine sachgerechte Lösung. Hierzu wurde das Ministerium der Justiz Anfang September um eine Stellungnahme gebeten, sodass ich davon ausgehe, dass wir dazu noch vertiefende fachliche Gespräche führen werden. Ich erwarte, dass sich beide Ressorts auf eine praktikable und effektive Lösung verständigen, die den jeweiligen Verantwortlichkeiten von Justiz, Justizvollzug und Polizei entspricht. Es ist nicht beabsichtigt, polizeiliche Zuständigkeiten auf die Justiz zu übertragen.

Präsident Fritsch:

Es gibt Nachfragebedarf. Bitte, Herr Goetz.

Goetz (FDP):*

Herr Minister, Ihre Antwort konnte man so verstehen, dass es möglicherweise künftig zu Einschränkungen der Leistungen der Polizei für die Justiz kommen wird, und zwar in den Bereichen, in denen es nicht originär polizeiliche Zuständigkeiten sind.

Meine Frage an die Landesregierung: Wie ist die Justiz auf diese Einschränkungen vorbereitet?

Minister Dr. Woidke:

Die Landesregierung, Herr Goetz, agiert gemeinsam. Das trifft vor allem auf die Ressorts Innen und Justiz zu. Wie Sie auch aus der Vergangenheit wissen, gibt es eine sehr enge und gute Zusammenarbeit, und ich meine, wir werden eine gute Lösung finden. - Danke.

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wir sollten die nächste Frage auch noch abarbeiten. Die Frage 732 wird getauscht mit der Fra-

ge 739 (Theater- und Konzertverbund), die die Abgeordnete von Halem stellt.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):*

Der Vertrag zum Theater- und Konzertverbund ist im letzten Jahr ausgelaufen und um ein Jahr provisorisch verlängert worden. Diese Verlängerung endet zum Ende dieses Jahres. Eine Neufassung des Vertrages liegt bisher noch nicht vor, und es herrscht Unsicherheit über den geplanten Umfang und die künftigen Vertragspartner des Theater- und Konzertverbundes. Nachdem zuerst keine Aufnahme der Bühnen in Schwedt und Senftenberg geplant war, wird nun doch eine Aufnahme zumindest in die Anlage des Vertrages kommuniziert.

Daher frage ich die Landesregierung: Welche Überlegungen hat sie veranlasst, die Uckermärkischen Bühnen Schwedt und die Neue Bühne Senftenberg nun doch in den Theater- und Konzertverbund einzubeziehen?

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Kunst antwortet.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete von Halem, Sie sprechen in Ihrer Frage den Theater- und Konzertverbund an. Dieser Verbund wurde vor nunmehr elf Jahren in den Städten Potsdam, Brandenburg und Frankfurt gegründet. Das Land hat sich in den vergangenen Jahren als verlässlicher Partner des Verbundes erwiesen und ist es auch in der Zukunft.

Die Landesförderung beträgt aus dem eigenen Haushalt und aus dem FAG für das Jahr 2011 insgesamt 35,1 Millionen Euro. Das ist gegenüber der Situation von vor zehn Jahren ein Aufwuchs von knapp 3 Millionen Euro. Der Verbund wird zusätzliche Planungssicherheit dadurch erhalten, dass die Mittel aus dem Einzelplan 06 erstmals durch entsprechende Verpflichtungsermächtigungen abgesichert sind.

Die Vertragslage ist heute also so, dass der Verbundvertrag noch bis Jahresende gilt; darauf hatten Sie hingewiesen. Ich erlaube mir aber den Hinweis, dass der Vertrag nicht provisorisch verlängert wurde, wie es im Vortext Ihrer mündlichen Anfrage unterstellt wird, sondern es wurde Ende 2010 eine Verlängerungsoption gezogen, ganz regelgerecht. Das wäre nicht der Fall gewesen, wenn die Beteiligten widersprochen hätten. Aus meiner Sicht ist dies ein Indiz dafür, dass die Beteiligten mit dem Verbund von daher also auch grundsätzlich zufrieden sind.

Die Vorbereitungen für die Verlängerung des Theater- und Konzertverbundvertrages laufen zurzeit kontinuierlich in der Arbeitsgemeinschaft Verbund, in der alle Verbundkommunen, die Kultureinrichtungen und das MWFK zusammenarbeiten. Wichtig ist mir: Es ist der grundsätzliche, von allen Beteiligten mitgetragene Wunsch, den Verbund fortzusetzen. Es ist beim Aushandeln der weiteren Einzelheiten wichtig, dass auch über Ideen gesprochen wird, die später gegebenenfalls nicht umgesetzt werden bzw. die erst mittelfristig eine Rolle spielen werden. Deshalb ist es nicht hilfreich, jetzt Zwischenstände zu kolportieren, und schon gar nicht, sie zu kommentieren.

Es ist mir aber wichtig zu sagen, dass die Theater in Schwedt und Senftenberg Theaterverträge und Planungssicherheit bis 2012 haben, also in einer anderen Taktung laufen als der Theater- und Konzertverbund, und dass dies erstmals über die Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt abgesichert ist.

Es heißt ganz klar: Es ist nicht über diese Theater entschieden worden, sondern mit diesen Theatern. Ziel ist es auch, künftig unter den geänderten demografischen Rahmenbedingungen ein qualitativ gutes Theater- und Konzertangebot für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Dafür haben wir jetzt noch drei Monate Zeit. Diese Zeit wird auch benötigt, sodass ich Sie bitte, uns diese Zeit zu lassen. Ich werde dann sehr gern über weitere konkrete Ergebnisse berichten. - Danke.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Frau von Halem hat Nachfragen. - Das hat sich erledigt. Danke sehr.

Damit sind wir am Ende der Fragestunde angelangt. Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und entlasse Sie bis 13 Uhr in die Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.11 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.01 Uhr)

Vizepräsidentin Große:

Meine Damen und Herren Abgeordnete, bevor ich Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, möchte ich sehr herzlich in unseren Reihen Schülerinnen und Schüler des Paul-Fahlich-Gymnasiums in Lübbenau begrüßen. Seien Sie willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Sie sehen hier noch relativ leere Reihen. Das liegt daran, dass heute noch einige Ausschüsse außerordentlich in der Mittagspause tagen mussten. Ich hoffe, es liegt nur daran.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 5/4015

1. Lesung

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung. Herr Minister Dr. Schöneburg, Sie haben das Wort.

Minister der Justiz Dr. Schöneburg:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heidering ist offensichtlich - wie man an den besetzten Plätzen sieht - nicht so interessant. Es ärgert mich vor allem, dass Frau von Halem

nicht da ist - darauf komme ich nachher noch einmal zurück -, weil sie vorhin eine spitze Bemerkung zu Heidering gemacht hat.

Lassen Sie mich einführend sagen: Das Land Berlin hat vor, im Jahr 2012 eine Justizvollzugsanstalt auf dem Gemeindegebiet Großbeeren im Landkreis Teltow-Fläming zu eröffnen. Es ist eine Justizvollzugsanstalt für männliche Strafgefangene mit einer Kapazität von 648 Plätzen.

Es war schon lange vor meiner Zeit vereinbart, dass der Betrieb dieser Justizvollzugsanstalt mit einem Staatsvertrag geregelt wird. Dieser Staatsvertrag wurde durch den Berliner Senat und durch das Brandenburger Kabinett in diesem Sommer gebilligt. Am 25. August haben die Justizsenatorin Frau von der Aue und ich den Vertrag in Berlin unterzeichnet.

Lassen Sie mich kurz drei inhaltliche Anmerkungen zu diesem Staatsvertrag machen.

Erstens. Es ist eine Berliner Einrichtung - das ist das Spezifikum - mit Berliner Strafgefangenen und mit Berliner Personal im Brandenburger Land. Insofern musste geregelt werden - das ist bundesrechtlich auch möglich -, dass das Vollzugsgesetz Berlins und die Vollstreckungsordnung Berlins für die Justizvollzugsanstalt in Heidering, wenn sie eröffnet wird, Geltung beanspruchen können. Zugleich musste in diesem Staatsvertrag geregelt werden, dass die dienst- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen für die Bediensteten aus Berlin auch an diesem Standort Gültigkeit besitzen.

Der zweite wichtige Punkt, der in diesem Staatsvertrag geregelt werden musste, ist folgender: Normalerweise wären für Belange der Anstalt, wenn Strafgefangene in Beschwerde gehen oder Widerspruch gegen Entscheidungen erheben, Brandenburger Gerichte und Brandenburger Strafvollstreckungskammern zuständig. Es musste geregelt werden - das ist möglich -, dass Berliner Gerichte für solche Streitigkeiten und Konflikte zuständig sind.

Drittens - was für uns von einer gewissen Bedeutung war - musste geregelt werden, dass alle Kosten für den Betrieb dieser Anstalt Berlin trägt. Wenn es Aufwendungen von Brandenburger Seite gibt, sind sie durch Berlin entsprechend auszugleichen. Brandenburg entstehen keine finanziellen Nachteile. Brandenburger Gerichte werden auch nicht belastet. Insofern ist dieser Staatsvertrag, wie ich finde, zu akzeptieren. Er ist auch relativ konfliktfrei ausgehandelt worden und muss nun, um in Landesrecht umgesetzt zu werden, dieses Parlament passieren.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Ausführungen machen, die ich, um den strafrechtlichen Begriff zu verwenden, spezialpräventiv ausrichten will. Natürlich ist mir klar - Frau von Halem hat schon darauf hingewiesen -, dass man auf den Widerspruch eingehen wird, dass einerseits Berlin eine Justizvollzugseinrichtung auf Brandenburger Land baut und 2012 in Betrieb nehmen wird und wir andererseits in den Justizvollzugseinrichtungen in Brandenburg einen Leerstand von etwa 30 % haben. Das ist ein Widerspruch, der nachher sicherlich von den rechtspolitischen Sprechern der „Koalition in der Opposition“ thematisiert werden wird. Ich werde ihn gleich aus meiner Sicht besprechen.

Für mich war es eine große Überraschung, mit Amtsantritt festzustellen, dass die Belegung unserer Haftanstalten bei etwa

1 650 Strafgefangenen lag, wobei wir damals eine Kapazität von über 2 300 Haftplätzen hatten. Daher war es für mich ein Bestreben, als ein partieller Baustopp für Heidering ausgesprochen worden ist - das hing mit dem kontaminierten Boden und bestimmten Konkurrentenklagen zwischen Firmen zusammen -, zu versuchen, diesen Widerspruch zu lösen und mit Berlin in Verhandlung zu treten und vorzuschlagen: Können wir nicht eine Vollzugsgemeinschaft bilden? Können wir nicht die 100%ige Auslastung der Brandenburger Strafvollzugseinrichtungen erreichen und gleichzeitig auf dieses 120-Millionen-Projekt von Berliner Seite verzichten?

Das waren sehr komplizierte Verhandlungen, die auf höchster Ebene geführt worden sind. Frau von der Aue war zu diesem Thema zweimal bei mir im Ministerium. Die Verhandlungen sind letztendlich gescheitert. Sie sind daran gescheitert, dass erstens schon bestimmte Tatsachen geschaffen worden waren: Berlin war vertraglich gebunden. Der Spatenstich war erfolgt. Die Baumaßnahmen waren angelaufen. Zweitens wurden rechtliche Argumente ins Feld geführt, die sicherlich relativ zu betrachten sind. Die Entscheidung des Kammergerichts Berlin hat Brandenburg anders gesehen. Ich glaube, sie hätte auch nicht Bestand oder man würde gegen diese Entscheidung verstoßen, wenn diese Vollzugseinrichtung in Heidering in Betrieb genommen wird, weil es in der Entscheidung darum ging, Strafgefangene heimatnah unterzubringen. Die Verkehrsanbindung von Heidering ist aus Berliner Sicht bedeutend schlechter als beispielsweise die von Brandenburg an der Havel.

Es wurden drittens vollzugskonzeptionelle Gesichtspunkte von der Berliner Seite in Ansatz gebracht. Die Debatte endete im Sommer vergangenen Jahres durch ein Machtwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, verkündet in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“. Es ist hier in diesem Hause als eine Niederlage des Justizministers, als eine persönliche Niederlage des Justizministers, charakterisiert worden. Das kann man so sehen. Es ist aber eine Niederlage, die durch die Vorgeschichte eigentlich schon determiniert war. Die Erfolgsaussichten, die wir zum Durchbruch zu bringen versucht haben, waren relativ gering.

Lassen Sie mich kurz in die Geschichte gehen. Heidering - das Projekt Berlins - ist befürwortet worden im Jahre 1999. Im Jahr 2004 trat der Bebauungsplan in Kraft. Im Jahr 2008 hat Frau von der Aue den Architektenentwurf, der sich damals im Wettbewerb durchgesetzt hatte, der Öffentlichkeit vorgestellt. Am 8. Juli 2009 erfolgte der erste Spatenstich - ein Vierteljahr vor meiner Amtsübernahme.

Man sollte sich vergegenwärtigen, wie sich die Gefangenenzahlen in Brandenburg entwickelt haben. In einem Schreiben der vormaligen Justizministerin Blechinger vom 7. November 2007 an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Herrn Petke, den ich herzlich begrüße, hat sie dargestellt, dass die Gefangenenzahlen in Brandenburg seit 2003 kontinuierlich zurückgegangen sind. Ich möchte hier nur zwei Daten benennen: 2007 - zum Zeitpunkt dieses Briefes - hatte Brandenburg 423 freie Haftplätze.

Zum Zeitpunkt des Spatenstichs im Juli 2009 hatte sich die Haftplatzkapazität auf 547 freie Plätze erhöht. Nun könnte man annehmen, dass das zum Gegenstand genommen wird, bevor der erste Spatenstich erfolgt, bevor Verträge geschlossen werden, mit Berlin an den Verhandlungstisch zu gehen und zu sagen: Lasst uns doch versuchen, das Problem, das wir haben,

und das Problem, das ihr habt mit einer Unterkapazität in Berlin und schlechten Haftbedingungen, zu lösen und dafür zu sorgen, dass unsere modernen Haftplätze für Berlin nutzbar gemacht werden. - Das ist mitnichten geschehen. Ganz im Gegenteil - das, Herr Eichelbaum, kann ich Ihnen leider nicht ersparen - führte der damalige Staatssekretär des Justizministeriums, Herr Reitz, anlässlich des Spatenstichs aus - ich zitiere aus der „Märkischen Allgemeinen“ -:

„Sein Brandenburger Amtskollege Günter Reitz lobte die Gefängnisplanung. Jedes Land solle die ihm anvertrauten Gefangenen selbst betreuen. Außerdem, so Reitz, könne man von einer Unterbelegung in Brandenburger Gefängnissen nicht sprechen.“

(Bischoff [SPD]: Aha!)

Hier ist vor meiner Amtsübernahme bewusst die Chance, die besser gewesen wäre, vertan worden, ja, es ist sogar vor dem Hintergrund der zurückgehenden Gefangenenzahlen das riesige Prestigeprojekt der Modernisierung, Sanierung und des Ausbaus der Brandenburger Justizvollzugsanstalt weiter vorangetrieben worden. Vielleicht liegt darin auch der Grund, dass man mit Berlin nicht ernsthaft verhandelt hat.

(Beifall DIE LINKE)

Nun hat Frau von Halem geäußert, dass das ein Schildbürgerstreich sei. Wenn wir jetzt diesen Staatsvertrag verabschiedeten, würden unsere Haftanstalten leer stehen. Das ist, finde ich, billigste Argumentation, billigster Populismus.

(Vereinzelte Beifall SPD und DIE LINKE - Görke [DIE LINKE]: Das ist in der Tat ein starkes Stück!)

Erstens steht Brandenburg zu den Vereinbarungen, die vor 10 Jahren mit Berlin getroffen worden sind. Es geht da um Berechenbarkeit, es geht um Rechtsstaatlichkeit, es geht um Zuverlässigkeit.

Zweitens nehmen Sie doch nicht an, Frau von Halem, dass auch nur ein Gefangener aus Berlin nach Brandenburg kommen wird, wenn wir dieses Projekt sterben lassen. Was ist denn das für ein politisches Verständnis?

Im Übrigen können Sie ja Ihre Position auf den politischen Prüfstand stellen: In Berlin ist das Projekt „Staatsvertrag“ noch nicht durchs Abgeordnetenhaus gegangen. Machen Sie das doch zu einem K.-o.-Schlag-Argument gegenüber dem potenziellen Koalitionspartner!

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Dann werden wir sehen, wie ernsthaft Sie Politik betreiben oder ob es billigster Populismus ist, diesen Widerspruch aufzumachen.

(Zurufe von der Fraktion GRÜNE/B90 - Görke [DIE LINKE]: Die bilden ja nicht die Regierungsmehrheit!)

Wir müssen zwar in diesen sauren Apfel beißen, aber ich kann Ihnen nur empfehlen, diesem Staatsvertrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Es geht in der Aussprache weiter mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Eichelbaum hat das Wort.

(Holzschuher [SPD]: Aber vorsichtig; ich weiß, es könnte auch Rot-Schwarz geben! - Heiterkeit bei SPD und DIE LINKE)

Eichelbaum (CDU):

Na ja, in der JVA Heidering hätten wir dann genügend Platz, vor allen Dingen für SPD-Landräte, Herr Holzschuher.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich werden wir heute mit diesem Gesetzesentwurf schon vor vollendete Tatsachen gestellt. Wir reden hier über vergossene Milch, denn der entsprechende Staatsvertrag wurde bereits am 25. August von den beiden Landesregierungen unterzeichnet. Wir würden uns deshalb auch wünschen, dass das Mitspracherecht des Parlaments an dieser Stelle erweitert wird und vor allem auch die Fachausschüsse in die Erarbeitung von Staatsverträgen frühzeitig eingebunden werden.

(Beifall CDU sowie vereinzelt FDP und GRÜNE/B90)

Insofern können wir heute natürlich nur eine nachträgliche Bewertung vornehmen.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Aber Sie hätten das vorher ändern können!)

Und da verwundert mich schon die Kritik des Justizministers bezüglich der Errichtung der JVA Heidering, denn die Linke und die SPD in Berlin haben den Bau dieser JVA maßgeblich vorangetrieben und dies auch im Berliner Koalitionsvertrag festgeschrieben. Richtig ist, dass der Bau der JVA Heidering in beiden Ländern stark umstritten war und ist. Es ist der Bevölkerung auch kaum erklärbar, dass das Land Berlin in Brandenburg für 120 Millionen Euro ein neues Gefängnis baut, während Brandenburg über freie Haftkapazitäten verfügt.

Aber zur Wahrheit gehört eben auch, dass es zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Bau der JVA Heidering eine ganz andere Ausgangssituation im Strafvollzug gegeben hat, und zwar in beiden Ländern. Herr Minister Dr. Schöneburg, Sie werden mir sicherlich Recht geben: Wenn man eine realistische Prognose für die zukünftige Auslastung von Haftkapazitäten treffen will, dann kann man das nur über einen Zeitraum von fünf Jahren machen.

Schauen wir uns einmal Folgendes an: In Brandenburg waren 2005 lediglich 10 % der Haftplätze nicht belegt, es gab also damals nicht genügend freie Kapazitäten für die Aufnahme von Berliner Gefangenen. Trotzdem senkte die damalige Justizministerin Beate Blechinger in ihrem damaligen Vollzugsentwicklungskonzept die Anzahl der Haftplätze von 2 700 auf 2 365 und später auf 2 123. Außerdem wurde dann noch der geschlossene Vollzug in der JVA Spremberg beendet. In der Rückschau kann man also heute sagen: Das war eine völlig richtige Entscheidung der damaligen Justizminister.

(Beifall CDU)

Auf ein solches Vollzugskonzept von Ihnen, Herr Minister Dr. Schöneburg, warten wir schon seit Jahren. Den damaligen Justizministern heute Untätigkeit vorzuwerfen ist schon unredlich. Die Justizminister Kurt Schelter, Barbara Richstein und Beate Blechinger haben mit einem beispiellosen Modernisierungsprogramm die Gefängnisse in Brandenburg sicherer gemacht, sie haben die Arbeitsbedingungen der Justizbeschäftigten maßgeblich verbessert und den Strafvollzug in Brandenburg menschenwürdig gemacht,

(Zurufe der Abgeordneten Görke und Frau Wehlan [DIE LINKE])

ja, sie haben damit das „Reisebüro Bräutigam“ geschlossen.

(Beifall CDU)

Dafür gebührt ihnen unser Dank, unser Respekt und unsere Anerkennung. Dagegen herrschten und herrschen in Berlin bis heute ganz andere Verhältnisse. Zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Bau der JVA Heidering im Jahr 2007 gab es in Berlin ein Allzeithoch von 5 600 Gefangenen, und man prognostizierte einen jährlichen Anstieg der Gefangenzahlen von 3 %. Überbelegung und zu kleine Zellen führen seit Jahren dazu, dass in Berlin Gefangene rechtswidrig und teilweise auch verfassungswidrig untergebracht werden. Wer sich davon selbst ein Bild machen möchte, sollte einmal die JVA in Tegel besuchen.

Von daher war zum damaligen Zeitpunkt die Entscheidung über den Bau der JVA Heidering nachvollziehbar. Doch dann ereignete sich die einmalige Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen rund um die JVA Heidering: Erst stieg der Baukostenrahmen von 85 Millionen Euro auf 118,5 Millionen Euro, dann verzögerte sich der Baubeginn, es gab Altlasten im Boden und auch noch einen Baustopp wegen eines Rechtsstreits um die Ausschreibung, sodass dann vor einem Jahr selbst der Berliner SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Müller das Projekt infrage stellte.

Zu diesem Zeitpunkt war dann auch klar, dass Brandenburg über genügend freie Haftkapazitäten, auch für Berliner Gefangene, verfügt. Deshalb war Ihr Angebot richtig, dass Berlin Haftkapazitäten in Brandenburg nutzen sollte. Doch damit begann leider auch ein Trauerspiel zwischen der Berliner Justizsenatorin und dem Brandenburger Justizminister. Berlin und Brandenburg fanden im Strafvollzug leider keinen Weg zueinander und auch keine Lösung füreinander.

(Beifall CDU)

Die Wortwahl und der Umgang der Beteiligten sprechen da schon Bände. Ich möchte hier einmal nur eine Äußerung der Berliner Justizsenatorin wiedergeben. Sie sagte:

„Jetzt kommt Brandenburg wie Kai aus der Kiste und macht dieses Angebot. Ich finde es schade, dass die guten Beziehungen, die Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet des Justizvollzuges pflegen, hierdurch gestört werden.“

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Das hätte Jahre früher geschehen müssen, Herr Eichelbaum!)

Beendet wurde dieses Trauerspiel dann mit einem Machtwort vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Das ist oder war die traurige Realität der Zusammenarbeit zweier rot-roter Landesregierungen. Man kann nur hoffen, dass mit der neuen Regierungskoalition in Berlin ein Stück Normalität auch in der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechtspolitik einziehen wird.

(Beifall CDU sowie vereinzelt FDP und GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eichelbaum. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Ziel hat das Wort.

Ziel (SPD):*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gebe zu, es ist schwierig zu erklären: Auf der einen Seite sind Haftplätze in Brandenburg frei, und auf der anderen Seite muss Berlin Haftplätze bauen.

Ich möchte aber noch ein wenig zurückgehen. In den Anfangsjahren nach der Wende hatten wir bei weitem nicht ausreichend Haftplätze in Brandenburg. Die Haftplätze, die wir hatten, waren sogar zu einem großen Teil menschenunwürdig; selbst wenn es um Haftgefängnisse geht, muss man das sagen dürfen. Wir haben alle Kraft darangesetzt, Haftplätze bei uns im Lande zu schaffen. Erst etwa ab dem Jahr 2002 - da ging Cottbus/Duben ans Netz - war es so, dass man sagen konnte: Jetzt haben wir uns so weit verbessert, dass wir ausreichend Haftplätze haben, aber bei weitem nicht zu viele.

Dass wir zu viele Haftplätze hatten, zeigte sich etwa erst im Jahr 2008, eventuell auch bereits im Jahr 2007; darüber möchte ich nicht richten. Eines muss jedoch klar sein: Auf dieser Tabelle - das ist eine Grafik, die ich mitgebracht habe

(Der Abgeordnete Ziel zeigt eine Grafik.)

und die ein kluger Mensch aus dem Justizministerium, glaube ich, verfasst hat - kann man deutlich erkennen, dass dieser beträchtliche Überhang erst etwa ab dem Jahr 2008 festzustellen ist.

Nun kommt die Berliner Seite: Die Berliner hatten im Jahr 2008 weitgehend alle Verträge - sie bauen das im Rahmen von Public Private Partnership -, mit denen, die dort bauen und errichten sollten, abgeschlossen. Dazu sage ich: Kommen Sie aus diesen Verträgen erst einmal heraus! Schließlich gilt: Pacta sunt servanda - Verträge gelten eben.

Dennoch würde ich den Berlinern keine Vorwürfe machen, dass Sie dieses Ziel weiterverfolgt haben und weiterverfolgen mussten. Wenn sie aus den Verträgen aussteigen, haben sie Millionen in den brandenburgischen Sand gesetzt. Das kann nicht richtig sein. Wenn sie den Vertrag aufrechterhalten, ist das Land Brandenburg da und sagt: Jetzt sind wir in der Lage, euch Haftplätze anzubieten.

In Zukunft kann man sicherlich besser verfahren, aber nun ist die Situation einmal so, dass der Staatsvertrag vorliegt. Meines Erachtens wären wir nicht richtig beraten, wenn wir sagten:

Das interessiert uns ab heute nicht mehr. Wir werden mit den Berlinern im Schulterschluss vermutlich noch viele Probleme der Zukunft lösen müssen. Insofern hoffe ich, dass wir das besser tun werden, als es bisher der Fall gewesen ist. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ziel. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Teuteberg erhält das Wort.

Frau Teuteberg (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute über den Staatsvertrag zu einer Einrichtung, deren Planung und Bau von Anfang an unter keinem guten Stern standen. Seit Mitte der 90-er Jahre wird über den Bau einer Berliner Justizvollzugsanstalt in Großbeeren diskutiert. Die Planungen liefen schon unter dem damaligen Justizsenator Ehrhart Körting auf Hochtouren, später wurden sie kurzzeitig auf Eis gelegt, und nach der Ausschreibung im Jahr 2007 folgte dann die Ankündigung, dass sich die Gesamtkosten für den Bau der neuen Justizvollzugsanstalt statt der angekündigten 80 Millionen Euro nun auf knapp 120 Millionen Euro belaufen würden. Schließlich kam es zu einem monatelangen Baustopp wegen einer Konkurrentenklage im Vergabeverfahren.

Die Errichtung einer Berliner Justizvollzugsanstalt auf Brandenburger Boden - das war von Anfang an eine Geschichte von schlechter Planung, von Pleiten, Pech und Pannen.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90)

Selbst auf der Berliner Seite wird die Notwendigkeit des Neubaus angezweifelt. Auch dort sinkt die Zahl der Inhaftierten. Brandenburg hatte Berlin zudem vor Baubeginn nicht genutzte Haftkapazitäten angeboten. Es ist bedauerlich und den Menschen sowohl in Berlin als auch in Brandenburg kaum zu vermitteln, weshalb ein neues, hochmodernes Gefängnis gebaut werden muss, wenn andere leer stehen. Wie man es auch dreht und wendet, mit der JVA Heidering werden Berliner Steuergelder in den märkischen Sand gesetzt.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90)

Dass Sie, sehr geehrter Herr Minister Schöneburg, darauf verwiesen haben, dass dem Land Brandenburg durch die JVA Heidering keine Kosten entstehen und es „lediglich positive wirtschaftliche Auswirkungen durch mögliche Auftragsvergaben für Brandenburger Unternehmen“ geben werde, macht die Sache im Kern leider nicht besser. Positive wirtschaftliche und vor allem auch haushalterische Auswirkungen würde es auch geben, wenn andere Haftanstalten in Brandenburg besser ausgelastet würden.

Was also hätten wir gebraucht? - Wir hätten eine frühzeitige und seriöse Bedarfsermittlung gebraucht, und zwar sowohl in Berlin als auch in Brandenburg, um auf dieser Grundlage konkrete Planungen für einen gemeinsamen Strafvollzug abzustimmen. Auf Berliner Seite hätte man eine transparente Darstellung der Finanzierungsmöglichkeiten gebraucht, um einer

unvorhergesehenen Kostenexplosion vorzubeugen. Wir hätten mehr Offenheit und Entgegenkommen auf beiden Seiten gebraucht, um über Alternativen - zum Beispiel die Modernisierung und den Ausbau anderer Haftanstalten in Berlin oder Brandenburg - zu diskutieren.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90)

Wir brauchen in Zukunft genau all dies weiterhin: eine seriöse Bedarfsplanung, transparente Finanzierungsmöglichkeiten und mehr Flexibilität bei der Überprüfung von Alternativen. Eine mangelnde Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten ist das eine, aber eine mangelnde Abstimmung, um in wichtigen Fragen - wie der Sicherungsverwahrung - zusammenzuarbeiten, darf es nicht geben.

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete Teuteberg, Herr Ludwig hat Fragebedarf.

Frau Teuteberg (FDP):

Ja.

Ludwig (DIE LINKE):

Frau Kollegin, ich nehme an, Sie meinten mit Ihrem Wortbeitrag, dass diese Planungen bereits vor dem Jahr 2009 hätten angepasst werden müssen, und frage Sie deshalb: Ist Ihnen bekannt, ob Ihre damaligen Kollegen in Berlin genau diese Fragen gestellt haben?

(Görke [DIE LINKE]: Jetzt können sie die nicht mehr stellen!)

Frau Teuteberg (FDP):

Wir sind dabei, die heutigen Auswirkungen und auch das, was wir in Zukunft tun wollen, um diese Zusammenarbeit zu verbessern, zu analysieren, und nicht dabei, Schuldzuweisungen oder Ähnliches zu machen.

(Beifall FDP - Lachen bei der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Wir wollen sehr wohl die grundsätzlichen Anforderungen an eine seriöse Zusammenarbeit in der Justizpolitik definieren.

Nun fahre ich mit meiner Rede fort: Gegenwärtig sind wir leider auf dem besten Wege, die Synergiepotenziale, die es dabei zwischen Berlin und Brandenburg, also in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg gibt, in dieser besonderen Frage des Strafvollzuges nicht zu nutzen und unnötig zu verspielen. Dies ist leider eines der besten Beispiele dafür, dass Berlin und Brandenburg im Strafvollzug eben nicht an einem Strang ziehen und dass mit Steuergeldern nicht sinnvoll umgegangen wird. Da hilft es dann auch wenig und ist wenig sensibel und weitsichtig, jetzt schon lediglich auf Ende Oktober zu verweisen; denn da sollen wir endlich ein Konzept für den Strafvollzug in Brandenburg bekommen.

Liebe Kollegen, ganz unabhängig von Betrachtungen der Vergangenheit und von Schuldzuweisungen ist es unsere Pflicht, den Strafvollzug mit rechtsstaatlichen Standards - ich bin dankbar, dass Kollege Ziel dies angesprochen hat; denn auch

Strafvollzug muss der Menschenwürde von Strafgefangenen gerecht werden - zu gewährleisten, und zwar bei möglichst effizientem Einsatz der dafür aufgewendeten Steuermittel.

Den Grundsatz *pacta sunt servanda* akzeptieren wir. Wenn Berlin Verpflichtungen eingegangen ist, wird man das heute nicht mehr ändern können. Aber aus diesem Grund kommt man für die Zukunft an einer Erkenntnis nicht vorbei: Die richtige, optimale Zusammenarbeit ist am Ende nur mit der Fusion möglich.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90)

Jegliche Kooperationen, die wir eingehen, und jegliche Zusammenarbeit bleiben stets annäherungsweise. Sie bleiben immer suboptimal und sind stets von Unwägbarkeiten abhängig. Die Bemerkungen des Justizministers zu Koalitionsfragen in Berlin haben dies wunderbar illustriert. Wir wollen eine gemeinsame Rechtsregion und einen gemeinsamen Strafvollzug in Berlin-Brandenburg - unabhängig von persönlichen Sympathien und Koalitionen. Dafür brauchen wir ein gemeinsames Bundesland. Insofern ist die Fusion richtig und wichtig.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90)

Unsere Aufgabe wäre es nun, die Menschen endlich davon zu überzeugen, statt dies auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu vertagen. - Danke.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Teuteberg. - Für die Fraktion DIE LINKE setzt Frau Mächtig die Aussprache fort.

Frau Mächtig (DIE LINKE):*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verstehe, dass wir diesen Tagesordnungspunkt zum Anlass nehmen, über vieles zu sprechen, was in der Vergangenheit schiefgegangen ist, und auch darüber, welchen Herausforderungen und Anforderungen wir uns heute stellen. Dies ist jedoch ein Gesetzentwurf, der bei aller kritischen Betrachtung, die ich sonst immer zum Wort „alternativlos“ vornehme, tatsächlich alternativlos ist; denn wir sprechen über ein Gesetz, das nichts anderes tut, als schwarz auf weiß das nach Hause zu tragen, was in praxi schon längst existiert.

Dafür, dass die Opposition hierbei die Möglichkeit nutzt, den derzeitigen Justizminister der Linken anzugreifen, habe ich Verständnis. Allerdings ist die historische Wahrheit dann doch anders; denn Sie wissen, dass das, was wir heute zum Verwaltungsvollzug mit Gesetz beschließen werden, nichts anderes ist als das, was vor der rot-roten Koalition in Brandenburg entstanden ist.

Da bereits vieles gesagt wurde und ich dem Kollegen Ziel und meinem Minister nur zustimmen kann, möchte ich lediglich erwähnen, was mich an diesem Sachverhalt bzw. an diesem Verfahren am meisten irritiert. Es muss eine Zeit gegeben haben, in der man in der Bevölkerung über den demografischen Wandel nachgedacht und festgestellt hat, dass die Zahl der Haftplätze trotz rückläufiger Einwohnerzahlen gestiegen ist. Welches Selbstverständnis für die eigene Bevölkerung!

(Görke [DIE LINKE]: Das war Schelter!)

- Genau, das war zu Zeiten von Herrn Schelter.

Deshalb ist die Frage - und das meine ich ernst -: Wie gehen wir künftighin mit Planungen im Strafvollzug um? Da gibt es hervorragende Chancen, darüber nachzudenken: Wie gehen wir mit Jugendarrest um? Wie gehen wir mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Sicherungsverwahrung um? Ich glaube, das sind alles Diskussionen, die wir zunächst im Ausschuss und in unseren Fraktionen führen müssen, bevor wir darüber nachdenken, den Gesetzentwurf, der hier in Rede steht und alternativlos ist, zu befürworten. - Mehr ist hierzu nicht zu sagen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Mächtig. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Die Abgeordnete Niels hat das Wort.

Frau Niels (GRÜNE/B90):*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste! Die Justizvollzugsanstalt Heidering, über deren diesbezüglichen Staatsvertrag wir heute reden, hat eine ganz lange, vorlaufende Geschichte. Die wurde hier schon mehrfach dargelegt. Was hier in diesem Hohen Hause noch nicht klar herausgekommen ist - ich habe keine einzige Rechtsausschusssitzung verpasst -, ist, den Justizminister ausdrücklich zu loben. - Pause, damit Sie sich das gut merken können.

(Görke [DIE LINKE]: Wir haben es schon gemerkt!)

Es ist tatsächlich so, dass Frau von der Aue sogar in Antworten auf Kleine Anfragen im Berliner Abgeordnetenhaus immer wieder Sticheleien losließ und meinte, sie wäre bezüglich des Themas Zusammenarbeit Strafgefangenenvollzug bloß über die Presse angefragt worden. Ich möchte das hier als unredlich bezeichnen. Ich verweise allerdings darauf - das hat heute noch keiner meiner Vorrednerinnen und Vorredner so deutlich gesagt -: Die Gefangenzahlen sind auch in Berlin zurückgegangen.

Politik ist immer eine Frage der Aushandlung. Ich habe es schwarz auf weiß gelesen, Frau von der Aue hat gesagt: Alle zuständigen Behörden in Berlin werden sich mit den zuständigen Abteilungen des Brandenburger Justizministeriums bezüglich eines gemeinsamen Vollzugs zusammensetzen und ein Konzept erarbeiten. Es ist so, dass Frau von der Aue Heidering vor allen Dingen mit einem Urteil des Berliner Kammergerichts begründet hat. Ich möchte einmal etwas daraus zitieren:

„Die Frau, die damals nach Luckau-Duben verlegt wurde aus Berlin-Pankow, hat Recht bekommen in der Auffassung, dass es ihren Kindern sehr schwerfällt, sie zu besuchen, weil eine der Töchter wegen der gemeinsamen Straftat auch Gefangene war und es also schwierig war, die eine Gefangene zur anderen zu bringen, wenn eine in Berlin, die andere in Brandenburg sitzt, die Strafe abbüßt. Die anderen zwei Töchter würden angeblich nicht vom Jugendamt am Wochenende nach Luckau-Duben begleitet werden können. Und weil sie fremdländisch aussehen, können sie sich an einer Brandenburger Bushaltestelle nicht aufhalten. Das käme erschwerend hinzu.“

Wie kann man davon ausgehen, dass in Berlin-Pankow, wenn man dort eine JVA aufsucht, niemals ein Übergriff stattfindet? Wie kann man davon ausgehen, dass in Großbeeren solche Übergriffe nicht stattfinden? Wir haben von Brandenburger Seite immer gesagt - auch die Berliner Grünen ganz deutlich -, dass Frau von der Aue da irgendwie auf dem Holzweg ist. Es war ein ganz spezieller Fall, und es ging um eine Frau.

Was Frauen angeht, haben wir schon lange zusammen mit Berlin ein Konzept. Es geht also darum, dass es nach Bundesrecht so ist, dass man, wenn man jemanden in ein anderes Bundesland verlegt, bessere Therapiemöglichkeiten anbieten muss. Das wird für drogenabhängige Frauen in Berlin angeboten. Dafür bieten wir in Brandenburg Kapazitäten für Frauen an. Diese wohnortnahe Unterbringung gilt in dem Sinne gar nicht. Nur wenn ganz explizit starke familiäre Bindungen vorliegen, muss man das individuell prüfen. Da können Berlin und Brandenburg sicherlich nacharbeiten.

Wir reden hier aber über eine Anstalt des geschlossenen Vollzugs für Männer! Das ist doch ein großer Unterschied.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Genauso ist es!)

Wir haben doch gerade erlebt, dass in Berlin Wahlen stattgefunden haben. Warum sollen wir hier im Brandenburger Parlament ohne Not einem Staatsvertrag zustimmen, wenn die Koalitionsgespräche gerade erst beginnen? Die SPD könnte doch gar nicht ohne Gesichtsverlust hineingehen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Die Einrichtung steht doch!)

Ich verstehe es überhaupt nicht. Wenn wir das alle recht verfolgen, kann man es ja kritisieren. Ich muss hier auch nicht die Berliner Grünen loben, wir haben da auch einige Wünsche an unsere Kollegen. Es sieht doch aber so aus, als würden genau die Berliner Grünen mit der SPD in Berlin zusammen regieren, die immer sagen: Dieses größte, wahnwitzige Infrastrukturprojekt Heidering muss auf den Prüfstand, muss weg. Da finde ich es ein falsches Signal, hier im Parlament zu sagen: Es gibt diese historischen Verpflichtungen. - Nein, wir als Abgeordnete sollten auch zur Kenntnis nehmen: Die Zahlen haben sich die ganzen Jahre über anders entwickelt, die Ansprüche auf Haftplätze gehen in Berlin und in Brandenburg zurück.

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete Niels, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Mächtig zu?

Frau Niels (GRÜNE/B90):

Nein, ich lasse gar nichts mehr an Zwischenfragen zu. Ich möchte jetzt gern einen Schlusssatz finden.

(Zurufe)

Politische Entscheidungen müssen sich immer an aktuellen Entwicklungen ausrichten und orientieren.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Wenn die Einrichtung schon steht!)

Das war sehr dynamisch, was den Strafvollzug angeht.

- Die Einrichtung steht überhaupt nicht, sie soll 2012 fertig werden. Einfach mal lesen. - Tschüß.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Da wird die eröffnet! - Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Niels. - Das Wort erhält noch einmal die Landesregierung. - Herr Minister Dr. Schöneburg, Sie möchten nicht erwidern. Demzufolge sind wir am Ende der Aussprache angelangt. Ich komme zur Abstimmung.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs in Drucksache 5/4015, eingebracht durch die Landesregierung, „Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering“, an den Hauptausschuss - federführend - und an den Rechtsausschuss. Wer diesem Überweisungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Gesetz einstimmig an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und eröffne **Tagesordnungspunkt 4:**

Wirtschaftlichkeit des Flughafens Berlin Brandenburg International und der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

Große Anfrage 13
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/3119

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 5/3819

Des Weiteren liegt der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 5/4086, vor.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der einbringenden Fraktion. Der Abgeordnete Vogel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort.

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Reden wir heute auch einmal über ein echtes Zukunftsthema. Der Flughafen Willy Brandt, BER, BBI - er wechselt seinen Namen mitunter - ist mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 2,4 Milliarden Euro gegenwärtig eines der größten Infrastrukturprojekte in ganz Europa. Er ist aber zugleich auch der größte einzelne finanzielle Risikofaktor für den Brandenburger Landeshaushalt. Wie ist das möglich?

Nach dem 2002 endgültig gescheiterten Versuch, den Flughafen in privater Trägerschaft errichten und betreiben zu lassen, trafen Berlin, Brandenburg und der Bund die Entscheidung, die Flughafenbauplanung durch die Berlin-Brandenburger Flughafenholding und deren Tochterunternehmen fortzusetzen. Die

bis dahin zweigleisig gefahrene Strategie der Länder und des Bundes, den Betrieb der Berliner Flughäfen und die Planung des Neubaus als öffentliches Unternehmen durchzuführen und gleichzeitig dieses öffentliche Unternehmen zu privatisieren, war damit beendet. Gescheitert waren diese Versuche - ich zitiere aus dem Planfeststellungsbeschluss -

„an den nicht zu vereinbarenden Vorstellungen der Verhandlungspartner über die Vertragsbedingungen, insbesondere die Verteilung der Risiken zwischen den privaten Erwerbern und der öffentlichen Hand.“

Damit trägt das Land Brandenburg über seine 37%-Beteiligung am Stammkapital und eine Bürgschaft in Höhe von 888 Millionen Euro große Teile des Investitions- und Betriebsrisikos des Flughafens. Wohl und Wehe des Flughafens haben damit unmittelbare Auswirkungen auf unseren Landeshaushalt. Erst nachdem private Investoren das Betriebs- und Investitionsrisiko der angeblichen Goldgrube Großflughafen nicht tragen wollten, wurden die Risiken allein dem Steuerzahler aufgesteckt. Offenkundig konnten potenzielle Geldgeber in der Region Berlin-Brandenburg nicht das Potenzial für einen gewinnbringend zu betreibenden Großflughafen entdecken. Wir fragen uns, warum diese Erkenntnis bis heute nicht Allgemeingut geworden ist, sondern die Politik in Brandenburg und Berlin immer noch der Chimäre eines prosperierenden Großflughafens hinterherläuft.

(Beifall GRÜNE/B90)

Mit unserer Großen Anfrage wollen wir die öffentliche Debatte auf den Boden der Tatsachen zurückholen. Dabei ist für uns außer Frage, dass der Großflughafen und der Standort Schönefeld gesetzt sind. Aber wir können trotzdem noch einmal darauf hinweisen, dass das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens und der ursprüngliche Wille des Landes Brandenburg ein ganz anderes Ergebnis vorgesehen hatte. Aber er ist eben heute da.

Unbestritten ist für uns, dass sich der Flughafen in seinem Betriebskonzept an der Lage im urbanen Raum ausrichten muss, und selbstverständlich muss die im Planfeststellungsbeschluss vorgegebene Zahl von 360 000 Flügen pro Jahr - das entspricht 30 Millionen Passagieren - mit einem Umsteigeanteil von 10 % die absolute Obergrenze für diesen Flughafen darstellen. Richtig ist auch: Ziel des Gesellschafters Land Brandenburg - das sind letztendlich wir - muss es unter Beachtung dieser Rahmenbedingung sein, die Finanzierung der Betriebskosten und die Refinanzierung der Investition aus den laufenden Betriebseinnahmen des Flughafens sicherzustellen, auf jeden Fall aber, so weit es geht, Verluste zu minimieren.

Ein Blick in den Geschäftsbericht 2009 der Berliner Flughäfen zeigt die Brisanz, und wer Ohren hat, um zu hören, der möge jetzt bitte zuhören, damit er hinterher nicht sagt, er habe davon nichts gewusst. Darin heißt es:

„Mit der Inbetriebnahme des neuen Flughafens muss die Profitabilität noch einmal gesteigert werden, um die Kredite bedienen zu können.“

Zu Deutsch: Die absehbaren Einnahmen aus dem Flughafenbetrieb in Schönefeld reichen nicht einmal aus, um die Kredite und die Zinsen zu bedienen. Ich füge hinzu: Wenn mit der Inbetriebnahme des Flughafens BER am 3. Juni 2012 die Invest-

phase vorbei ist und erstmals die Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung zu Buche schlagen, droht der Flughafen tief in den roten Zahlen zu versinken.

Ist die geforderte Rentabilitätssteigerung überhaupt möglich? Liegt die Zukunft des Flughafens, wie es uns der oberste Berlinversteher weismachen will, in einer Expansionsstrategie, oder drohen bei weiteren Millionen-Investitionen am Ende nicht nur die Berliner auf ihre sprichwörtliche Schnauze zu fallen, sondern wir Brandenburger gleich mit? Wir fürchten Letzteres.

(Beifall GRÜNE/B90)

Den Berlinern sei gleich einmal ins Stammbuch geschrieben: Völlig unabhängig davon, welche Koalition dort gebildet wird und welcher Koalitionsvertrag zustande kommt: Über Bauvorhaben in Brandenburg entscheiden nicht die Berliner allein, sondern da haben wir auch ein Wörtchen mitzureden.

(Beifall GRÜNE/B90 und FDP)

Aus der Antwort der Landesregierung auf unsere Anfrage lassen sich die kritischen Punkte ersehen, die über Wohl und Wehe, über den Erfolg dieses Flughafens entscheiden und zugleich deutlich machen, warum es verfehlt ist, dem schon investierten Geld noch Geld hinterherzuwerfen. Es gibt vier zentrale Risiken. Erstens: die starke Abhängigkeit vom innerdeutschen Flugverkehr. Ganz im Gegensatz zum übrigen Deutschland, in dessen Flughäfen der innerdeutsche Flugverkehr mit 15 % - nur jeder siebte Flug - eine begrenzte Bedeutung hat, hat dieser in Berlin mit einem Anteil von 36 % - jeder dritte Flug - eine entscheidende Bedeutung.

Perspektivisch werden die auch von uns Grünen begrüßten und unterstützten Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen - ich nenne Flugverkehrssteuern, steigende Kerosinpreise, Kerosinsteuer, CO₂-Emissionshandel, Verlagerung der innerdeutschen Verkehrsströme auf die Schiene, geändertes Nutzerverhalten - das Wachstum des Berliner Flughafens überproportional begrenzen.

Risiko Nummer 2 ist der große Anteil an Billigfliegern, neu-deutsch Low-Cost-Carrier. Er ist auch besonders relevant für den Berliner Flughafen, er hat seit fünf Jahren einen stabilen Anteil von 27 %, was jedem vierten Flug entspricht. Die Antworten zu den Fragen 65 bis 67 unserer Großen Anfrage verdeutlichen das große Risiko, das sich aus dieser Struktur ergibt. Zusammenfassend möchte ich einen Satz zitieren:

„Nach Angaben der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH hat die Luftverkehrssteuer negative Auswirkungen, die sich insbesondere auf die innerdeutschen Strecken im Low-Cost-Bereich auswirken.“

Um die Bedeutung dieses Satzes besser gewichten zu können und einen Eindruck von der Preissensibilität in diesem Segment des Flugverkehrs zu bekommen, reicht eigentlich ein Blick auf den Sommerflugplan von Ryanair in Frankfurt/Hahn. Aufgrund der Flugverkehrssteuer reduzierte sich das Angebot um 30 %, und die Passagierzahlen sanken um 1 Million. Aber damit nicht genug. Ein Blick auf unsere Nachbarländer zeigt: Billigflieger sind ein flüchtiges Gut, man könnte auch „Wanderzirkus“ sagen. Steigen irgendwo die Kosten, sind sie ganz schnell über alle Grenzen.

Risiko Nummer 3: die Schieflage der potenziellen Hauptairline Air Berlin. Über ein Drittel des Hauptstadtflugverkehrs bestreitet Air Berlin, die nach dem Abwinken der Lufthansa als Hauptträger eines internationalen Luftverkehrsdrehkreuzes Schönefeld auserkoren war. Die zur Verhinderung des finanziellen Absturzes dieser Airline erfolgte Berufung von Ex-Bahnchef Mehdorn an die Spitze sollte bei allen Wachstumsträumern Alarmstufe Rot auslösen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Die Botschaft der neuen Unternehmensführung ist deutlich, und sie ist übrigens auch richtig: Verknappung des Linienangebots, Verringerung der Anzahl der Flugzeuge und bessere Auslastung jedes einzelnen Fluges. Das rapide Wachstum der Air Berlin wird nun durch eine Konsolidierungsphase abgelöst. Dabei wird die Abhängigkeit des Flughafens von der Air Berlin wohl zukünftig noch größer werden. Die Dominanz der Lufthansa in Frankfurt und München mit Marktanteilen von 50 % zeigt eigentlich die Richtung, in die es geht.

Nun komme ich zum entscheidenden Thema. Risiko Nummer 4: die starke Abhängigkeit vom sogenannten Non-Aviation-Bereich, also dem Nichtflugbereich. Laut Jahresbericht der Flughäfen trägt der Bereich Einzelhandel- und Serviceflächen bisher 17 % zum Gesamtumsatz bei. Für einen rentablen neuen Flughafen wird dieser Anteil viel zu niedrig sein. Den Antworten ist nämlich zu entnehmen, dass die Entgelte für Starts und Landungen an den Standorten Tegel und Schönefeld gegenwärtig noch zu einer Kostendeckung des Flughafenbetriebs führen, diese Kostendeckung am neuen Flughafen jedoch nicht erreicht wird. Eine Kostendeckung wird durch die Start- und Landege-bühren nicht erreicht! Das heißt, für die Rentabilität des Flughafens werden die Umsätze aus dem Non-Aviation-Bereich entscheidend sein. Überspitzt formuliert: Der neue Flughafen soll - ähnlich wie Dubai - wie ein Shoppingcenter mit eigenen Landebahnen geführt werden. Damit entstehen ganz andere Fragestellungen: Wie ist die Kaufkraft in der Region verglichen mit anderen Regionen? Wie soll der Umsteigeverkehr geregelt werden? Man nimmt ja an, dass eine Vielzahl der umsteigenden Fluggäste die Ladenlokale frequentiert. Welche Fluggäste bringen den größten Non-Aviation-Umsatz?

Das öffentliche Unternehmen FBS agiert in einem hochrisikanten und stark konjunkturabhängigen Markt. Wer glaubt, dass mit Emirates am Ende mehr Dubaier zum Einkaufen nach „Berlin Willy Brandt“ fliegen als umgekehrt, spielt Vabanque mit dem Geld der Steuerzahler.

(Beifall GRÜNE/B90)

Wie sollen öffentliche Kontrolleure in den Parlamenten unter solchen Marktbedingungen eine Unternehmenspolitik nachvollziehen können?

Ich komme zum Ende. Ich denke, unser Entschließungsantrag zeigt ausgewogene Antworten auf die Fragestellungen auf: mit der Begrenzung der Flughafenentwicklung auf die Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses, mit einer konservativen Business-Planung, die nicht auf Expansion setzt, sondern auf rückläufigen Flugverkehr, keine Verluste produzieren lässt, und mit der Aufforderung an die Landesregierung, den Weg einer möglichen Privatisierung aufzuzeigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Für die SPD-Fraktion setzt die Abgeordnete Hackenschmidt die Aussprache fort.

Frau Hackenschmidt (SPD):*

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Herr Vogel, dann beginne ich mit dem Entschließungsantrag. Ich frage mich: Welche Glaskugel haben Sie zurate gezogen, und wo haben Sie einen sozialistischen Berater gefunden, der Ihnen zu Vorschlag 2: Wir ändern Plandokumente solange, bis sich 150 % Übererfüllung ergeben, geraten hat? So muss ich das leider interpretieren. Es heißt:

„Zur Sicherstellung eines dennoch verlustfreien Betriebes des Flughafens ist der Business-Plan der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH so auszurichten, dass auch bei abnehmenden Flugbewegungen und Fluggastzahlen ein verlustfreier Betrieb sichergestellt ist.“

(Beifall des Abgeordneten Vogel [GRÜNE/B90])

Wir ändern Plandokumente, bis +150 % herauskommen. Das hatten wir 40 Jahre, und es hat nicht funktioniert. Irgendwann muss jemand diese Rechnung bezahlen.

Im Punkt 1 fordern Sie ein absolutes Nachtflugverbot. Damit stellen Sie die von Ihnen geforderte Wirtschaftlichkeit grundsätzlich infrage.

Zum dritten Punkt, ob der Flughafen erfolgreich ist, muss ich fragen: Warum sollen wir verkaufen? Wenn er stark defizitär ist, wie Sie es als Szenario an die Wand malen, wer soll ihn dann kaufen? Ein Wirtschaftsunternehmen grundsätzlich nicht. Für mich macht Ihr Antrag an der Stelle null Sinn.

Nun komme ich zu Ihrer umfangreichen Großen Anfrage. Es gibt den Roman „Per Anhalter durch die Galaxi“. Darin wird ein Computer namens „Deep Thought“ von einer außerirdischen Kultur speziell dafür gebaut, die Antwort auf die Frage aller Fragen, nämlich die nach dem Leben, dem Universum und dem ganzen Rest, zu errechnen.

Nach einer Rechenzeit von 7,5 Millionen Jahren erbringt er die Antwort: 42. - So kommt mir Ihr Fragenkatalog vor; an diese Szene musste ich denken, als ich die 93 Fragen dieser Anfrage las. Es entstand bei mir der Eindruck, dass Sie jedes, aber auch jedes kleine Detail erfassen wollen, um eine befriedigende Antwort auf die Frage aller Fragen zu bekommen: Ist der Flughafen BER eine gute, sinnvolle Sache?

Ich befürchte, die Antwort auf diese Frage wird ebenso wenig befriedigend sein wie die des Superrechners in dem Roman. Wenn die Prognosen günstig sind, wird Sie das politisch stören; wenn sie ungünstig ausfallen, werden Sie über die vermeintliche Verschwendung von Steuermitteln herziehen. Es ist nun einmal eine Eigenart komplexer Systeme, dass ihre Zukunft nicht exakt prognostizierbar ist, auch nicht durch Antworten auf 90 oder auch 900 Fragen oder auf die Frage aller Fragen. Wir müssen mit diesem Risiko leben.

Ob wir bereit sind, es zu tragen, hängt nicht zuletzt auch davon ab, wie wir industrie- und wirtschaftspolitisch grundsätzlich

verortet sind. Mein Eindruck ist: Für die Grünen ist alles un- gut, was groß ist: der Weiterbau der A 100, Höchstspannungs- leitungen, der Hauptstadtflughafen usw. Alles was klein ist, ist gut: Biogärten, kleine Windräder, kleine Solardachanlagen.

(Vogel [GRÜNE/B90]: Kleine SPD! - Heiterkeit)

Probleme bekommen Sie mit dieser Haltung immer dann, wenn die Wirklichkeit Ihre Annahmen über die Welt infrage stellt, wenn Windräder, Bionahrungsmittel und Solaranlagen zu Millionen- und Milliardeninvestitionen werden. Probleme bekommen Sie übrigens auch dann immer, wenn Sie plötzlich regieren und entscheiden müssen. Ich bin einmal auf Ihre Parteifreunde in Berlin gespannt. Sie haben sich gerade vehement ausführlich zu dieser Position Flughafen geäußert, aber in der Pressemitteilung steht, dass Ihre grünen Kollegen zu einer Expansionsstrategie stehen. Sie sollten sich vielleicht einmal darüber unterhalten, was Sie in diesem gemeinsamen Projekt eigentlich wollen, oder sind Sie dann für die Randzonen zuständig, wo die Blümchen wachsen?

Zurück zum Flughafen: Wir begrüßen diesen Flughafen, und wir begrüßen ihn in dieser Größe. Wir alle wissen, dass Brandenburg einst den Standort Sperenberg favorisiert hat. Aus den bekannten Gründen ist es dazu nicht gekommen, aber heute ist BER gerichts- und planfestgestellt. Das ist eine wichtige Sache, die wir alle zur Kenntnis nehmen sollten.

Die Berliner Flughäfen haben im Jahr 2009 über 40 000 Arbeitsplätze mit einer Wertschöpfung von 1,8 Milliarden Euro gesichert. Für den BER werden ausweislich der Studien des Instituts für Verkehrswissenschaft an der Uni Köln zusätzlich über 32 400 Arbeitsplätze mit einer Wertschöpfung von 1 Milliarde Euro prognostiziert. In Brandenburg würde das einen Wachstumsimpuls von zwei bis drei Prozent bedeuten - ich glaube, das können wir nicht einfach ignorieren. Das geschieht dadurch, dass die Hauptstadtregion am erwarteten Wachstum des Flugverkehrs hierzulande partizipiert, und das ist gut so.

Nun können Sie uns ja vorwerfen, dass uns die Eurozeichen in den Augen den Blick auf die Risiken vernebeln - dem ist nicht so. Es ist sehr wahrscheinlich, dass das Luftfahrtgeschäft weiter wachsen wird. Auch Wirtschaftsrisiken, Aschewolken und die Revolution in Nordafrika in den vergangenen Jahren konnten nichts daran ändern.

Vizepräsidentin Große:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, der Blick auf das rote Lämpchen sollte nicht vernebelt sein. Es leuchtet.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Mitte September hat der Flugzeugbauer Airbus bekanntgegeben, dass er langfristig mit einem Bedarf von 28 000 neuen Passagiermaschinen rechnet.

Und, Herr Vogel: Für Sie gibt es ja noch den Flughafen Tempelhof, da können Sie dann Fahrrad fahren oder spazieren gehen oder Blumen pflücken - es ist mir egal.

(Vereinzelte Beifall SPD - Lachen bei der CDU - Frau Nonnemacher [GRÜNE/B90]: Wie war das mit der Kreislage?)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hackenschmidt. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Der Abgeordnete Homeyer hat das Wort.

Homeyer (CDU):*

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche jetzt, Sie irgendwie wieder herunterzuholen in diese Debatte

(Vereinzelt Beifall CDU und GRÜNE/B90)

über das wichtigste Infrastrukturprojekt unserer Region, wenn nicht in ganz Deutschland.

Bevor ich in meine Rede einsteige: Herr Vogel, ich habe mich die ganze Zeit gefragt: Was haben Sie eigentlich mit Ihrer Rede bezweckt? Ich fand es ja gut, dass Sie eine Anfrage zur aktuellen und zukünftigen Wirtschaftlichkeit des Flughafens BER gestellt haben. Dafür ist es sicherlich auch an der Zeit, es handelt sich im Wesentlichen um ökonomische Daten, und die müssen wir auch gemeinsam bewerten, keine Frage.

Aber wenn ich Ihre Rede - und ich habe wirklich gut zugehört - deute, komme ich zu dem Schluss, dass Sie eigentlich Folgendes gemacht haben: Sie haben den zukünftigen Flughafen, der erst nächstes Jahr ans Netz geht, brutalstmöglich in Grund und Boden geredet.

(Vogel [GRÜNE/B90]: Ich habe Risiken erwähnt! - Günther [SPD]: Aber er soll wirtschaftlich sein!)

- Ja, Sie haben Risiken erwähnt. Aber Sie fordern dann in Ihrem Entschließungsantrag, dass er möglichst schnell privatisiert wird. Ich muss ehrlich sagen: Wenn ich ein Investor wäre, würde es mir nach Ihrer Rede, Herr Vogel, sehr schwerfallen, an der Sache noch ein gutes Haar zu finden.

Aber vielleicht einmal zum Inhalt der Beantwortung der Fragen zum Großflughafen durch die Landesregierung: Wir sehen natürlich auch Risiken, aber wir als CDU-Fraktion bemühen uns natürlich, ein umfassendes Bild der Lage des Großflughafens zu bekommen. Ich möchte einfach einmal feststellen, worum es eigentlich geht, damit uns das wieder bewusst wird, wenn wir darüber debattieren.

Der Flughafen Berlin-Brandenburg ist ein öffentlich-rechtliches Unternehmen. Seit 1991 sind der Bund mit 26 % und die Länder Berlin und Brandenburg mit jeweils 37 % als Gesellschafter am Flughafen beteiligt. Die Gesellschaft wird von einer Geschäftsführung geleitet und von einem Aufsichtsrat kontrolliert. Der Landtag - wir also - ist Kontrollinstanz. Diese Aufgabe nehmen wir wahr, und zwar nicht zum ersten Mal mit dieser Debatte hier, sondern schon im letzten Jahr mit zum Beispiel Sonderausschüssen, im Wirtschaftsausschuss und Finanzausschuss, als es darum ging, dass eine Bauverzögerung eingetreten war. Also: Der Landtag arbeitet und nimmt seine Aufgabe wahr.

Im Mai 2003 wurde entschieden, dass die Gesellschafter den Flughafen in Schönefeld in Eigenregie bauen. Als Gesellschafter hat Brandenburg Steuergelder in Höhe von ca. 900 Milli-

onen Euro als Kredite mit Bürgschaften bereitgestellt und der Flughafengesellschaft 160 Millionen Euro an Eigenmitteln liquide gegeben. Und, meine Damen und Herren, die Geschäftsführung hat die originäre Aufgabe, den Businessplan umzusetzen, indem sie den Flughafen wirtschaftlich für uns betreibt. Sie muss dafür sorgen, dass Zins und Tilgung gewährleistet sind und möglichst eine Renditezahlung an die Gesellschafter erfolgt, und sie muss nicht zuletzt dafür sorgen, dass der neue Flughafen pünktlich im Sommer 2012 ans Netz geht. Daran werden wir die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat messen.

(Beifall CDU)

Von der Antwort, meine Damen und Herren der Landesregierung, habe ich mir mehr Transparenz versprochen, trotz der teilweise berechtigten Hinweise auf Geschäftsgeheimnisse.

Aber, ich denke, man kann, wenn man aufmerksam liest, Folgendes feststellen. Erstens: Der Flughafen kann wirtschaftlich betrieben werden. Zweitens: Die Risiken sind beherrschbar. Drittens: Die Erwirtschaftung von Gewinnen ist machbar. Diese Ziele lassen sich aber nur verwirklichen, wenn die Gesellschafter die Rahmenbedingungen entsprechend gestalten -

(Schulze [SPD]: Woher wissen Sie das?)

und damit meine ich, dass das, was im Businessplan vorgesehen ist, umgesetzt und nicht von der Politik, Herr Schulze, wie zum Beispiel bei der LEG geschehen, die einmal eine gesunde Gesellschaft und mit vielem und guten Kapital ausgestattet war, durch ständig neue Forderungen an die Wand gefahren wird.

(Beifall CDU)

Kosten: 150 Millionen Euro. Sie waren verantwortlich, Herr Schulze. Genau das dürfen wir hier nicht machen.

Die Gesellschafter tragen auch dazu bei, dass der Betrieb pünktlich am 3. Juni 2012 aufgenommen werden kann und dass alle Geschäftsbereiche - also Aviation und Non-Aviation - erfolgreich sind.

Trotzdem sind einige Fragen offen: Ist die Gesellschaft in der Lage, die Mehrkosten für den Lärmschutz, für Bauverzögerungen, zusätzliche Sicherheitsanlagen zu stemmen? Wir erwarten hier Transparenz, wir erwarten eine klare Aussage, inwieweit das finanziell umsetzbar ist. Eines ist auch klar: Vertrauend auf die gemachten Angaben wollen wir weder von der Geschäftsführung noch vom Aufsichtsrat weitere unangenehme Überraschungen erleben, denn ursprünglich war geplant, dass der Flughafen in den nächsten Tagen - nämlich am 30. Oktober 2011 - seinen Betrieb aufnimmt. Nun gehen wir davon aus, dass der Beginn des Flugbetriebs ohne weitere Verzögerungen im Juni 2012 zu erleben ist.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, noch einmal klar zu sagen: Wir sind für den Flughafenneubau in Schönefeld, wir sehen darin den Wirtschaftsmotor für die Region - für Brandenburg und für Berlin -, davon sind wir überzeugt. Selbstverständlich müssen bei allen Maßnahmen und künftigen Entwicklungen des Flughafens die gesetzlichen Bedingungen eingehalten und die Bürger frühzeitig einbezogen werden.

Ich sage hier ganz klar an die Adresse der Flughafengeschäftsführung, und ich kann nur appellieren, dass schon im Interesse des zukünftigen Flughafens die Lärmschutzanträge der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in unmittelbarem Umfeld des Flughafens großzügig umgesetzt werden, und zwar, meine Damen und Herren, unbürokratisch und ohne eine Krämerseele zu sein.

(Beifall CDU sowie der Abgeordneten Prof. Dr. Heppener [SPD])

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Homeyer, dazu haben Sie leider keine Zeit mehr.

Homeyer (CDU):

Nur dann werden wir auch Vertrauen gewinnen und das ist die Aufgabe. Was ich bis jetzt gehört habe, gibt es da noch Nachholbedarf. Ich komme zum Ende.

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Homeyer, ich bitte Sie, Ihre Rede zu beenden.

Homeyer (CDU):

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Große:

Das Ende ist schon erreicht.

Homeyer (CDU):

Meine Fraktion wird sich zum Entschließungsantrag enthalten. Ich werde dagegen stimmen, weil das ausgemachter ökonomischer Unsinn ist. - Danke.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Der Abgeordnete Homeyer hat seine Redezeit deutlich überschritten. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fort. Die Abgeordnete Wehlan wird sprechen.

Frau Wehlan (DIE LINKE):*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zur Einordnung der heutigen Debatte für meine Fraktion folgende drei Punkte feststellen:

Erstens. Mit Schönefeld im dicht besiedelten Speckgürtel Berlins wurde der denkbar ungünstigste Standort für das Schutzgut Gesundheit politisch durchgesetzt, aber auch für eine gute wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens selbst, denn jeder Flughafen braucht zuallererst die Akzeptanz in der Region, die Akzeptanz der Menschen.

Zweitens. Trotz unserer damaligen Standortablehnung steht die Linke in Brandenburg seit November 2009 mit Rot-Rot auf

Landesebene in politischer Verantwortung für den Flughafen Schönefeld. Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16.03.2006 wurde die Rechtmäßigkeit des Flughafens bestätigt. Der Planfeststellungsergänzungsbeschluss zum Nachtflugverbot und den Nachtrandbetriebszeiten wurde am 6. Oktober 2009 noch durch den Verkehrsminister der Vorgängerregierung, Herrn Dellmann, unterschrieben.

Was bleibt, ist die Feststellung: Das, was vor unserer Regierungsbeteiligung beschlossen, entschieden und verhandelt worden ist, können wir nicht einfach wegbeschließen. Beschlüsse und Gerichtsentscheidungen zum Flughafen Berlin-Brandenburg sind in Kraft, und Herr Vogel, Sie wurden in Berlin anscheinend sehr schnell von ebendieser nüchternen bzw. ernüchternden Feststellung eingeholt, denn nicht nur der Berlin-Macher hat sich dazu erklärt, sondern er hat sich zu einem Verhandlungsergebnis mit den Grünen erklärt, und nach seinen Worten gab es eine Einigung darüber, dass beim künftigen Großflughafen Berlin-Schönefeld eine Expansionsstrategie verfolgt werde. Das konterkariert Ihren Antrag natürlich total, aber das wissen Sie auch.

Das bedeutet jedoch nicht, Herr Vogel, und damit sind wir wieder d'accord, Denkverbote aufzuerlegen. Für die Linke ist es ein mit Zahlen und Analysen belegter Fakt, dass Fluglärm gesundheitsschädlich ist, und natürlich ist es für die Betroffenen bedauerlich, wenn immer wieder Gerichte anstelle der Politik entscheiden müssen. Aber es ist auch Aufgabe der Justiz, den Einzelnen oder Minderheiten gegenüber politischen oder Mehrheitsentscheidungen zu schützen, wenn dies geboten ist. Ob das geboten ist, ob und wie der Lärmschutz ausreichend gegenüber den wirtschaftlichen Interessen gewichtet wurde, wägt gegenwärtig das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ab. Wenn wir auf diesem Wege zu mehr Lärmschutz kommen, wäre das ein Ergebnis, über das ich mich auch persönlich sehr freuen würde.

Drittens. Der Flughafen Berlin-Brandenburg befindet sich in öffentlicher Hand, und ich zitiere aus dem Vortext Ihrer Großen Anfrage:

„Etwaige finanzielle Forderungen Dritter oder die Notwendigkeit einer direkten und regelmäßigen Alimentierung der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH aus dem Landeshaushalt würden die politischen und haushalterischen Spielräume in der Zukunft stark belasten.“

Ja, genau darum geht es, Herr Vogel. Auch wenn für die Linke die Wirtschaftlichkeit nachrangig steht, ist für uns ebenfalls klar, dass das nicht bedeuten kann, dass sie überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen werden soll. Für eine unvertretbar hohe finanzielle Belastung durch den Flughafen Schönefeld für den Landeshaushalt haben wir heute, anders als die Opposition, Verantwortung. Herr Dellmann meinte damals sinngemäß, dass mit dem Planfeststellungsergänzungsbeschluss und dem eingeschränkten Flugbetrieb von 22 bis 0 Uhr und von 5 bis 6 Uhr die Wirtschaftlichkeit bereits nachrangig gestellt wurde. Eine weitere Einschränkung des Flugbetriebes bei den Nachtrandzeiten würde erhebliche Arbeitsplatzverluste und Auswirkungen für die öffentliche Hand zur Folge haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es sind noch genau 14 Tage bis zum Urteil in Leipzig. Wir werden dann wissen, ob diese Einschätzung Bestand hat.

Zwei Punkte im Umgang mit der Großen Anfrage und Ihrem Entschließungsantrag, Herr Vogel, möchte ich aufgreifen: die nun im Raum stehende Privatisierung und die Entgeltordnung. Während vonseiten der Länder Berlin und Brandenburg zurzeit keine Veräußerung ihrer Gesellschafteranteile geplant ist, hat sich der Bund zur Prüfung ab 2013 erklärt, und Sie, Herr Vogel, wollen mit Ihrem Antrag ein Privatisierungsverfahren sofort einleiten.

Ich darf daran erinnern, dass bereits zwei gescheiterte Privatisierungen hinter uns liegen. Dazu hat sich auch der Landtag in vielen Debatten, auch vor dieser Legislaturperiode, verständigt, und ich frage Sie, Herr Vogel: Welches Konzept verfolgen Sie damit? Welches der vorhandenen Probleme wollen Sie damit eigentlich lösen? Sie packen in Ihrem Antrag völlig gegensätzliche Ziele zusammen und verlangen von der Landesregierung, dass sie diese umsetzt - frei nach dem Motto „Wünsch dir was“. Aber der einzige Flughafen, der all diese Wünsche erfüllen könnte, wäre ein nicht gebauter Flughafen, und das rückwirkend ab Ostern 1996.

Der zweite Punkt betrifft die Start- und Landeentgelte, ich hatte es angeführt. Wir meinen, dass es der „verlärmten“ Bevölkerung nicht zu vermitteln ist, dass zukünftig der Flugbetrieb auch noch subventioniert werden soll. Seit der letzten Woche und unserer Diskussion im Fachausschuss wissen wir, wie schwer sich die FBS mit der Umsetzung der auch vom Gesetz vorgeschriebenen Lärmschutzmaßnahmen tut; Herr Homeyer, darin sind wir sehr nah beeinander.

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete Wehlan, auch Ihre Redezeit ist zu Ende.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

- Ja, gut, aber die Redner vor mir waren da auch nicht ganz so kulant, aber ich will Ihrem Wort folgen, Frau Präsidentin.

(Senfleben [CDU]: Das ist doch kein Argument!)

Wir meinen, dass hier natürlich Fragebedarf besteht, warum wir durch nicht kostendeckende Entgelte freiwillig auf zusätzliche Einnahmen verzichten sollen, die für weitere Lärmschutzmaßnahmen unbedingt gebraucht werden. - Danke.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete Wehlan, ich bitte darum, dass man sich nicht auf den Vorredner bezieht, der ebenfalls überzogen hat. Es haben alle überzogen, und ich lasse schon ein im Rahmen bleibendes Überziehen zu und bitte, das nicht auszunutzen.

Bevor der verehrte Kollege Tomczak von der FDP-Fraktion ans Rednerpult tritt, begrüße ich sehr herzlich eine Besuchergruppe. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Drebkau haben uns heute aufgesucht. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort erhält nunmehr der Abgeordnete Tomczak von der FDP-Fraktion.

Tomczak (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Dieses Thema beschäftigt mich persönlich, darauf komme ich gleich noch zu sprechen, seit 1996. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthält eine Reihe klarer Aussagen zur Wirtschaftlichkeit des Flughafens Berlin-Schönefeld. Trotzdem möchte ich zu wenigen Punkten noch einige Hinweise geben.

Wir erfahren von einer Eigenkapitalentwicklung, die sich zwischen 2000 und 2010 verzehnfacht hat, bezogen auf die Flughafen GmbH. Wir erfahren, dass in einem absehbaren Zeitraum damit gerechnet werden kann, dass Dividendenzahlungen aus der Landesbeteiligung vielleicht auch als planmäßige Einnahme den Haushalt verstärken können. Hier wurde schon über Privatisierung gesprochen. Wir sind in der derzeitigen Situation nicht zu übertriebenen Handlungen veranlasst; aber zumindest muss man feststellen, dass der Betrieb eines Flughafens in öffentlichen Haushalten nicht zur Daseinsvorsorge zählt. Also heißt das strategische Ziel in den nächsten Jahrzehnten: Über Privatisierungserlöse für die Sanierung und Konsolidierung des Brandenburger Haushaltes zu sprechen wird zu gegebener Zeit sicher auf der Tagesordnung stehen.

Dazu gehören einige Bedingungen, die in der Antwort auf die Anfrage zu finden sind. Für uns gehört auch dazu, den Zuwachsanteil im innerdeutschen Flugverkehr zu steigern. Eine Ursache dafür, dass er sich gegenwärtig nicht so gestaltet, ist die Frage der Umsteigekapazität. Wir sind der Meinung, daran muss die Flughafengesellschaft arbeiten. Die Umsteigekapazität ist wiederum eine Grundlage für die stärkere Ansiedlung von Interkontinentalverbindungen. Dies wird wiederum bei weiteren Ansiedlungen von Fluggesellschaften am Standort Schönefeld auch die Wartungsdienstleistungen verstärken. Daraus ist ersichtlich, dass sofort ein Einfluss auf den Arbeitsmarkt zu erwarten ist, nicht nur durch die Erfüllung von Standort- bzw. Wartungsdienstleistungen, sondern auch durch die vielfältigen Dienstleistungen, die am Standort des Flughafens für die Fluggäste und das Personal entstehen müssen.

Ganz im Gegensatz zu dem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind wir der Meinung, dass die Steigerung des Frachtflugverkehrs gerade dazu beitragen muss, dass die Forderungen bezüglich Lärm- und Umweltschutz an Straße und Schiene gehört werden und eher eine Verkehrsentlastung erfolgt, da nicht noch mehr Frachtverkehr auf Straßen und Schiene umgelagert werden muss.

All das sind Verbesserungen, die auch die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse des Flughafens positiv gestalten werden. Das wird nötig sein, um letztendlich - da sehen wir auch einen gehörigen Nachholbedarf - die Forderungen nach Lärmschutzmaßnahmen der Bürger in angemessenem und wirkungsvollem Maße erfüllen zu können. Man hört da von Alibimaßnahmen wie dem Einbau von Fensterlüftern usw. Da müsste sicherlich eine entsprechende Einflussnahme der Gesellschafter auf den Betreiber des Flughafens erfolgen.

(Beifall FDP)

Für uns besteht ein konkreter Zusammenhang zwischen Wirtschaftlichkeit und Gesundheitsschutz, denn letztendlich ist die Wirtschaftlichkeit die Quelle der Finanzierung der notwendi-

gen Maßnahmen und nicht der öffentliche Haushalt. Hier gilt wie für jeden Betreiber eines Unternehmens - für den kleinsten Existenzgründer wie auch größere Ansiedlungen -, dass für die Gewährleistung des Schutzes vor Umwelt- und Gesundheitsschäden der Verursacher geradestehen muss. Hier sind noch wichtige Probleme zu klären. Wir fordern diesbezüglich auch Transparenz und Zügigkeit, sind aber der Meinung, dass die Probleme lösbar sind und der Entwicklung des Flughafens nicht im Wege stehen werden.

Mir persönlich gefällt eine Aussage von Herrn Steffen Kamradt, dem Geschäftsführer der ZukunftsAgentur Brandenburg, dazu, der vor wenigen Wochen erklärt hat:

„In Bezug auf den BER ist es nötig, Ungeduld durch Optimismus zu ersetzen, und gefragt ist Optimismus mit langem Atem.“

Gestatten Sie mir, an dieser Stelle mit wenigen Worten ein bisschen persönlich, nostalgisch zu werden: Ich war 1997 dabei, als im Umfeld des BBI im Landkreis Dahme-Spreewald der Verein „Wirtschaft pro Flughafen“ gegründet wurde. Wir haben schnell Mitglieder - bis in den Südostwirtschaftsraum von Brandenburg - gehabt. Ziel war damals die Beteiligung von regionalen Unternehmen am Bau. Es gab große Vorbehalte gegenüber der Gründung von Bietergemeinschaften; das war den Handwerksmeistern schwer zu vermitteln. Heute können wir feststellen, dass die Beteiligung von Gewerken aus der weiteren Region dort gesichert und gang und gäbe ist. Auch das ist ein Kriterium für die Wirtschaftlichkeit des Flughafens, denn hier geht es nicht nur um die Direktbeteiligung am Bau des Flughafens, sondern auch um die Umlandentwicklung.

Zwei Beispiele, nämlich zur Entwicklung der Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming: Wir alle haben vor Monaten bei der Erhebung von Prognosen erfahren, wie die Landkreise in ihrer Wertigkeit gestiegen sind. Diese maßgebliche Steigerung ist vorrangig auf das Projekt Flughafen zurückzuführen. In meinem Heimatlandkreis nähern wir uns absehbar nicht nur einer einstelligen Arbeitslosenzahl, sondern sogar der Vollbeschäftigung. Das hat Fachkräftemangel, Bevölkerungszuwachs und Wohnraummangel zur Folge, Dinge, die vorher nicht vorstellbar waren.

Ich sehe schon, hier brennt die rote Lampe.

Entschuldigen Sie, wenn mich das auch sehr persönlich berührt. - Wir als Fraktion fordern einfach, diese optimistische Haltung zum Flughafen bei der Beurteilung in die Waagschale zu werfen und die Probleme in der Diskussion um Flugrouten und Fluglärm zu lösen, und wollen an der Stelle darum bitten, dass uns dieser Optimismus begleitet und der tiefende Pessimismus, den der Entschließungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausstrahlt, abgelehnt wird.

In diesem Sinne: Wir stehen der Flughafenentwicklung sehr positiv gegenüber. - Danke schön.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tomczak. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Christoffers, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte zunächst einige Worte zum Entschließungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen.

Erstens: Ich teile die Auffassung von Frau Wehlan ausdrücklich. Der Antrag - selbst wenn Sie das unterstellte Ziel wirklich erreichen wollen - hilft keinem, er verschärft die Probleme noch, die wir in der öffentlichen Debatte zu dem Flughafen haben.

Ich darf Ihnen nur sagen: Unsere Erfahrungen mit Privatisierungen solcher Projekte haben wir gemacht. Und gerade weil es nicht funktioniert hat, gab es die Grundsatzentscheidung, dass die öffentliche Hand - also Bund, Berlin und Brandenburg - diesen Flughafen baut. Jetzt von einer Privatisierung zu reden, wo hier womöglich Rückflüsse an die öffentliche Hand zu Buche stehen, finde ich etwas unangemessen, wenn ich das so sagen darf, und dies ist der Bedeutung des Projekts nicht angemessen.

Zweitens: Sie erwähnen eine dritte Start- und Landebahn. Ich leite den Projektausschuss des Aufsichtsrats, und Sie können mir glauben: Mir wäre es wirklich bekannt, wenn in irgendeiner Form eine dritte Start- und Landebahn geplant wäre. Sie ist es nicht. Hier wird versucht, zusätzliche Unruhe in die Debatte zu bringen - in dem Wissen darum, dass die Obergrenze der Flugbewegungen planfestgestellt und rechtlich abgesegnet ist. Insofern, meine Damen und Herren, finde ich einfach nicht angemessen, das zu tun.

Wenn Berlin jetzt einen wie auch immer gearteten Wechsel der Strategie vornimmt, darf ich Ihnen nur sagen: Wir als Land Brandenburg sind Mitgesellschafter. Wir stehen zu unserem Wort, das wir gegeben haben, und werden es auch so umsetzen, um Klartext zu sprechen. Ich möchte kein Öl ins Feuer gießen, aber wissen Sie: Ich freue mich auf den Tag, an dem möglicherweise ein grüner Verkehrssenator aus Berlin mit mir gemeinsam den Flughafen eröffnet.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich gehe davon aus, dass das für beide Länder - für Berlin und Brandenburg - ein guter Tag sein wird, weil ich hoffe, dass wir - erstens - die Konflikte dann so weit minimiert haben, wie es möglich ist und - zweitens - die wirtschaftlichen Potenziale, die die Flughafenentwicklung bietet, dann auch tatsächlich auszunutzen.

Gestatten Sie mir noch eine Vorbemerkung. Sie sprachen die Antwort auf eine Große Anfrage an, wonach der sogenannte Billigflugbereich mit einem Anteil von 27 % an den Airlines ein Risiko für den Flughafen sei. Ich darf Ihnen sagen: Die Lufthansa hat in Frankfurt am Main einen Anteil von 50 %. Das Risiko für Frankfurt am Main ist also viel größer als für den Standort Schönefeld, weil er zu mehr als 50 % von einer einzigen Airline abhängig ist. Insofern glaube ich, dass gerade der Mix, der beim Flughafen Schönefeld, beim BBI oder BER zu erreichen versucht wird, eine tragfähige Grundlage auch für die weiteren Entwicklungen ist.

Meine Damen und Herren, das erhebliche Potenzial und die Erwartung nachhaltiger Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes durch den Flughafen BER sind weitgehend

unbestritten. Das Projekt ist wirtschaftlich und technisch solide geplant. Selbstverständlich müssen die Anforderungsprofile an Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt werden; das ist völlig klar. Der Gesellschafter Brandenburg hat sich dafür eingesetzt und wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass diese Lärmschutzmaßnahmen zügig und vor allen Dingen auch situationsbezogen umgesetzt werden. Eine Bedingung ist allerdings, dass auch die Flugrouten festgelegt werden. Deswegen nehme ich die heutige Debatte als Übereinstimmung aller Fraktionen zur Kenntnis, dass wir unsere politischen Möglichkeiten nutzen, dem Bundesverkehrsministerium, möglicherweise auch der DFS eine schnelle Entscheidung ans Herz zu legen, weil ich glaube, dass man dann die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen auch effizient und sehr zielgerichtet umsetzen kann; sie sind dringend erforderlich. Alles, was notwendig ist, um hier einen Interessenausgleich herbeizuführen, wird von den Gesellschaftern im Land Brandenburg mitgetragen.

Meine Damen und Herren! Der Businessplan des Flughafens ist auf der Grundlage der Analysen zu Marktsituation, Prognosen der weiteren Entwicklung, Risikobewertung und Alternativszenarien aufgestellt worden. Der Plan war Voraussetzung für die langfristige Finanzierung und wurde deshalb von Banken und Bürgen umfassend geprüft. Die Belastbarkeit des Plans in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht wurde dabei positiv bewertet. Die Praxis hat das belegt. Die Flexibilität ist gegeben, und auf notwendige Änderungen konnte reagiert werden. Ich denke da an veränderte Nutzeranforderungen, die veränderte Gesetzeslage, den Ausbau eines wichtigen Unternehmens im Planungsbereich und anderes.

Für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens müssen Kapazitäten und Möglichkeiten nicht nur geschaffen, sondern auch genutzt werden. Voraussetzung und Rahmenbedingungen, wie im Planfeststellungsbeschluss festgelegt, müssen auch geschaffen bzw. eingehalten werden.

Das gegenwärtig vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig laufende Verfahren ist bereits erwähnt worden. Ich hoffe, dass man hier sehr schnell zu einer Entscheidung kommt und aus deren Begründung dann auch die notwendigen Maßnahmen ableiten kann.

Die finanziellen Planungen und die Entwicklung des Businessplans der FBS stützen sich da auf bestimmte Annahmen. Die Dynamik und die große Schwankungsbreite der Branche ist als Besonderheit berücksichtigt worden. Das geht auch aus der Antwort auf die Große Anfrage hervor.

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister Christoffers, lassen Sie eine Frage von Herrn Abgeordneten Homeyer zu?

Minister Christoffers:

Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Große:

Bitte, Herr Homeyer.

Homeyer (CDU):*

Sie sind jetzt ein wenig bei den Details und bei den Zahlen. Es würde mich interessieren, Herr Minister, ob Sie uns darüber

Auskunft geben können, wie es mit den finanziellen Belastungen für die Flughafengesellschaft aussieht, die sich daraus ergeben, dass es eine Bauverzögerung von fast neun Monaten gibt, bzw. mit den Mehrkosten, die durch die erhöhten Sicherheitsanforderungen entstehen, und mit den vermutlichen Mehrkosten für den erhöhten Lärmschutz, die jetzt entstehen und schon angedeutet wurden. Ist die Gesellschaft in der Lage, das zu stemmen? Sind Sie jetzt schon in der Lage, konkret zu sagen, wie groß die Belastung sein wird und wie sich das ökonomisch für die Gesellschaft abzeichnet? Gibt es Überlegungen im Aufsichtsrat, die Gesellschaft hierbei zu entlasten? Oder sind Sie der Auffassung, dass die Gesellschaft das allein stemmen muss?

Minister Christoffers:

Herr Abgeordneter Homeyer, Sie werden verstehen, dass ich entsprechend dem Aktiengesetz und dem GmbH-Gesetz nur begrenzt auskunftsfähig bin, was Geschäftsgeheimnisse der Gesellschaft angeht. Das ist völlig klar, und es ist auch nichts Ungewöhnliches, dass man in einer solchen Situation ist. Ich darf Ihnen nur sagen: Ich gehe davon aus, dass die Gesellschaft die auf sie zukommenden Lasten allein tragen muss, ohne dass ihr zusätzliches Kapital bereitgestellt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir mit der Inbetriebnahme des Flughafens eine wirtschaftliche und auch eine technologische Chance für die Hauptstadtregion bekommen. Ich hoffe sehr, dass sowohl die Anzahl der Arbeitsplätze als auch die weiteren positiven Entwicklungen, die aus der Inbetriebnahme des Flughafens resultieren, für die regionale und strukturelle Entwicklung des Landes Brandenburg voll zum Tragen kommen.

Meine Damen und Herren, wie Frau Wehlan schon ausführte, gab es einen langen Streit um den Standort. Aber die Standortfrage ist entschieden, und weil die Standortfrage entschieden ist, sollte man bestimmte Debatten dann auch unterlassen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Es ist eine Kurzintervention durch den Abgeordneten Goetz von der FDP-Fraktion angemeldet worden. Bitte, Herr Goetz.

Goetz (FDP):*

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Die Redezeiten, die wir haben, sind begrenzt. Wenn man nur 5 Minuten hat - Sie haben 6 Minuten ohne Zwischenfrage gesprochen -, dann reichen diese 5 Minuten möglicherweise nicht aus, die ganze Wahrheit zu sagen. Vielleicht reichen fünf Minuten für die Dreiviertelwahrheit, die Zweidrittelwahrheit, vielleicht auch nur für die halbe Wahrheit.

Sie sind auf die Frage einer dritten Landebahn eingegangen und haben auf die Frage 49 der Fraktion GRÜNE/B90, ob eine dritte Landebahn geplant ist, mit Nein geantwortet. Diese Antwort ist zweifelsohne richtig. Aber wenn Sie vorige Woche „rbb aktuell“ gesehen haben, das Interview der Herren von Gerkan und Paap, den Architekten des BBI, dann konnten Sie auch feststellen, dass dort gesagt wurde: „Das ist zwar bisher

nicht geplant, aber eine dritte Landebahn ist vorgesehen.“ Sie haben auf den Plänen genau gezeigt, wo südlich des Flughafens BBI/BER diese dritte Landebahn vorgesehen ist.

Genau das ist das Problem, vor dem wir hier stehen. Es werden halbe Antworten gegeben auf Fragen, die möglicherweise damit beantwortet sind, wenn man es förmlich sieht; aber es wird die Intention der Frage nicht aufgenommen. Deshalb haben wir das Problem, dass Ihnen die Leute nicht glauben, was Sie hier sagen. Als die Grünen fragten, ob eine weitere Landebahn geplant ist, wäre es doch leicht gewesen, darüber hinauszugehen und zu sagen: Es gibt zwar keine Planung, aber es besteht diese Möglichkeit, und wir werden zu einem späteren Zeitpunkt darüber nachdenken, ob sie möglicherweise nötig wird. - Genau das tun Sie nicht, und nur deshalb entsteht dieser Konflikt, nur deswegen glauben die Leute im Umfeld des Flughafens BBI/BER Ihnen nicht, was Sie hier sagen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Der rbb-Beitrag ist auf YouTube einsehbar, eingestellt von chillerjunge87, und ich kann nur anregen, dieses Interview der Architekten von Gerkan und Paap zum Flughafen BBI/BER zur Kenntnis zu nehmen. Dort finden Sie deren Aussagen und den Konflikt, den wir hier eben haben.

Es wurden viele Versprechen gegeben, unter anderem: Lärmschutz vor Wirtschaftlichkeit! Das hat der Ministerpräsident erklärt. Ich möchte nur sagen: Wir als Anlieger dieses Flughafens, als Umlandgemeinden warten nach wie vor auf die Einlösung dieses Versprechens. - Ich danke Ihnen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Wir sind jetzt in der Situation, dass der Abgeordnete Schulze von der SPD-Fraktion darum gebeten hat, weder im Rahmen einer Kurzintervention noch im Rahmen einer Erklärung seines Abstimmungsverhaltens als Abgeordneter Stellung zu nehmen. Er beruft sich dabei auf die Verfassung des Landes Brandenburg. Unsere Geschäftsordnung gibt dies nicht her, da die Redezeit der Fraktion der SPD ausgeschöpft ist.

Ich lasse aufgrund der Absicht, dass Herr Abgeordneter Christoph Schulze dies verfassungsrechtlich prüfen lassen möchte, diesen Redebeitrag in dieser Ausnahmesituation zu. Wir werden darüber im Präsidium noch einmal beraten. Es steht ihm frei, dies verfassungsrechtlich prüfen zu lassen. Herr Schulze, Sie haben das Wort.

Schulze (SPD):

Frau Präsidentin, vielen Dank. Ich möchte das noch etwas klarstellen. Die Landesverfassung Artikel 56 gibt jedem Abgeordneten sui generis - so steht es wortwörtlich darin - das Recht, zu jedem Tagesordnungspunkt das Wort zu ergreifen. Das ist nach Artikel 5 der Landesverfassung - Sie können es gern nachlesen - das unverzichtbare Recht, und das ist auch gar nicht auslegungsfähig; das ist eine Versteinerungsklausel. Insofern möchte ich einfach nur deutlich machen: Jeder von uns hat dieses Recht.

Meine Damen und Herren, ich hatte eigentlich gar nicht vor, in dieser Form in die Debatte einzugreifen, ich wollte abwarten.

Aber es hat mich in gewisser Weise entsetzt, was ich hier zum Teil gehört habe; es hat mir das Blut in den Adern gefrieren lassen. Die Standortfrage ist entschieden, hat Minister Christoffers gesagt. Diese Aussage ist zweifellos richtig. Aber was nicht geklärt ist, ist die Frage, wie wir gemeinsam damit umgehen. Die Proteste, die wir hier aktuell zur Kenntnis nehmen, sind ja letztlich nur ein Ausfluss dessen, dass dort viele Menschen sagen: Wir fühlen uns nicht mitgenommen, und wir fühlen uns über den Tisch gezogen.

Meine Damen und Herren, wissenden und sehenden Auges hat diese Landesregierung wie auch alle Vorgängerregierungen - es ist ja so, dass es immer eine gewisse Kontinuität gibt - seit über zehn Jahren diesen Standort verfolgt und durchgekämpft. Dieser Landtag hat dabei mitgemacht, hat auch das Recht gesetzt und hat dann, wenn es nicht geklappt hat - ich sage nur Obergerverwaltungsgericht Frankfurt (Oder) zum LEP-SF und LEP-eV und wie die Regelungen alle hießen - das Recht immer wieder passend hingebogen. Deswegen ist es auch gar nicht verwunderlich, dass Gerichte zu der Auffassung kommen, das sei rechtmäßig. Dafür haben alle Beteiligten schon erfolgreich gesorgt, weil man das ja auch so wollte, unabhängig davon, ob der Standort vernünftig und sinnvoll ist oder was auch immer.

Meine Damen und Herren, von den Problemen, die der Standort hatte, haben Sie alle gewusst, da kann sich keiner herausreden; sie sind von Anfang an benannt worden. Jetzt aber so zu tun, als ob diese Probleme dadurch gelöst werden könnten oder müssten, dass die Betroffenen zurückstecken, kann nicht der richtige Weg sein. Das werden die betroffenen Bürger auch nicht akzeptieren.

Was mich bewegt hat, jetzt hier noch einmal kurz das Wort zu ergreifen, ist Folgendes: Ich habe in den allermeisten Redebeiträgen hier nur gehört: Wirtschaftlichkeit, Geld, Wirtschaftlichkeit, Geld. Die Menschen fragen sich: Entschuldigung, wir wohnen da, wir leben da, wo bleiben eigentlich wir?

Ich hätte mir gewünscht und eigentlich auch gehofft, dass hier von Rednerinnen und Rednern gesagt würde: Wir gehen auf die Leute zu und werden einen Kompromiss finden, mit dem alle Beteiligten leben können. - Aber nein, da werden schon wieder Riegel vorgeschoben: Dies, das und jenes kommt überhaupt nicht infrage. Aber woher wissen Sie das?

Herr Homeyer, Sie direkt angesprochen, denn Sie haben mich provoziert: Sie haben deutlich gemacht, dass ein Nachtflugverbot definitiv nicht infrage kommt. Entschuldigung, in Tegel ist um 23 Uhr Schluss, Ende im Gelände, und zwar bis 6 Uhr, die haben ein Nachtflugverbot, und trotzdem ist Tegel die Cash-Kuh des bestehenden Flughafensystems. Der Vertreter von Air Berlin hat bei der Anhörung am 7. April 2011 gesagt, einmal im Monat weiche man von Tegel nach Schönefeld wegen eines durchzuführenden Nachtfluges aus. Was soll aber kommen? 107 Nachtflüge sollen genehmigt werden. Und das ist die Unverhältnismäßigkeit, dass man allen, die ein wirtschaftliches Argument anbringen, sofort den roten Teppich ausrollt, aber den Menschen, den Bürgern eben nicht.

(Lebhafter Beifall GRÜNE/B90 und Beifall des Abgeordneten Goetz [FDP])

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Schulze, Ihre Redezeit ist nunmehr zu Ende.

Schulze (SPD):

Ich möchte an Sie appellieren: Verfassungsgegenstand ist nicht die Wirtschaft, das werden Sie nirgendwo in der Landesverfassung finden; Verfassungssubjekt ist der Mensch. In unserer Landesverfassung Artikel 39 steht, dass jeder das Recht auf Schutz seiner Gesundheit hat. Das ist das, worum die Leute bangen.

(Die Präsidentin schaltet das Mikrofon ab und entzieht dem Abgeordneten das Wort. - Lebhafter Beifall GRÜNE/B90 und Beifall des Abgeordneten Goetz [FDP])

Vizepräsidentin Große:

Die Aussprache ist beendet. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 13, Drucksache 5/3819, ist zur Kenntnis genommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag auf Drucksache 5/4086, eingebracht von der Fraktion GRÜNE/B90, „Businessplan des Flughafens ‚Willy Brandt‘ BER zukunftssicher gestalten und Privatisierungsverfahren einleiten“. Wer diesem Entschließungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist diesem Antrag nicht entsprochen worden.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 geschlossen und ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Kinderbetreuung bedarfsgerecht gestalten - Eltern bzw. Erziehungsberechtigten gleichmäßige Teilhabe am Erwerbsleben ermöglichen

Antrag
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/4052

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der einbringenden Fraktion. Herr Abgeordneter Büttner, Sie haben das Wort.

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen versichern: Es geht mir gut. Nachdem mich so viele Kollegen aus den unterschiedlichen Fraktionen vorhin gefragt haben, ob sich mein Blutdruck wieder normalisiert hat, kann ich Ihnen sagen: Ja, hat er. Es ist also alles ruhig. Wir können das jetzt ganz ruhig machen.

(Zuruf von der SPD: Sie können das ganz entspannt angehen!)

- Genau. Eltern brauchen aus unserer Sicht endlich mehr Planungssicherheit im Beruf, um Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können. Starre Öffnungszeiten von Kindertagesstätten machen für viele junge Eltern das Vereinbaren von Beruf und Familie unmöglich. Eltern, die zum Beispiel im Einzelhandel oder in der Gastronomie arbeiten, medizinisches Personal oder Polizistinnen und Polizisten sollten trotz ungewöhnlicher Arbeitszeiten nicht auf ein gutes pädagogisches Konzept verzichten müssen.

Wie ist das ganz offensichtlich in Brandenburg? Wir haben ein System, das in der Regel Öffnungszeiten in Kindertagesstätten bis maximal 17 Uhr anbietet. Sie alle wissen: Die Arbeitszeiten werden immer länger. Immer mehr arbeiten im Schichtsystem. Kinder werden krank. Die Großeltern sind aber nicht immer verfügbar. Nachbarn, Freunde sind auch nicht immer verfügbar. Das heißt: Wir brauchen eine Kinderbetreuung, die bedarfsgerecht gestaltet wird.

Deswegen haben wir Ihnen diesen Antrag vorgelegt. Ich möchte Ihnen auch sagen: Wir haben gegenwärtig gar keine ausreichenden Datengrundlagen im Land. Wir haben, wie Frau Ministerin Dr. Münch gestern Abend beim Parlamentarischen Abend des Landesjugendrings sagte, zu wenige Vernetzungen zwischen dem, was im Land passiert, zwischen dem, was in den Kommunen passiert, und dem, was bei den Trägern passiert. Wir brauchen mehr Vernetzung. Wir müssen aber auch die notwendige Datengrundlage dazu haben. Bedarfsgerechte Kinderbetreuung heißt, dass sie den Anforderungen des Berufslebens gerecht wird.

Ein weiterer Punkt ist, dass Brandenburg ein Flächenland ist und Eltern weite Fahrtwege haben, wodurch sich die schon langen Arbeitszeiten deutlich verlängern. Ein gutes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist daher ein sehr wichtiger Standortfaktor. Wenn Eltern nicht wissen, wo sie ihre Kinder unterbringen können, verstärken wir am Ende sogar noch die Abwanderung. Dementsprechend müssen Träger von Kinderbetreuung ihre Angebote und Öffnungszeiten an die Bedürfnisse von Eltern anpassen.

(Beifall der Abgeordneten von Halem [GRÜNE/B90])

Das Land darf nicht alles auf die Kommunen oder auf die Träger abschieben, wie es in der Beantwortung unserer Großen Anfrage zum Ausdruck kam. Auf die Frage, ob die Landesregierung Maßnahmen plane, die Öffnungszeiten der Einrichtungen im Personalschlüssel zu berücksichtigen, hieß es:

„Es sind landesseitig keine Maßnahmen geplant, die unterschiedlichen Öffnungszeiten von Einrichtungen in die Berechnung der Personalschlüssel einzubeziehen. Es soll den im Grundsatz verantwortlichen Trägern der Einrichtung und den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe überlassen bleiben, auf die konkreten Bedarfe zu reagieren.“

Das ist mir zu wenig. Das widerspricht im Übrigen auch dem Wahlprogramm der Sozialdemokraten. Sie sehen, ich lese nicht nur Wahlprogramme der Linken. Im Wahlprogramm der Sozialdemokraten schreiben Sie auf Seite 18 Ihres Regierungsprogrammes 2009 bis 2014 -

(Zuruf der Abgeordneten Lehmann [SPD])

- ja, vielleicht andere Druckausgaben, Frau Lehmann:

„Außerdem werden wir die Qualität der Kitas weiter verbessern, beispielsweise durch mehr Betreuungszeiten.“

Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, haben wir bisher dazu hier nichts gesehen. Sie tragen die Verbesserung der Betreuungsrelation in einem ersten Schritt quasi wie eine Monstranz vor sich her.

Da komme ich einmal auf die Kolleginnen und Kollegen von den Linken zu sprechen, die schreiben:

„In dieser Legislaturperiode streben wir für die 3- bis 6-Jährigen einen Betreuungsschlüssel 1:10 an. Es wird mit uns einen Stufenplan zur Verbesserung der Leitungsfreistellung und zur Anerkennung der wirklich geleisteten Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher geben.“

Allein Sie lehnen die Anträge hier im Parlament ab, wenn sie von der Opposition vorgelegt werden.

(Beifall der Abgeordneten von Halem [GRÜNE/B90])

Das ist etwas, was wir so nicht akzeptieren können. Deswegen haben wir gesagt: Das Land muss mehr tun.

(Heiterkeit der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

- Ich freue mich, wenn Sie sich freuen, Frau Wöllert. Es ist notwendig, dass die Rahmenbedingungen der Kommunen und der Träger, wie unter dem Punkt II genannt, so verbessert werden, dass sich die Träger besser an den beruflichen Realitäten der Eltern orientieren können.

Der Unterrichtsausfall ist in Brandenburg immer noch hoch. Außerdem beenden Eltern ihre Arbeit oftmals erst am Abend. Daher ist es wichtig zu wissen, welche Möglichkeiten die Kinder nach Schulschluss haben und wo sie betreut werden. Dann kann man auch über eine deutlich engere Vernetzungen - ich komme wieder auf die Vernetzung zurück - zwischen Schule, Hort und Jugendeinrichtung in den Kommunen nachdenken. Für Eltern ist es meist eine große Herausforderung, ihre Kinder in den Ferien unterzubringen, wenn sie arbeiten müssen.

Das Thema frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung ist eines der wichtigsten Themen, über die wir uns hier in diesem Landtag unterhalten können. Leider vermisste ich die Initiativen der Landesregierung oder der sie tragenden Fraktionen. Denn die Anträge, die zur Kinderbetreuung und zur frühkindlichen Bildung eingebracht wurden, sind im letzten Jahr hier in diesem Parlament ausschließlich von den Oppositionsfraktionen vorgelegt worden.

(Beifall der Abgeordneten von Halem [GRÜNE/B90])

Die Anhebung des Personalschlüssels im letzten Jahr reicht nicht aus. Darum darf die Landesregierung nicht die Hände in den Schoß legen und sagen, sie habe ihre Aufgabe schon längst erledigt. Unser gemeinsames Ziel muss eine stetige Verbesserung sein, sodass Kinder unter besten Bedingungen aufwachsen und Bildung erfahren. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Lieske setzt für die SPD-Fraktion fort. - Unser Zeitplan scheint etwas durcheinandergelassen zu sein. Liebe Gäste, sind Sie aus Drebkau?

(Zurufe der Gäste: Ja!)

Dann begrüße ich recht herzlich unsere Besuchergruppe aus der Stadtverwaltung Drebkau. Sind Sie schon begrüßt worden?

(Zurufe der Gäste: Ja!)

Dann sind Sie zweimal begrüßt worden, wunderbar.

(Allgemeiner Beifall)

Hier steht nämlich: ab 15 Uhr. Sie sind vorfristig da. - Jetzt hat Frau Lieske das Wort.

Frau Lieske (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Gäste! Werte antragstellende Fraktion der FDP, recht herzlichen Dank, dass frühkindliche Bildung regelmäßig hier im Plenum aufgerufen wird. Sie verdient, den entsprechenden Stellenwert eingeräumt zu bekommen. Ich möchte gleich zu Beginn klarstellen, lieber Andreas Büttner: Wir werden dem Antrag der FDP-Fraktion nicht folgen.

(Oh, oh! bei der FDP)

Ich werde versuchen, das in Kürze zu begründen. Aus den Antworten auf die Fragen, so detailliert sie auch ausfallen würden, wenn sie gegeben werden, würden sich aus unserer Sicht von der Qualität her für den Handlungsrahmen der Landesregierung oder für uns als Parlament, so unterschiedlich wie unser Land Brandenburg gestrickt ist, keine ganz konkreten Handlungsanweisungen entwickeln.

Ich möchte zum Schluss sagen, wo ich bestimmte Handlungsschwerpunkte sehe, die im Bereich der frühkindlichen Bildung und in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sehen sind. Sonst könnte ich mir hier jetzt sparen, § 1 Kita-Gesetz zu zitieren, der als Rechtsanspruch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Vordergrund stellt, aber gleichberechtigt auch das Kindeswohl nennt. Das ist das Nächste, was dabei zu berücksichtigen ist.

Das Thema, das hier infrage gestellt wird: Was passiert mit der Einrichtung, wenn keine ausreichende Anzahl von Kindererzieherinnen oder Kindererziehern vorhanden ist? Ich sage: Dann gibt es keine Betriebserlaubnis. Die Einrichtung darf ihre Aufgabe nicht weiter oder nur in beschränktem Umfang erfüllen.

Es gibt die Fragen zu den Betreuungszeiten und zu den alternativen Angeboten. Wir haben gerade gestern hier im Plenum das Kinder- und Familienmaßnahmenpaket des Landes Brandenburg in seiner Fortschreibung - in „1. Lesung“ sage ich einmal - diskutiert und an den Ausschuss überwiesen. Ich glaube, da gibt es auch noch Mitberatungsmöglichkeiten, die wir im Bildungsausschuss nutzen können. Da steht eine ganze Menge zu dem Thema Kinder und Familien und zu der Möglichkeit für Familien, ihrer Beschäftigung nachzugehen. Das heißt natürlich nicht, dass wir schon die Sternstunden in der Kinderbetreuung erreicht haben. Aber wir loben sie und beziehen uns ganz oft in dieser Frage auf die wissenschaftliche Betreuung der Bertelsmann Stiftung. Sie macht im Ländervergleich ziemlich deutlich: Wo stehen die Länder in der frühkindlichen Bildung? Das Thema vom dritten Lebensjahr bis zur sechsten Klasse wird da immer ganz gut beleuchtet.

Da stehen gerade die ostdeutschen Bundesländer an der Spitze. Bei Ganztagsangeboten hat Brandenburg einen Anteil von 57,1 %, während ein „Musterlände“ wie Baden-Württemberg auf nur 13,6 % kommt. Da gibt es doch deutlichen Nachholbedarf bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch wenn wir noch lange nicht alles erreicht haben.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU])

Ich will ja nicht immer alles infrage stellen, aber ich will natürlich nachher darauf eingehen, wo wir noch Möglichkeiten haben, etwas zu tun. Es ist auch so, dass die Länder diesen Betreuungsanspruch ganz unterschiedlich in ihren Gesetzgebungen definieren. Wir haben ihn definiert für Kinder ab drei Jahren; zuvor ist der Anspruch eingeschränkt. Wenn Eltern arbeiten gehen, gibt es einen uneingeschränkten Anspruch, also immer angepasst an die entsprechende Arbeitssituation der Eltern. Die Bedarfsorientierung haben die Träger der freien Jugendhilfe sicherzustellen; das sind in erster Linie die Landkreise und kreisfreien Städte.

Es ist das nächste Paket in der frühkindlichen Bildung, dass wir eine geteilte Verantwortung haben. Wir haben das Land, wir haben die Landkreise, wir haben die Kommunen, und wir haben noch eine breite Trägerlandschaft - glücklicherweise, denn das macht auch die Angebote und auch die Alternativen wesentlich interessanter. Wir haben Lokale Bündnisse für Familie. Die Erfolge, die dabei in den letzten Jahren erzielt worden sind, dürfen wir hier nicht infrage stellen, sondern diese haben viel zur Unterstützung beizutragen.

Jetzt komme ich auf den Punkt, wo ich glaube, dass wir da noch eine ganze Menge bundesrechtlich bewerkstelligen müssen - da werbe ich jetzt einmal um die Unterstützung der FDP und natürlich auch der CDU -, denn im Jahr 2013 wird der Rechtsanspruch für Kinder ab einem Jahr zur Geltung und zur Entfaltung kommen. Im Vorfeld sollten wir die Möglichkeit nutzen, die regierungstragenden Koalitionsparteien auch auf Bundesebene dazu zu animieren, eine ordentliche Bedarfsprognose anzustellen und daraus eventuell bundesweit ein Programm zu entwickeln, mit dem dem Bedarf dann auch entsprochen werden kann. Ob Brandenburg dann ganz viel daran partizipiert, bleibt abzuwarten.

Dann ist auch noch die Frage zu beantworten, ob wir nach dem Rechtsanspruch, der jetzt definiert ist, nicht auch einen Ganztagsanspruch definieren sollten. Damit würden wir der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wesentlich näher kommen und das auch unabhängig davon machen, inwieweit Eltern tatsächlich arbeitsrechtlich eingebunden sind. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Hoffmann spricht für die CDU-Fraktion.

Hoffmann (CDU):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Betreuungsmöglichkeiten und Öffnungszeiten von Kindertagesstätten und Einrichtungen zur Tagespflege, aber auch die Elternbeiträge sind ganz wesentliche Themen, die junge Familien in unserem Land bewegen. Dabei steht aber auch die Frage im

Mittelpunkt: Wie kann ich die Betreuung meines Kindes so organisieren, dass sie mit meinem Arbeitsplatz und den heutigen Anforderungen des Berufslebens vereinbar ist? Das hat natürlich auch der Gesetzgeber erkannt; Frau Lieske hat es ja gesagt. Es ist festgelegt, dass die Öffnungszeiten bedarfsgerecht sein sollen, aber sich auch am Kindeswohl orientieren müssen. Das ist tatsächlich in manchen Fällen ein zunehmend schwieriger werdender Spagat. Dabei müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, wie man diesem Spagat in den Betreuungseinrichtungen begegnet, wie man aber auch die Einrichtungen in die Lage versetzen kann, auf die Realitäten im Land entsprechend zu reagieren. Aus diesem Grund freue ich mich auch über das Anliegen der FDP, das sie in diesem Antrag deutlich machen will.

Weitere Fragen, die sich junge Eltern stellen, sind: Wie kann ich sicherstellen, dass mein Kind eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung und Förderung erhält? Welche Angebote gibt es hierfür? Neben den Öffnungszeiten spielen dann natürlich auch das Konzept der Einrichtung, die Betreuungsquote, die Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher bzw. Tagesmütter eine wichtige Rolle. Aus meiner Sicht ist es daher ganz wichtig, dass man die frühkindliche Bildung im Gesamtkontext all dieser Faktoren betrachtet und die Qualität der frühkindlichen Bildungseinrichtungen auch über die Frage der Betreuungszeit hinausgehen lässt.

In Bezug auf diesen Antrag bin ich grundsätzlich der Meinung, dass die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung in den Kommunen erfolgen muss. Nur wenn deutlich wird, dass die Rahmenbedingungen des Landes nicht mehr mit den Entwicklungen vor Ort konform gehen, bestünde aus meiner Sicht Handlungsbedarf. Ich glaube, im Grunde könnte man den Antrag der FDP auch genau so verstehen. Vielleicht geht es ihr auch genau darum, zu eruieren, ob die gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen denn noch genügend Raum zur bedarfsorientierten Ausgestaltung der Betreuung vor Ort bieten. Das wäre durchaus auch eine Zielstellung, die wir unterstützen könnten. Leider ist das nicht so ganz klar aus dem Antrag herauszulesen, weshalb wir uns enthalten werden. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der Abgeordneten Große für die Linksfraktion fort.

Frau Große (DIE LINKE):*

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Kollege Büttner von der selbsternannten Bildungspartei FDP, Sie haben uns heute Morgen vorgeworfen, dass wir als Linke noch auf einer Art Selbstfindungstrip seien. Ich muss feststellen, Sie sind das sehr viel mehr als wir. Ich hätte mir nie vorgestellt, dass ich mit Ihnen - mit der FDP wohl gemerkt - einmal zu einer Debatte komme, die so stark nach dem Staat ruft, dass Sie für alles - nicht nur für Kinder in Kindertagesstätten, sondern auch für Kinder in Schulen, für Kinder, die krank sind usw. - staatliche Lösungen haben möchten. Der zweite Teil Ihres Antrages liest sich so, als wollten Sie, dass wir heute beschließen, die Rahmenbedingungen für die Kommunen so zu verbessern, dass es ihnen ermög-

licht wird, sich besser an den beruflichen Realitäten von Familien und Lebenspartnerschaften zu orientieren. Sie wollen also, dass wir heute schon beschließen, dass der Staat bzw. in diesem Falle das Land das zu organisieren hat.

Sie setzen dabei voraus, das sei ein Erfordernis der modernen Arbeitswelt. Da frage ich Sie jetzt einmal: Ist das wirklich die moderne Arbeitswelt, die wir uns hier alle vorstellen? Wollen wir, dass die Kinder immer, auch wenn sie krank sind, zu allen Tages-, Nacht- und Ferienzeiten von staatlicher Seite aus betreut werden? Ich will das nicht, Herr Büttner, und es ist merkwürdig, dass ich das hier heute sagen muss, ich, der als Linken immer unterstellt wird, wir wollten die Kinder verstaatlichen.

(Beifall DIE LINKE)

Sie wollen das heute mit Ihrem Antrag tun. Ich sage Ihnen: Denken Sie, die Sie so gute Beziehungen zur Wirtschaft haben und da Sie neben der Bildungspartei, die Sie sind, ja auch die Wirtschaftspartei sind, doch bitte einmal darüber nach, was die Wirtschaft, was die größeren Firmen und möglicherweise auch das Handwerk leisten müssten, damit Menschen dort zu menschenwürdigen Bedingungen arbeiten können, sodass sie auch ihre Kinder noch selbst betreuen können - zu den Zeiten, die üblich sind. Auch darüber sollten gerade Sie in der FDP einmal nachdenken.

(Beifall DIE LINKE)

Nun haben Sie das an Kitas festgemacht. Bei dem, was Sie eigentlich wollen, frage ich mich, was der Betreuungsschlüssel damit zu tun hat. Ich frage mich auch, was wir alle davon haben, wenn, wie Sie im Bericht einfordern, von 1 600 Kitas - so viele haben wir ja etwa - erfragt wird, wie dort mit den Öffnungszeiten, mit den Gebühren, mit der Gebührenstaffelung umgegangen wird. Wir waren doch alle froh darüber, dass es eine kommunale Selbstverwaltung gibt

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

und dass Kommunen für sich festlegen können: Wir möchten hier eine Kindertagesstätte mit längeren Öffnungszeiten haben, denn es gibt im Ort ein größeres Unternehmen, wo im Schichtbetrieb gearbeitet wird. - Das geschieht ja alles schon; lassen Sie das doch vor Ort entscheiden. Warum möchten Sie gern, dass wir hier regulierend eingreifen, Herr Büttner? Sie von der FDP - ich verstehe das ehrlich gesagt nicht mehr. Ich mache mir auch langsam ein wenig Sorgen, wohin Sie sich in Ihrer Partei noch entwickeln wollen.

(Lachen des Abgeordneten Büttner [FDP])

Ich müsste mir die nicht machen, aber angesichts dieser Anfrage ist das schon etwas schwierig.

Ich finde es ja schon interessant, dass Sie auch gern wissen möchten, welche Betreuungsmöglichkeiten es in betrieblich organisierten Kindertagesstätten gibt. Auch da gibt es ja ganz wenig und aus unserer Sicht zu wenig. Ich bin ganz sicher, dass angesichts der Fachkräftesituation die Firmen, die Betriebe, zumindest die größeren, sehr wohl dahin kommen werden, zu sagen: Wenn wir jungen Familien, Vätern und Müttern, die Möglichkeit geben wollen, in unserer Firma auch zu ungewöhnlichen Arbeitszeiten zu arbeiten, dann haben wir auch die

Verpflichtung, etwas für die Kindertagesbetreuung zu tun. - Ich glaube, so dramatisch es ist mit dem Fachkräftemangel, gerade der wird dazu führen, dass ganz andere Menschen auch darüber nachdenken. Die Kommunen und die Träger tun das in ausreichendem Maße.

Wenn Sie uns von hinten durch die Brust noch einmal aus unserem Wahlprogramm vorhalten wollten, Herr Kollege Büttner, dass wir uns vorgenommen haben, ein Stufenprogramm vorzulegen und etwas für den Betreuungsschlüssel zu tun, dann sage ich: Wir haben geliefert - das ist ja Ihr Spruch -

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD - Frau Lehmann [SPD]: Genau! Anders als Herr Rösler!)

und wir sind damit nicht am Ende. Auch das will ich Ihnen hier noch einmal ganz deutlich sagen. Sie dürfen gespannt sein. Auf das, was Sie hier vorhaben bzw. auf Ihre Anträge bezüglich des Haushalts, den wir demnächst beschließen werden, bin ich schon sehr gespannt.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete von Halem setzt die Aussprache für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Berliner Möbelpacker schleppen für einen Professor Bücherkisten, Bücherkisten und Bücherkisten. Sie ringen mit sich, aber angesichts so viel offensichtlicher Bildung wendet sich einer von ihnen schließlich an den Professor und fragt: Sie sind doch ein kluger Mann. Sie können uns sicher sagen, wie es denn nun richtig heißt: mir oder mich. - Der Professor erwidert: Das kommt darauf an. - Der Möbelpacker ist enttäuscht: Ick seh' schon, Sie wissen's och nich.

Für den Punkt 1 dieses Antrags - etwa 90 % des Textes, die Große Anfrage im Antragspelz - wird das wahrscheinlich die Antwort sein: Es kommt darauf an - darauf, von welcher Kommune die Rede ist und um welche Träger und Betriebe es sich handelt.

Es ist nicht meine Aufgabe, die Landesregierung zu verteidigen, dennoch fehlt es mir ein wenig an Phantasie, mir vorzustellen, wie solche Anfragen zu beantworten sein könnten. Auch finde ich es richtig, dass diese Entscheidungen zum großen Teil in den Kommunen getroffen werden.

Aber worauf kommt es denn eigentlich an? - Auf den Punkt 2: die Forderung, das Land möge gegenüber den Kommunen die Rahmenbedingungen verbessern. Das ist richtig, wenn auch sehr wenig konkret. Die Oppositionsparteien haben hier vielfach und erfolglos versucht, die Regierungsparteien zu überzeugen, dass die Erhöhung des Kita-Betreuungsschlüssels - die einzige bildungspolitisch relevante Maßnahme der Landesregierung in dieser Legislaturperiode - nicht ausreicht, die Qualität der Kindertagesstätten spürbar zu verbessern. Unser Betreuungsschlüssel ist im Bundesvergleich immer noch ziemlich miserabel. Die Mittel zur Sprachförderung decken nicht den Bedarf, die Kita-Leiterinnen erhalten für die Verwaltungsarbeit

zu wenig Freistellung - alles Punkte, bei denen die Koalition bislang keinen weiteren Handlungsbedarf sieht. In der Kritik daran sind wir uns mit der FDP-Fraktion einig.

In der Landeshauptstadt Potsdam drohen die Kita-Träger im Streit um die Finanzierungsrichtlinien der Stadt derzeit mit juristischen Mitteln. Das Rathaus will die Qualitätsparameter einsparen. Qualitätsorientierte Arbeit - so kontern die Träger - sei so nicht mehr möglich. Natürlich hat das etwas mit dem Land zu tun.

Ich freue mich, dass selbst Sie, liebe Kollegin Lieske, sich bereits bei der FDP-Fraktion dafür bedankt haben, dass dieses Thema eingebracht wurde. Diesem Dank schließe ich mich gern an. Aus unserer Sicht ist es jedoch wichtig, dass bei dieser Kindertagesstätten-Debatte der Fokus auf der Qualität bleibt. Es geht um die Kinder in der für sie und für ihre gesamte Entwicklung wahrscheinlich sensibelsten Phase. Es geht darum, sie ernst zu nehmen und mit ihnen zu sprechen. Natürlich entscheidet der Betreuungsschlüssel darüber, ob das gelingt. Elterliche Erwerbstätigkeit wird dann auch leichter. Im Kern geht es aber um die Kinder und darum, dass sie früh lernen, ob es „mir“ oder „mich“ heißt.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Münch setzt die Aussprache für die Landesregierung fort.

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion beantragt einen Bericht über bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Eine hundertprozentige Kinderversorgung kann wohl niemand allen Ernstes wollen. Das wäre eine Kita-Versorgung über 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr. Frau Große hat bereits gesagt, dass das nicht das Ziel ist, auf das wir hinarbeiten.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung sind im Kita-Gesetz geregelt. Das Kita-Gesetz verpflichtet die Träger, bedarfsgerechte Öffnungszeiten anzubieten, die den Lebensrhythmus der Kinder, die Arbeitszeiten und Bedürfnisse der Eltern sowie Schul- und Ferienzeiten berücksichtigen. Die Verpflichtung zur Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebotes richtet sich an die Kreise und kreisfreien Städte sowie an die Gemeinden, die genau diese Aufgaben übernommen haben. Diese dezentrale Verantwortungsstruktur - auch darauf hat Frau Große hingewiesen - ist ein hohes Gut, ebenso die Autonomie, die die Kommunen dort tatsächlich haben, und dass sie selbst über ihre Bedürfnisse vor Ort am besten Bescheid wissen.

Die Betreuungsbedarfe sind zeitlich und fachlich so unterschiedlich wie die Familien. Zudem sind sie beispielsweise in Städten anders als in ländlichen Räumen. Aus diesem Grund hat das Land keine konkrete Planungsverantwortung. Für die Bereitstellung von Kita-Plätzen ist nämlich nicht das Land zuständig, sondern die Kreise und kreisfreien Städte. Das Land fördert die Plätze, die zur Verfügung gestellt werden. Das Land mischt sich jedoch nicht ein, wo welche Kita mit welchem Umfang tatsächlich benötigt wird.

Natürlich reagieren wir auf den sich verändernden Betreuungsbedarf und bewegen uns dabei auch bis an die Grenze des finanziell Machbaren. Dass diese Grenzen eng gesteckt sind, wissen auch die Damen und Herren Landtagsabgeordneten der FDP-Fraktion. Jedoch ist nicht alles so schlecht, wie es manchmal dargestellt wird, und zwar auch nicht bei Ihnen in der Uckermark, auf die Sie sich immer gern berufen. Ich glaube, in der Uckermark läuft vieles schon sehr gut.

(Bischoff [SPD]: Ja!)

Das zeigt eine Meldung aus einem Programmtipp von Uckermark TV, wofür ich damit keine Werbung machen möchte. Dann wird die 24-Stunden-Kita in Prenzlau vorgestellt, die eine Kita für Schichtarbeiter ist. Insofern gibt es das, was Sie sich wünschen, vor Ort schon längst. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Antragsteller erhält das letzte Wort. - Herr Büttner, bitte.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, Frau Ministerin, so ist es. In der Uckermark wurde dies von den Fraktionen der CDU und FDP mit den Stimmen der SPD-Fraktion durchgesetzt. So kann es funktionieren, wenn man sich beteiligt, Frau Ministerin.

(Bischoff [SPD]: Das hat lange gedauert! - Beifall FDP)

Nun will ich noch auf wenige Punkte eingehen: Frau Kollegin Lieske, die Bertelsmann Stiftung hat davon gesprochen, dass die Quote der betreuten Kinder in Brandenburg gut ist. Die Bertelsmann Stiftung sagte aber auch, dass die Betreuungsrelation schlecht ist. Brandenburg liegt auf einem der hintersten Plätze in der Bundesrepublik. Insofern gibt es durchaus deutliches Entwicklungspotenzial nach oben.

(Frau Lieske [SPD]: Das kennen wir!)

Ich habe mir vorgenommen, mich jetzt nicht aufzuregen, aber Sie, Frau Große, machen mir dies unmöglich. Rahmenbedingungen - das heißt, es gibt einen Rahmen, in dem man sich bewegen kann.

(Frau Große [DIE LINKE]: Genau!)

Wo das eine komplette Verstaatlichung und ein kompletter staatlicher Eingriff in alle Regelungen des täglichen Lebens von Familien sein soll, erschließt sich mir nicht. Das ist jedoch wahrscheinlich die Denkweise der Linken, meine Damen und Herren. Es tut mir leid, aber ich kann es nicht anders sagen.

(Beifall FDP)

Wieso von staatlicher Seite betreut? - Wir haben doch viele freie Träger im Land. Ich hätte sogar gern noch mehr freie Träger im Land.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Sie regen sich ja doch auf!)

- Ja, Frau Wöllert, die hätte ich gern.

(Zuruf der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

Ich habe aber auch nichts gegen kommunal getragene Kitas. Schließlich möchte ich nur, dass es eine Lösung für diejenigen gibt, die unter anderem im Schichtdienst arbeiten und nicht rechtzeitig zu Hause sind. Auf diese Frage haben Sie keine einzige Antwort gegeben, Frau Große, außer, dass Sie gesagt haben: Kümmert euch doch selbst darum. - Mich wundert wirklich, dass das von den Linken kommt. Dabei glaube ich nicht, dass das vertauschte Rollen sind, Frau Kollegin Große. Vielmehr geht es darum, wie wir die Fragen der Menschen in diesem Land beantworten

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Ja! - Frau Wehlan [DIE LINKE]: Die sind beantwortet!)

und wie wir darauf antworten, dass Kinder betreut werden müssen. Ich möchte auch nicht, dass Kinder ständig von Erzieherinnen und Erziehern staatlicher Einrichtungen oder Einrichtungen freier Träger betreut werden, sondern, dass sie möglichst viel Zeit in der Familie verbringen. Die Lebenssituation und die Realität sind jedoch anders. Davor können Sie entweder die Augen verschließen oder sich dem stellen. Wenn Sie sich dem stellen, müssen Sie jedoch die Rahmenbedingungen verändern.

(Zuruf der Abgeordneten Wehlan [DIE LINKE])

Das bedeutet nicht, dass die staatliche Intervention bis in die letzte Minute der Familie geht, meine Damen und Herren. Meines Erachtens ist es sinnvoll, diesen Rahmen endlich zu setzen und die Fragen der Menschen zu beantworten. Ich nehme zur Kenntnis, Frau Große, dass Sie

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Wir haben doch schon eine 24-Stunden-Kita in Jüterbog!)

und Ihre Fraktion das offensichtlich nicht wollen. Das finde ich schade. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt gelangt, und ich stelle den Antrag der FDP-Fraktion - Kinderbetreuung bedarfsgerecht gestalten -, der Ihnen in der Drucksache 5/4052 vorliegt, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei einer Reihe von Enthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Verbesserung der Krankenhaushygiene

Antrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/4051
(Neudruck)

Der Abgeordnete Schierack beginnt die Debatte für die CDU-Fraktion.

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Ministerin! Aufgrund verschiedener Ereignisse im Bereich der Krankenhaushygiene im letzten Jahr haben viele fachliche, aber auch politische Entscheidungsträger einen Handlungsbedarf im Bereich Krankenhaushygienemanagement erkannt und ein Gesetz im Bundestag und im Bundesrat zur Abstimmung gebracht. Somit ist das sogenannte Infektionsschutzänderungsgesetz seit dem 4. August 2011 in Kraft, und die Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention, kurz KRINKO genannt, und die des Robert-Koch-Institutes haben jetzt erhöhte Verbindlichkeit. Die Länder sind nun verpflichtet, bis zum 31.03.2012 eigene Hygieneverordnungen zu erlassen. Unter anderem sollen darin die personelle Ausstattung, die Transparenz, die Meldepflichten, aber auch die Antibiotika-Behandlungen geregelt werden.

Nach meinen Kenntnissen erarbeiten die Bundesländer zurzeit eine sogenannte Musterhygieneverordnung, und auch die Landesregierung Brandenburg arbeitet nach Auskunft von Herrn Rühmkorf im Gesundheitsausschuss an einer solchen Verordnung.

Jetzt werden Sie sich vielleicht fragen: Warum dann dieser Antrag?

(Ja! bei SPD und DIE LINKE)

Ich habe mir gedacht, dass das kommt; deswegen antworte ich gleich darauf. Wenn Sie den Antrag richtig lesen, werden Sie sehen: Es ist ein flankierender Antrag, es ist ein unterstützender Antrag, und er gibt Hinweise auf die bestehenden Probleme, wenn wir diese Verordnung erstellen.

(Frau Lehmann [SPD]: Nein!)

So möchte ich ihn verstanden wissen. Deswegen möchte ich zu einzelnen Punkten in diesem Antrag gern Stellung beziehen.

Zu erstens: Wir begrüßen den Vorstoß der Bundesregierung, weil sie auf ein ernstzunehmendes Thema reagiert und damit alle politischen Entscheidungsträger der Bundesrepublik Deutschland und die Bundesländer aktiv verpflichtet, verpflichtende Maßnahmen beim Infektionsschutz vorzunehmen.

Beim zweiten Punkt, bei der Erstellung der Krankenhaushygieneverordnung, gehören nach unserer Meinung alle Fachleute aus dem Gesundheitsbereich in Brandenburg an einen Tisch, um eine sinnvolle Verordnung in diesem Land zu gewährleisten. Dazu gehören die Landeskrankenhausgesellschaft, die Landesärztekammer, aber auch die Kassen. Ich habe sie angerufen; sie haben bisher keine Einladungen bekommen. Ich kann nur an Sie appellieren, mit diesen Fachgremien zu sprechen. Dazu gehört auch, eine Antibiotikaresistenzstrategie mit detaillierten Handlungsanweisungen, bei schweren Fällen sogar mit einer Dokumentation zur Verminderung von Antibiotikaresistenz, zu entwickeln. Da, meine ich, gehört auch die Landesapothekerkammer durchaus dazu.

Warum ist es wichtig, diese Experten an den Tisch zu holen? - Ich sage zu drittens: Ja, es gibt besondere Probleme in Bran-

denburg, die anders sind als in anderen Bundesländern, und es wird massive Probleme bei der Besetzung mit zusätzlichem Personal bei Hygienefachkräften und Hygieneärzten geben, wenn wir diesen KRINKO-Empfehlungen nachgehen. Der Markt in Brandenburg und in der Bundesrepublik Deutschland ist praktisch jetzt schon leergefegt. Schon jetzt gibt es kein Krankenhaus in Brandenburg, das einen Hygienearzt hat, geschweige denn einen mit einer vollen Weiterbildungsberechtigung. Große Kliniken in Brandenburg halten sich über Wasser, indem sie Mikrobiologen den Auftrag erteilen, aber sie haben nicht die volle Weiterbildungsberechtigung.

Hinzu kommt, dass der Facharzt für Hygiene für junge Menschen ein sehr uninteressanter Beruf ist, weil er in Formalismus und Bürokratismus förmlich ertrinkt. Auch da gilt es, Attraktivität zu schaffen.

Außerdem, meine Damen und Herren - auch das ist eine Besonderheit in unserem Land - haben wir keinen direkten Zugriff auf eine medizinische Fakultäten - weil wir keine haben -, die den Output von Hygienikern vergrößern könnte. Wenn Sie bedenken, dass von den 35 deutschen Universitätskliniken nur 12 noch ein Hygieneinstitut haben, dann wissen Sie, was für eine Aufgabe das bedeutet. Wenn es im nächsten Jahr so sein wird, dass es in allen Bundesländern Hygieneverordnungen gibt, wird es einen harten Wettbewerb um diese Hygieniker geben. Sie können sich vorstellen, wie Brandenburg dabei aussehen wird. Kleinere Krankenhäuser werden dann noch viel größere Probleme haben.

Während die Fortbildung zum sogenannten hygienebeauftragten Arzt möglicherweise in diesem Land schaffbar ist, glaube ich aber, dass die Weiterbildung zur Hygienefachkraft, also dem pflegerischen Beruf, in dieser kurzen Zeit quasi unmöglich ist. Es gibt in Brandenburg, meine Damen und Herren, keine einzige medizinische Fachschule, die Hygienekräfte ausbildet. Auf Bundesebene existieren äußerst eingeschränkte Kapazitäten. Die Ausbildung von Hygienefachkräften ist meiner Meinung nach aber Landesaufgabe.

Deshalb fordert der Antrag - Sie haben es gelesen - personelle und sachliche Unterstützung. Damit ist nicht einfach Geld gemeint, damit ist auch nicht gemeint, die Logik von Krankenhausfinanzierung und Kassenfinanzierung außer Kraft zu setzen, das will ich hier deutlich sagen. Damit ist insbesondere Unterstützung bei der Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten für das Hygienepersonal gemeint. Es fehlen Dozenten, und es fehlt in Brandenburg ein abgestimmtes Kurrikulum.

Das Gesundheitsministerium könnte unter anderem, wenn es um die personelle und sachliche Unterstützung geht, dahin wirken, dass die volle Weiterbildungszeit für den Facharzt für Hygiene und Umweltmedizin durch partielle Weiterbildungsberechtigungen in den Bereichen stationärer und ambulanter Mikrobiologie in Praxen und Gesundheitsämtern möglich ist. Das wäre einmal ein revolutionärer und innovativer Ansatz, zu dem sich das Land, aber auch die Landesärztekammer bekennen müsste.

Die Landesregierung könnte, wenn es um die personelle und sachliche Unterstützung geht, durchaus regionale Netzwerke unterstützen, um die Bekämpfung von multiresistenten Erregern zu minimieren. Sie könnte, wenn sie das nicht tut, zumindest an bundesweiten Netzwerken teilnehmen, zum Beispiel am KISS.

Das Land ist als Nächstes gefordert, meine Damen und Herren, wenn es um die baulichen und technischen Voraussetzungen unserer Kliniken geht. Wir sind gut dabei, aber es wird höhere Anforderungen geben. Wir sind im Land und in den Kommunen verantwortlich für unsere Gesundheitsämter. Auch die werden eine höhere Verantwortung haben, wenn es um die Kontrollfunktion geht. Es wird auch darum gehen, personell und finanziell besser aufgestellt zu sein. Dies könnte die Landesregierung in einem sogenannten Aktionsplan Krankenhaushygiene bündeln, um mit all den Akteuren all die Vorschläge, die ich gerade genannt habe, zu besprechen. Da kann es auch um die Förderung einer Image- oder Informationskampagne gehen. Es kann auch darum gehen, offene Finanzierungsfragen zu klären.

Was bedeutet das? - Sie wissen, wenn die Qualität in den medizinischen Einrichtungen personell als auch qualitativ erhöht werden muss, wenn es zur Veröffentlichung von Qualitätsberichten kommt, dann wird es auch für die medizinischen Einrichtungen deutlich teurer werden. Dies muss sich doch für eine kurze Zeit und im Einzelfall auch in den Pflegeverhandlungen mit den Kassen und Krankenhäusern irgendwie widerspiegeln, meine Damen und Herren. Da hat die Landesregierung eine Kontrollfunktion, da muss sie auch Farbe bekennen.

All das, was ich Ihnen gerade genannt habe, mit all den Problemen, wird seine Zeit brauchen. Deshalb bitten wir, in der Verordnung von einer langen Übergangsregelung, die vom Gesetzgeber her möglich ist, also bis zum 31. Dezember 2016, auch Gebrauch zu machen.

(Frau Lehmann [SPD]: Das ist alles geregelt!)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt viele gute Gründe, sich mit unserem Antrag auseinanderzusetzen. Aber der Weg - das wissen Sie - wird mühsam und aufwändig sein, wenn wir diese Hygieneverordnung umsetzen wollen. Eins müssen Sie wissen: Je mehr alte und multimorbide Menschen wir in unseren Krankenhäusern versorgen, desto mehr nosokomiale, also krankenhausbedingte Infektionen und Multiresistenzen wird es geben. Glaubt man den Mikrobiologen, so sind leider immer noch 60 % unserer nosokomialen Infektionen auf das Krankenhausreservoir zurückzuführen. Sie werden weiterhin schlecht behandelbar sein. Aber die gute Botschaft lautet: Wenn wir streng und konsequent die Hygieneordnung einhalten, werden die Krankenhausinfektionen um 40 % zurückgehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Lehmann spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Lehmann (SPD):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Infektionskrankheiten sind weltweit die häufigste Todesursache. In Deutschland starben 2006 über 40 000 Personen an den Folgen einer Infektion. Zwischen den Jahren 2002 und 2006 stieg die Zahl der Sterbefälle mit einer Infektion als Todesursache in Deutschland um 14 %. Eine Begründung für diese Steigerung liegt in der Zunahme antimikrobieller Resistenzen bei Bakterien begründet. Zentrales Ziel muss also die Reduzierung und Verminderung der Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen durch einen sachgerechten Einsatz

von Antibiotika und eine konsequente Anwendung der Infektionshygiene sein. Hier steht das Gesundheitswesen vor einer großen Herausforderung. Der Antrag der CDU wird dieser Herausforderung leider nicht gerecht. Im zuständigen Fachausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz am 07.09.2011, also vor wenigen Tagen, hat das Ministerium genau zu dieser Thematik einen schriftlichen Bericht vorgelegt. Meine Kritik an diesem Antrag ist, dass der Bericht der Landesregierung lediglich in Antragsform gepresst wurde und der CDU-Antrag somit keinerlei Mehrwert besitzt. Somit läuft dieser Antrag ins Leere. Da die Landesregierung längst an diesem Thema arbeitet, kommt die CDU mit diesem Antrag leider zu spät.

Was ist geschehen, und was tut sich? - Das Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und anderer Gesetze ist zum 04.08.2011 in Kraft getreten und befindet sich bereits in der Umsetzung. Das Ministerium erarbeitet derzeit eine Krankenhaushygieneverordnung.

Basis ist eine Rahmenverordnung, die aktuell in der Arbeitsgruppe Infektionsschutz der Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden unter Beteiligung aller Länder erarbeitet und abgestimmt wird, um hier ein einheitliches Vorgehen in Deutschland zu gewährleisten.

In der Krankenhaushygieneverordnung werden den Krankenhäusern personelle Strukturen und Standards für den Bereich Infektion, Prävention und Hygiene vorgegeben. Die Verpflichtung der Leiter von Krankenhäusern und Einrichtungen für ambulantes Operieren, Daten zu Art und Umfang des Antibiotikaverbrauchs fortlaufend aufzuzeichnen, werden in § 23 des Infektionsschutzgesetzes geregelt und nicht - wie im Antrag suggeriert - in der Krankenhaushygieneverordnung.

Im Hinblick auf die erforderliche Ausstattung mit Fachpersonal sieht das Infektionsschutzgesetz eine Übergangsfrist bis Ende 2016 vor. Es ist beabsichtigt, die fachlichen Anforderungen an die Ausbildung von Hygienefachkräften durch das Fachministerium zu regeln, um entsprechenden Bildungsträgern eine Handlungsgrundlage zu geben. Personal- und Sachkosten werden zwischen Krankenhäusern und Kostenträgern ausgehandelt. Der Antrag der CDU spiegelt den Bericht der Landesregierung wider und ist somit entbehrlich. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Beyer spricht für die FDP-Fraktion.

Beyer (FDP):*

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die meisten von Ihnen kennen das: Der Zuschnitt der Zuständigkeiten und die Mitgliedschaft in den Ausschüssen führen gelegentlich dazu, dass man zu Themen sprechen muss, bei denen man sich gar nicht als Fachmann fühlt. Das ist kein Problem. Als Abgeordneter ist man dann aufgerufen, sich bei Kolleginnen und Kollegen, die davon etwas verstehen, oder im erweiterten Raum kundig zu machen. Ergebnis ist, dass man am Schluss ein Konzept hat, nach dem man dann die entsprechende Position vorträgt.

Aber liebe Kollegin Lehmann, bei aller persönlichen Sympathie, ich habe mich gerade bewusst dazu entschlossen, das Konzept zur Seite zu legen. Von mir kam in der letzten Ausschusssitzung der Antrag, sich damit zu beschäftigen und den Sachstand zu erfragen. In der Tat hat der Staatssekretär dazu einige Ausführungen gemacht. Ich kann nicht erkennen, dass der Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion in irgendeiner Form nur diese Punkte aufgenommen hat. Der Antrag unserer Fraktion gibt Empfehlungen. Ich sage ausdrücklich: Nach den Ausführungen von Prof. Schierack habe ich den Eindruck, dass aus tiefer praktischer Kenntnis der Probleme heraus Empfehlungen gegeben wurden, wie die notwendigen Arbeiten, die anstehen - die Landesregierung hat gesagt, sie stellt sich ihnen - zu erledigen sind. Ich als jemand, der kein Fachmann ist, halte das für einen wertvollen Beitrag. Nur darum ging es.

Ich kann beim besten Willen nicht verstehen, dass Sie das Argument anführen, es sei sowieso alles beabsichtigt.

(Frau Lehmann [SPD]: Es steht im Bericht!)

Sie sagten ja, der Antrag gehe Ihnen nicht weit genug. Stellen Sie doch einen Änderungsantrag. Dann erweitern wir den Antrag, und dann haben wir vielleicht einen noch besseren Antrag. Bei aller Liebe, aber dass Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, weil sowieso alles in Planung sei, seien diese wertvollen Beiträge eines Praktikers nicht zu berücksichtigen, zumindest nicht in der Form, dass Sie dem Antrag zustimmen, ist mir nicht eingängig.

Ich habe auf mein Redekonzept verzichtet. Ich hätte vieles von dem, zum Beispiel die Zahlen, die Sie erwähnt haben, auch vorgetragen. Das war entbehrlich. Ich hoffe, dass wir in der weiteren Befassung irgendwie zu einem Verfahren kommen, in das die wertvollen Hinweise der Praxis implementiert werden.

(Beifall FDP - Frau Lehmann [SPD]: Wir sind alle Praktiker!)

Präsident Fritsch:

Ein Überweisungsantrag war das nicht. Also setzen wir mit dem Beitrag der Abgeordneten Wöllert fort. Sie spricht für die Linksfraktion.

Frau Wöllert (DIE LINKE):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht kann ich ein wenig zur Aufklärung beitragen. Vielen Dank, Herr Prof. Schierack, dass Sie uns erklärt haben, warum Sie diesen Antrag gestellt haben. Es ist so, wie ich es vermutet habe: Sie brauchen als schwarz-gelbe Regierung in der Bundesrepublik ein Erfolgserlebnis. Wir sollen sagen: Hier ist mal eine Entscheidung gut gewesen. - Das sagen wir in dem Fall auch. Das Infektionsschutzgesetz trägt den Anforderungen, die Sie hier fachlich erläutert haben, in vollem Umfang Rechnung. Wenn Sie auf diese Bestätigung Wert legen, dann sollen Sie sie von dieser Stelle aus bekommen. Das Ministerium hat Ihnen diese Bestätigung im Bericht schon schriftlich gegeben. Auch Sie haben gesagt, dass damit jetzt bessere Grundlagen vorhanden sind, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Nun komme ich auf das zurück, was der Ministerpräsident heute Morgen in der Aktuellen Stunde gesagt hat; denn dieser

Antrag ist dafür ein gutes Beispiel. Er hat sinngemäß gesagt: Die Aufgabe der Opposition ist es, die Regierung zu treiben und auch zu kritisieren. Ich finde, das ist total richtig. Genau das tun Sie mit dem Antrag jedoch nicht. Sie laufen hinterher, weil die Regierung schon längst gehandelt hat. Das ist es, was auch Frau Lehmann meinte; das macht Ihren Antrag überflüssig. Ich versuche, Ihnen das noch einmal zu erklären.

Kollege Beyer, natürlich waren das wertvolle fachliche Hinweise von Prof. Schierack zur Wirkungsweise der Keime und Erreger, aber der Unterschied zwischen Gesundheitspolitik und Medizin ist, dass Medizin heilt und Gesundheitspolitik den Rahmen für gute Chancen schafft. Das ist eben nicht das Gleiche.

Ich möchte kurz auf Ihren Antrag eingehen. Der Punkt 1 im Antrag der CDU-Fraktion - die gewünschte Bestätigung - hat sich erledigt. Es handelt sich um ein gutes Gesetz.

Punkt 2: Die Landesregierung soll zügig in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren die geforderte Krankenhaushygieneverordnung, inklusive einer Regelung zur Beseitigung von Mängeln sowie Handlungsanweisen zur Verminderung von Antibiotika-Resistenzen, erarbeiten. Ich verweise darauf, dass die Regelungen zu Antibiotika-Resistenzen in § 23 Abs. 4 Infektionsschutzgesetz enthalten sind. Diese Regelungen erübrigen sich also von Landesseite.

Zudem kann ich sagen: Eine Antwort auf Ihre Kleine Anfrage haben Sie bereits erhalten; diese spiegelt sich übrigens in Ihrem Antrag wider. Schauen Sie es sich an, sie entspricht inhaltlich, teilweise wörtlich der Begründung Ihres Textes.

Zum Punkt 3: Das Land solle die medizinischen Einrichtungen hinsichtlich der Schaffung der notwendigen, sächlichen und personellen Voraussetzungen unterstützen, bei möglichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Gewinnung und zeitnahen Schulung von Personal helfen und Übergangsfristen einräumen. Sie selbst haben es gesagt: Die Übergangsfrist ist bundesgesetzlich bis zum 31.12.2060 geregelt. Diese Regelung kann und darf die Landesregierung überhaupt nicht unterlaufen. Auch das erübrigt sich also.

In Punkt 4 schreiben Sie:

„Über die Umsetzung ... wird der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz jährlich einmal informiert.“

Dazu brauchen wir keinen Landtagsbeschluss. Das können Sie jederzeit auf die Tagesordnung des Fachausschusses setzen. Die Begründung dafür, dass sich Ihr Antrag erübrigt, lautet: Die Landesregierung ist schlicht und einfach schon weiter.

(Senftleben [CDU]: Wo bleibt der Applaus? - Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Nonnemacher spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):*

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nosokomiale Infektionen, Herr Senftleben, sind Infektionskrankhei-

ten, die im Zusammenhang mit medizinischen Maßnahmen auftreten. Drei Viertel der verursachenden Krankheitserreger werden von den Patienten mitgebracht. Das heißt, sie besiedeln Haut, Nasen-Rachen-Raum oder Darm. Ein Viertel wird meist in Krankenhäusern oder Pflegeheimen durch Hygienefehler auf primär nicht besiedelte oder infizierte Patienten übertragen. Das Risiko, an einer nosokomialen Infektion zu erkranken, ist ...

(Unruhe im Saal - Glocke des Präsidenten)

Ich finde es ein bisschen ärgerlich: Ich glaube, von allen 88 Abgeordneten hier in diesem Hohen Hause bin ich diejenige, die fachlich am meisten zu diesem Thema beizutragen hat. Wenn überhaupt ein Interesse an dem Thema Krankenhaushygiene bestehen sollte, fände ich es angebracht, ein bisschen besser zuzuhören.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt DIE LINKE und SPD)

Das Risiko, an einer nosokomialen Infektion zu erkranken, ist bei Multimorbidität, hohem Alter, Immunschwäche aufgrund von Tumorleiden, langjähriger Zuckerkrankheit, bei Dialysepatienten oder bei Vorhandensein von Fremdmaterial wie Beatmungstuben und Blasenkathetern drastisch erhöht. Nosokomiale Infektionen werden dadurch aggraviert, dass wir weltweit einen krisenhaften Anstieg von multiresistenten Keimen verzeichnen: MRSA - Methicillin-resistenter Staphylococcus aureus - ist zum Synonym für diese Resistenzentwicklung geworden.

Inzwischen beschäftigen wir uns aber mit einer Vielzahl von Problemkeimen. Manche sind gegen alle herkömmlichen Antibiotika resistent. Für Gesunde sind die meisten dieser Keime kein wirkliches Problem - der Mensch setzt sich täglich mit mehr als 200 verschiedenen Erregern auseinander. Eine Gefahr stellen diese Problemkeime für die multimorbiden abwehrgeschwächten Hochrisikopatienten dar, die in unserem Gesundheitswesen einen immer breiteren Raum einnehmen. Die Ursache für die dramatische Zunahme multiresistenter Erreger liegt im übermäßigen und falschen Gebrauch von Antibiotika. Europäische Vergleiche belegen eindrucklich, dass hohe Verbrauchsdaten von Antibiotika wie in Südeuropa mit einer starken Ausbreitung multiresistenter Keime einhergehen. Ungezielte „Schrotschuss“-Behandlungen, sinnlose Antibiotikaphylaxen, Unterdosierung, auch massenhafter Einsatz von Antibiotika in der Tiermast und der unkritische Einsatz von Reserveantibiotika bei banalen Infekten verschärfen die Situation. 75 % aller Antibiotikaverordnungen erfolgen übrigens im ambulanten Bereich.

Warum hole ich so weit aus? Weil ich eindringlich vor dem Irrglauben warnen möchte, unsere Probleme mit nosokomialen Infektionen und Problemkeimen wären dadurch aus der Welt geschafft, dass pflichtvergessene, schlampige Krankenschwestern oder Klinikärzte mittels Hygieneplänen endlich dazu gebracht würden, sich ordentlich die Hände zu desinfizieren. Ich will das Problem der hygienischen Händedesinfektion damit nicht banalisieren oder gegen Hygienefachkräfte und Hygienekrankenhaushygienepläne sprechen - natürlich brauchen wir die auch. Wir brauchen aber vor allem einen umfassenden, sektorenübergreifenden Ansatz für eine nachhaltige Infektionsprävention.

An den Schnittstellen zwischen ambulantem Sektor, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern muss im Sinne des Netzwerk-

gedankens wesentlich enger zusammengearbeitet werden. Gerade da bleibt das Bundesgesetz lückenhaft. Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen werden nicht wie Arztpraxen, Tageskliniken oder Krankenhäuser in die Pflicht genommen, notwendige Maßnahmen zur Vermeidung nosokomialer Infektionen zu treffen, aber gerade dort werden immer mehr der beschriebenen Hochrisikopatienten letztendlich versorgt.

Dänemark und die Niederlande haben gezeigt, dass mit einer konsequenten und national einheitlich umgesetzten Isolierung und Behandlung von MRSA-Patienten große Erfolge erzielt werden können. Dafür müssen aber ganz erhebliche Ressourcen des gesamten Gesundheitssystems aufgewendet werden.

Mir wird gerade angezeigt, dass ich zum Ende kommen muss.

Das am 04.08.2011 in Kraft getretene Bundesgesetz greift zu kurz und ist lückenhaft. Die den Ländern auferlegte Pflicht, eine eigene Hygieneverordnung aufzulegen, wird in Brandenburg umgesetzt. Den vorliegenden Antrag halten wir für entbehrlich.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Tack spricht für die Landesregierung.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Prof. Schierack, offensichtlich war unser schriftlicher Bericht eine gute Vorlage, um Sie noch einmal initiativ werden zu lassen, diesen Antrag zu schreiben, der uns in die Lage versetzt, heute noch einmal über dieses ernste Thema zu sprechen. Vielen Dank, Frau Nonnemacher! Sie hat noch einmal deutlich auf die gesundheitlichen und medizinischen Aspekte hingewiesen.

Herr Prof. Schierack, alle Rednerinnen und Redner sind darauf eingegangen, dass das Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze am 04.08.2011 in Kraft getreten ist, und die inhaltlichen Schwerpunkte sind noch einmal dargestellt worden. Zwei Punkte will ich herausgreifen:

Zum einen finde ich es völlig richtig, dass die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts, die eine Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention haben, höhere Rechtsverbindlichkeit erhalten als bisher und dass die Leiterinnen und Leiter der Krankenhäuser diese auch verbindlich umzusetzen haben.

Als ein Zweites - ergänzend zu dem, was bisher dargestellt worden ist - will ich sagen, dass die Ausbrüche von Krankenhausinfektionen zukünftig von den Gesundheitsämtern der Landkreise und kreisfreien Städte über unsere Abteilung beim Landesumweltamt dem Robert-Koch-Institut zu melden sind. Das hat damit zu tun, dass dann eine zentrale Datenerfassung gewährleistet werden kann, und das ist ein großer Schritt voraus gegenüber der gegenwärtigen bundesweiten Situation.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber zunächst noch einmal feststellen, dass die Situation des Infektionsschutzes in den Krankenhäusern bei uns im Land Brandenburg bisher

schon als gut einzuschätzen ist. Ich habe darüber hier im Parlament schon des Öfteren informiert. Unserem Ministerium sind in den letzten Jahren keine schwerwiegenden Hygienemängel bekannt geworden. Größere Ausbruchsgeschehen in den Krankenhäusern, die nach dem Infektionsschutzgesetz schon jetzt meldepflichtig waren, sind nicht übermittelt worden - das heißt, sie haben auch nicht stattgefunden.

Wir haben in unserem Krankenhausgesetz geregelt, dass die Betreiber von medizinischen Einrichtungen alle erforderlichen Maßnahmen zur Infektionsprävention zu treffen haben, und diese Verpflichtung wird überwacht, meine Damen und Herren - selbstverständlich. Die Krankenhäuser unterliegen der infektionshygienischen Überwachung durch die Gesundheitsämter.

Wir haben im Land noch mehr getan: Im Gesundheitsministerium gibt es eine Arbeitsgruppe, die die Bemühungen der Krankenhäuser unterstützt und auch begleitet, und es gibt in diesem Zusammenhang schon seit mehreren Jahren die Arbeitsgruppe „Krankenhaushygiene“, die ein Rahmenkonzept für den Aufbau von Netzwerken zur Prävention der Übertragung multiresistenter Erreger erstellt hat. Ziel dieses Netzwerks bzw. des Aufbaus des Netzwerks ist, die Unterbrechung der Erregerzirkulation, insbesondere zwischen Krankenhäusern, Pflegeheimen und Einrichtungen der ambulanten Patientenversorgung, zu erreichen. Inzwischen sind 14 unserer 18 Landkreise bzw. kreisfreien Städte solchen Netzwerken beigetreten oder agieren gemeinsam im Verbund.

Meine Damen und Herren, die Anfang August in Kraft getretene Änderung des Infektionsschutzgesetzes befindet sich bereits in Umsetzung - das haben Sie mit unserem schriftlichen Bericht an den Ausschuss und auch im Zusammenhang mit den Ausführungen des Staatssekretärs zur Kenntnis genommen. Deshalb: Wir sind dabei, die Rahmenverordnung auszuarbeiten.

Im Übrigen: Die Datenerhebung zu Art und Umfang des Antibiotikaverbrauchs, um daraus Schlussfolgerungen hinsichtlich des Einsatzes von Antibiotika zu ziehen, wird nicht in der Krankenhaushygieneverordnung, Herr Prof. Schierack, sondern in § 23 Hygieneschutzgesetz geregelt, wonach die Leiter von Krankenhäusern und Einrichtungen des ambulanten Operierens dies sicherzustellen haben.

Noch einmal zum Fachpersonal: Ich nehme Ihre Hinweise, Herr Prof. Schierack, und die anderer, die sich damit auseinandergesetzt haben, sehr wohl mit. Zum Fachpersonal nur so viel: Das Infektionsschutzgesetz gewährt eine Übergangsfrist. Die läuft nicht bis 2060, sondern bis 2016 - das ist trotzdem eine lange Übergangsfrist für die Qualifikation einer ausreichenden Zahl von Fachkräften.

Das wird die Herausforderung unter den Bedingungen des allgemeinen Fachkräftemangels sein, auch hier Fachkräfte zu finden, die sich hier qualifizieren lassen.

Zu guter Letzt, Herr Prof. Schierack - ich komme zum Ende -: Die von Ihnen angeführten Sach- und Personalkosten werden - das haben Sie gesagt - zwischen den Krankenhäusern und den Kostenträgern verhandelt. Eine Landesfinanzierung findet hier nicht statt und wird auch künftig nicht stattfinden. Das ist der falsche Ansatz, das möchte ich in diesem Zusammenhang noch einmal unterstreichen. Die Verbesserung der Krankenhaushy-

giene im Land Brandenburg liegt uns allen am Herzen. Dazu möchte ich nur noch, da Sie es ansprachen, zwei kurze Bemerkungen machen.

Zum einen: Wir werden im Oktober eine Auftaktveranstaltung zur Fortschreibung des Krankenhausplanes in Brandenburg haben mit der Zielsetzung, ihn im Jahr 2013 zu verabschieden.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Das ist sehr gut!)

Zum anderen sind Sie hinsichtlich der Krankenhäuser darüber informiert, dass wir die Finanzierung auf eine Pauschalfinanzierung umstellen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal die CDU-Fraktion. Der Abgeordnete Schierack spricht.

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Ministerin! Ich bedaure sehr, dass Sie diesen Antrag heute nicht in der Substanz diskutiert haben und nicht auf die Ideen und das, was ich angesprochen habe, eingegangen sind und es nicht mitnehmen. Ich finde es auch nicht schön, dass Sie den breiten Dialog auf der Fachebene so beharrlich verweigern. Er hat bisher nicht stattgefunden, das ist Tatsache; und ob es die Landeskrankengesellschaft oder die Landesärztekammer sind, so würden diese gern eingeladen werden, um sich sachlich und fachlich einzubringen und in Brandenburg kein Bürokratiemonster entstehen zu lassen. Das war die Aussage dieses Antrages, und Sie verweisen auf den Bericht, den Sie im Gesundheitsausschuss vorgelegt haben. Ich denke, dass die Probleme, die Sie hineingeschrieben haben, unzureichend beschrieben sind. Da gibt es ganz andere Probleme, die ich Ihnen heute bereits klarzumachen versucht habe.

Die Antwort, die Sie auf meine Anfrage gegeben, die Sie auch zitiert haben, macht eigentlich nur deutlich, wie wichtig Transparenz und Information sind; denn der Landesregierung liegen eben nicht wesentliche Daten zu nosokomialen Infektionen und Todesfolgen in den Krankenhäusern vor. Das haben Sie selbst so beschrieben, und ich bitte Sie, bei der Wahrheit zu bleiben. Das liegt eben nicht vor. Deshalb habe ich vorgeschlagen, darüber regelmäßig im Gesundheitsausschuss zu informieren. Das ist die Wahrheit, schauen Sie bitte nach!

Sie sagen, Sie seien weiter. Andere Bundesländer sind viel weiter. Sie haben schon längst Krankenhaushygieneverordnungen auf den Weg gebracht, und manche arbeiten schon zehn bis zwölf Jahre damit.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Aber nicht die Gesetzgebung!)

- Sie haben es in Brandenburg eben nicht so nötig gehabt, meine Damen und Herren. Dazu sage ich Ihnen: Andere Länder geben dafür Geld aus, auch für Netzwerke. Schauen Sie sich in den Haushalten um. Ich habe mir andere Haushalte angesehen, auch von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

Dort gibt es Netzwerke, und es wird für die Ausbildung und für Öffentlichkeitskampagnen etwas getan. All das fehlt in Ihrem Konzept, meine Damen und Herren. Ich bin mir sicher, wir werden diese Probleme noch diskutieren. Das, was Sie hier abgeliefert haben, geht nicht auf die Sach- und Fachlage der Krankenhaushygiene ein. - Danke schön.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Damit ist die Rednerliste zum TOP 6 erschöpft. Zur Abstimmung steht der Antrag in Drucksache 5/4051, „Verbesserung der Krankenhaushygiene“. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Branchenkompetenzfelder Papier und Holz weiter aktiv unterstützen und in die Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg integrieren!

Antrag
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/4053

Der Abgeordnete Tomczak beginnt die Debatte für die FDP-Fraktion.

Tomczak (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Beschluss der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Brandenburg und Berlin haben beide Länder eine weitere Etappe der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik beschritten. Die bisher bestehenden 14 Branchenkompetenzfelder werden nun zu neuen Clustern entwickelt mit dem Ziel, die Innovationsfähigkeit der Hauptstadtregion zu stärken, das Standortprofil durch die Bündelung themenbezogener Kompetenzen zu schärfen und daraus tragfähige Strukturen zu schaffen.

Der Wandel in der Förderpolitik ist angesichts des Konsolidierungsdrucks im Haushalt und der damit verbundenen Umstellung der Förderprinzipien alternativlos. Brandenburg muss sich auf die Förderung seiner wirtschaftlichen Leuchttürme konzentrieren und daran mitwirken, dass um deren Standorte herum ein neuer wirtschaftlicher Verflechtungsraum entstehen kann. Die bereits im letzten Plenum diskutierte Innovationsstrategie ebnet diesen Weg.

In den vergangenen Jahren hat sich im Land Brandenburg eine Vielzahl neuer Unternehmen in verschiedenen Wirtschaftszweigen angesiedelt, und insbesondere auf dem Gebiet der Energietechnik sind Strukturen in der Mark gewachsen, die sich im Ländervergleich sehen lassen können. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich für die Gesundheitsbranche ab, in der der demografische Wandel und der technische Fortschritt neue wirtschaftliche Impulse im Land setzen werden. Entsprechend ist es folgerichtig, dass beide Wirtschaftszweige Eingang in diese Strategie gefunden haben.

Mit der Umstellung der Förderpolitik dürfen wir neben neuen Unternehmen und Wirtschaftszweigen bestehende und über Jahre solide gewachsene Strukturen nicht aus dem Blick verlieren. Insbesondere der Osten des Landes gehört zu den führenden Papierstandorten Deutschlands. In Schwedt ist vor einigen Jahren eine neue Papiermaschine in Betrieb gegangen; das Investitionsvolumen betrug knapp 350 Millionen Euro. Nicht zuletzt dadurch hat Schwedt seine Position als zweitgrößter Papierstandort Deutschlands untermauert. In Eisenhüttenstadt ist Anfang dieses Monats die größte Papierfabrik Deutschlands mit einem Investitionsvolumen von knapp 700 Millionen Euro eröffnet worden. Dies sind nur zwei Beispiele, die zeigen, wie innovative Techniken in der Hauptstadtregion gefördert und das Standortprofil Brandenburgs geschärft wurden. Das, meine Damen und Herren, sind Innovationen in die Zukunft des Industriestandortes Brandenburg. Es sind Investitionen für und in die hier lebenden Menschen.

Mit den getätigten Investitionen werden nicht nur neue Beschäftigungschancen eröffnet. Vor allem wird ein Ausrufezeichen für eine höhere Wettbewerbsfähigkeit gesetzt, mit der sich die Unternehmen vor allem auch an internationalen Märkten bewegen können. Mit Blick auf die Wachstumsperspektiven der Länder Osteuropas, Russlands und der asiatischen Länder benötigt Brandenburg industrielle Leuchttürme mit einem stärkeren Exportbezug als bislang, die darüber hinaus auch neue Impulse in der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft setzen können. Genau dies ist auch eine der Leitlinien der Innovationsstrategie.

Neben der Papierindustrie verfügt Brandenburg über hervorragend aufgestellte Unternehmen im Bereich der Holzindustrie. Ein Hinweis dazu: Die Templiner Holzindustrie gehört zu den größten Laubholzsägewerken Europas. Die Standorte Baruth, Heiligengrabe und Pritzwalk ergänzen das Profil der Holzverarbeitenden Industrie in Brandenburg.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat den Evaluierungsbericht zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, der im Frühjahr im Wirtschaftsausschuss vorgestellt wurde, und die darin enthaltenen Einzelbewertungen zur Kenntnis genommen und gegenübergestellt. Anders als Sie bzw. auch anders als das mit der Untersuchung beauftragte Unternehmen sind wir jedoch zu dem Schluss gekommen, dass die Holz- und und papierverarbeitende Industrie trotz einiger aufgezeigter Schwächen, die sich übrigens in fast allen untersuchten Branchen gezeigt haben, auch künftig zu den strategisch wichtigen Bereichen der Brandenburger Wirtschaft gehört. Wir erkennen an, dass zumindest der Bereich Holz in der Innovationsstrategie im weitesten Sinne unter dem Begriff „nachwachsende Rohstoffe“ subsumiert worden ist.

Wir setzen uns in unserem Antrag dafür ein, dass die Inhalte der gemeinsamen Innovationsstrategie dahin gehend überarbeitet werden, dass die Wertschätzung und Förderung der Holz- und Papierindustrie innerhalb eines Clusters bzw. clusterübergreifend sichtbar werden. Wir als FDP-Fraktion sind der Meinung, dass beide Wirtschaftszweige in die Innovationsstrategie integriert werden müssen. Wir bitten Sie deshalb: Stimmen Sie unserem Antrag auf Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zu, sodass wir ihn dort weiter beraten können. - Danke schön.

(Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Hackenschmidt setzt für die SPD-Fraktion fort.

Frau Hackenschmidt (SPD):*

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! In der Bewertung der Bedeutung der in Ihrem Antrag genannten Branchen sind wir uns einig. Die Holz- und die Papierindustrie haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine beeindruckende Entwicklung genommen. Der Antrag impliziert jedoch, dass ohne Förderung die Zukunft beider Branchen in Brandenburg nicht gesichert sei. Dieser Tenor im Antrag der FDP überrascht, denn unser wirtschaftspolitisches Ziel muss doch sein, Unternehmen nicht von dauerhafter Förderung abhängig zu machen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Diese Gefahr kann ich bei Papier und Holz in Brandenburg nicht erkennen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Beide Branchen sind modern und leistungsfähig. Zweitens: Die Nichtintegration in die Cluster- bzw. Innovationsstrategie schließt Förderung nicht aus. Ich gehe davon aus, dass Sie mit den Förderkriterien in Brandenburg vertraut sind. Dann wissen Sie auch, dass Einzelfallentscheidungen bei strukturbestimmenden Unternehmen immer möglich waren und auch bleiben. Das ist bei den genannten Branchen auch sinnvoll, weil sie anders strukturiert sind als die meisten der den Clustern zugeordneten Branchen.

Beide Branchen sind klein, aber fein. In der Papierbranche sind 3 500 Beschäftigte tätig. Regionaler Schwerpunkt - Sie haben es richtig gesagt - ist Schwedt. Die Holzverarbeitende Wirtschaft in Brandenburg hat 4 200 Beschäftigte. Regionale Schwerpunkte sind Baruth und die Prignitz, und damit gehören beide zu den kleinsten Branchenkompetenzfeldern. Darüber hinaus sind in beiden Branchen keine Branchennetzwerke zustande gekommen. Als Grund geben die vom Wirtschaftsministerium beauftragten Gutachter an, dass die Unternehmen als Konkurrenten am Markt agieren. Damit sind äußerst ungünstige Voraussetzungen für die Initiierung eines Clusters gegeben.

Die bevorzugten Vernetzungsinitiativen in der Holzbranche sind kleinere, selbstgesteuerte Kooperationen, zum Beispiel innoHolz, angesiedelt an der Technischen Hochschule in Wildau mit dem Schwerpunkt Logistik, Impulsnetzwerk, modifiziertes Holz und das Kompetenzzentrum Holz in Baruth.

Also: Wir brauchen in beiden Branchen gegenwärtig einfach keinen Cluster. Dass beide Branchen nicht in der gemeinsamen Innovationsstrategie von Berlin und Brandenburg auftauchen, ist also mehr als nachvollziehbar. Hier geht es um zukunftsfähige gemeinsame Technologiefelder. Beide Branchen mögen für sich genommen innovativ sein, müssen aber deshalb nicht gleich zur nationalen Aufgabe der Hauptstadtregion erklärt werden. - Danke.

(Vereinzelt Beifall SPD und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Homeyer spricht für die CDU-Fraktion.

Homeyer (CDU):*

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Hackenschmidt hat noch einmal detailliert dargestellt, warum die Entscheidung bezüglich des Nichteinbeziehens der Holz- und Papierindustrie in die Clusterbildung gefallen ist.

Ich würde gern die Gelegenheit nutzen, uns noch einmal vor Augen zu führen, warum wir heute da sind, wo wir sind, und einen Blick zurück ins Jahr 2004 zu werfen, als die damalige Große Koalition entschied, im Zuge der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung 17 Branchen in die bevorzugte Förderung aufzunehmen. Man kann heute, in der Nachbetrachtung sagen, dass die damalige Entscheidung mutig gewesen ist; wir wissen das alle, sie ist ja auch im Zuge der Regionalen Wachstumskerne getroffen worden, um eine Konzentration der Fördermittel vorzunehmen. Im Jahre 2010 hat sich aber, nachdem wir im Landtag beschlossen haben, in der Gesamtevaluierung der Konzentration der Wirtschaftsförderung auch die Branchenkompetenzfelder zu überprüfen - das wurde anhand des Evaluierungsergebnisses klar -, gezeigt: Auch die bisherige Struktur muss weiterentwickelt werden. Also ist dies - darf ich hier feststellen - kein Systembruch, sondern die logische Konsequenz aus den Erfahrungen. Auch die Tatsache, dass die Wirtschaftsförderung aufgrund der weniger werdenden Mittel effizienter und konzentrierter erfolgen muss, ist ein Grund, aus dem die Entscheidung, die wir in der letzten Plenarsitzung und auch im Wirtschaftsausschuss diskutiert haben, die richtige ist.

Der Weg konnte deshalb nur weg von der Regionalisierung hin zur länderübergreifenden Clusterbildung führen. Das haben die Länder Berlin und Brandenburg Anfang des Jahres 2011 umgesetzt. Soweit zur Ausgangslage. Im Bericht „Stärken stärken - Wachstum fördern“ - die Evaluierung der Ergebnisse der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg vom Oktober 2010 - wurde die Sinnhaftigkeit einer weiteren Förderung der Branchenkompetenzfelder holzverarbeitende Wirtschaft und Papier infrage gestellt. Wenn man das liest, sich die Zahlen anschaut und guckt, was dort bisher geleistet bzw. nicht geleistet wurde, kommt man zu der Feststellung, dass diese Prüfungsfeststellung richtig ist.

Ich bin der Meinung, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss ständig hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit und ihres Nutzens überprüft werden. Die entsprechenden Konsequenzen daraus mögen im Einzelfall schmerzhaft sein - das ist nun einmal so -, müssen aber gezogen werden, denn die Mittel werden weniger und müssen konsequent und effizient eingesetzt werden. Nur so kann man eine Förderpolitik der dynamischen Wirtschaftsentwicklung anpassen. Wir lehnen daher den FDP-Antrag ab.

Wir sind der Meinung, beide Branchen haben in Brandenburg weder das Volumen noch die Ausstrahlungskraft, weiterhin als eigenständige Förderbranchen zu bestehen. Richtig ist auch: Die Branchen haben sich im vergangenen Jahr - insbesondere in Eisenhüttenstadt - prächtig entwickelt. Sie sind leistungsfähig, keine Frage. Das dortige Werk ist hochinnovativ, ich habe es mir angeschaut. Aber es reicht eben nicht aus, um einen Cluster in diesem Maßstab zu bilden, der dann auch den Herausforderungen gerecht werden würde.

Und, meine Damen und Herren von der FDP: Der Antrag kommt viel zu spät. Die Innovationsstrategie beider Länder wurde vor Monaten erarbeitet und im April beschlossen. Ein

nachträgliches Hineinverhandeln wird keinen Erfolg haben und bremst die gesamte Entwicklung. Trotzdem möchte ich die Branchenvertreter an dieser Stelle beruhigen: Beide Wirtschaftszweige werden auch weiterhin unterstützt. Für regionalpolitische oder strukturelle Vorgaben werden und müssen die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Das ist auch geschehen; die moderne Papierfabrik in Eisenhüttenstadt ist mit sehr viel Mitteln in hervorragender Art und Weise unterstützt worden; das hat uns auch der Geschäftsführer bestätigt. Da waren keine Unzufriedenheiten. Insofern, glaube ich, können wir es verantworten, den FDP-Antrag abzulehnen. - Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall CDU und Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Domres spricht für die Linksfraktion.

Domres (DIE LINKE):*

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die wirtschaftspolitischen Ansätze der brandenburgischen FDP erstaunen mich stets aufs Neue. Es werden Zuschüsse und Subventionen - dies auf höchstem Level und auf Dauer - gefordert.

Unser wirtschaftspolitischer Ansatz ist nachhaltig. Im Mittelpunkt steht dabei eine moderne, ökologisch orientierte Wirtschafts- und Standortpolitik. Der Wirtschaftsminister hat mit der Vorlage der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg und mit dem Bericht zur Evaluierung der Ergebnisse der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg eine neue Etappe Brandenburger Wirtschaftspolitik eingeleitet. Damit setzt der Wirtschaftsminister ein weiteres Ziel der Koalitionsvereinbarung von SPD und Linke um, in der es heißt:

„Die vorhandenen Branchenkompetenzfelder werden auf ihre Potenziale und die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren untersucht. In die Untersuchungen fließen auch aktuelle Trends der nationalen und internationalen Entwicklung von Wachstumsbranchen ein. Ziel ist es, die Branchenkompetenzfelder im Sinne einer modernen, ökologisch orientierten Wirtschafts- und Standortpolitik weiterzuentwickeln. Die Koalition wird hierfür relevante Fördermöglichkeiten des Landes überarbeiten und stärker auf diese Ziele ausrichten und schließlich eine Reduzierung der gegenwärtig 17 Branchenkompetenzfelder vornehmen.“

Genau das wird gemacht, und genau das ist auch richtig so.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es war schon damals, bei der Vorstellung der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung klar, dass die 17 Branchenkompetenzfelder nicht auf Dauer Bestand haben werden. Mit der Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderpolitik und angesichts knapper werdender Fördermittel, zum Beispiel EU-Strukturfondsfördermittel, würde durch eine Umsteuerung eine neue Qualität in der Wirtschaftsförderung erreicht werden.

Zukünftig wird nicht mehr alles Wünschenswerte möglich sein, weil schlichtweg die Mittel nicht mehr da sind. Für die Entwicklung eines Clusters muss eine Reihe von Voraussetzungen gegeben sein, welche die Branchenkompetenzfelder Holz und

Papier zum Teil nicht erfüllen; Kollege Homeyer ist darauf eingegangen. Der Endbericht über die Evaluierung der Ergebnisse der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung vom 22.10.2010 gibt einen guten Überblick über die Stärken und Schwächen beider Branchen.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Ablehnung des Antrages ist ausdrücklich keine Geringschätzung der Holz- und Papierwirtschaft in Brandenburg.

(Beifall GRÜNE/B90)

Beide Branchen verdienen für die Leistungen der letzten Jahre größten Respekt und für die Zukunft weiterhin die Unterstützung der Brandenburger Wirtschaftsförderung. Deshalb warne ich davor, die Holz- und die Papierwirtschaft schwachzureden, nur weil sie nicht als Cluster genannt sind und somit nicht mehr die Spitzenförderung bekommen. Ohne Zweifel sind die Holz- und die Papierwirtschaft wichtige Wirtschaftszweige in Brandenburg, gerade auch im ländlichen Raum, und sie werden es auch bleiben.

Wir müssen aber auch aktuelle Entwicklungen in Betracht ziehen. So hat zum Beispiel auch die Anhörung zur Biomassestrategie deutlich gemacht, dass der Markt für den Rohstoff Holz sehr umkämpft ist und Engpässe drohen. Auch der Markt für den Rohstoff Altpapier sieht nicht anders aus. Deshalb ist Ihre Position durchaus zu hinterfragen.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie beantragen, beide Branchenkompetenzfelder nachträglich in die gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg zu integrieren. Ich frage mich, wo Sie die gemeinsamen Potenziale sehen. Für Brandenburg allein - das hatte ich schon ausgeführt - hat die Papier- und Holzindustrie eine Bedeutung, und das wird, wie gesagt, auch so bleiben.

Veränderungen in der Wirtschaftsförderung sind notwendig, und deshalb müssen andere Wege als bisher gegangen werden. So können Unternehmen der Papier- und Holzwirtschaft weiterhin aus der GRWG im Rahmen des Wachstumsprogramms für den Mittelstand Unterstützung erhalten. Wenn es denn tatsächlich Vorhaben in diesen Branchen geben sollte, die nicht in bestehende Förderprogramme passen, aber überregional von großer Bedeutung für das Land Brandenburg sind, sieht das Haushaltsgesetz in § 10 die Möglichkeit von Industrieansiedlungsverträgen vor. Unternehmen, die zum Querschnittsthema Werkstoffe und Materialien an Innovationen arbeiten, können außerdem je nach der Mittelverfügbarkeit über Forschungs- und Entwicklungsförderung unterstützt werden. Ebenso sind Förderungen für den Bereich Ressourcenschonung sowie Energieeffizienz und Energieeinsparung möglich. Meine Fraktion hält aus diesen Gründen die Veränderung für angemessen und wird Ihren Antrag ablehnen.

Gestatten Sie mir eine Schlussbemerkung. Natürlich bringt jede Veränderung Unruhe und Verunsicherung. Um die Probleme und Fragen bzw. Anregungen der Papier- und der Holzwirtschaft aufzunehmen, könnte ich mir im Wirtschaftsausschuss einen Tagesordnungspunkt zur Situation der Branche vorstellen. Lassen Sie uns dazu die Diskussion im Ausschuss führen. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Vogel spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Vogel (GRÜNE/B90):

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich befürchte, dass die FDP die wesentlichen Inhalte der Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg noch nicht so richtig verstanden hat. Die zwei zentralen Schlüsselemente sind ja, dass erstens Berlin und Brandenburg als gemeinsamer Wirtschaftsraum betrachtet werden und zweitens die strikte Aufteilung der Branchen in Branchenkompetenzfelder durch eine branchenübergreifende Clusterstruktur ersetzt wird.

Ein Problem ist damit schon unmittelbar aus Ihrem Titel abzulesen. Die Integration eines Holz- und Papierclusters in die gemeinsame Innovationsstrategie wird nämlich in Berlin auf gar keine Zustimmung stoßen. Was soll denn Berlin einbringen? Ich habe zwei Grafiken der ZAB zur Holz- und Papierbranche mitgebracht. Nach diesen Abbildungen existiert in Berlin kein Sägewerk, keine Holzwerkstoffindustrie, kein Holzbau, keine Möbelindustrie, und beim Papiergewerbe ist ein ganz ähnliches Bild zu erkennen. Sollte dies jemanden überraschen, dann noch einmal zur Erinnerung: „Holz Possling“ führt zwar Holz im Namen, ist aber nicht unbedingt einem Holzverarbeitenden Cluster zuzuordnen.

Schon die bisherige Aufspaltung in fünf gemeinsame Cluster von Berlin und Brandenburg und vier brandenburgspezifische Cluster, von denen zwei auch noch um die Nachbarbundesländer Sachsen-Anhalt und Sachsen erweitert werden sollen, gibt doch eigentlich den Hinweis, dass die Grundvoraussetzung für eine gemeinsame Clusterstrategie das Interesse beider Länder an einem Wirtschaftsbereich ist, und dies ist eben im Holz- und Papierbereich leider nicht gegeben.

Im Sinne von „Schuster, bleib bei deinen Leisten“ ist also, wenn überhaupt, dann eher über die Einführung eines brandenburgspezifischen Clusters Holz und Papier zu diskutieren. Aber ehrlich gesagt - die Vorredner haben das auch schon zum Ausdruck gebracht - ist hier kein Ansatzpunkt zu erkennen. Das ergibt sich eigentlich auch aus dem Evaluationsbericht, den Sie in Ihrem eigenen Antrag erwähnen. Vielleicht hätten Sie diesen etwas genauer zur Kenntnis nehmen sollen. Darin steht nämlich ausdrücklich, dass die Branchenkompetenzfelder Holz und Papier zusammen einen Anteil von lediglich 1,48 % an der Beschäftigung der gewerblichen Industrie oder Wirtschaft in Brandenburg haben und in der Holzbranche insbesondere der Beschäftigungsanteil mit 5,6 % zwischen 2007 und 2009 sogar stärker als im Bundesdurchschnitt gesunken ist. Die Dynamik ist hier rückläufig, es ist keine Dynamik darin, und das wäre ja eine Voraussetzung dafür, dass es überhaupt zur Clusterbildung reicht.

Für das Branchenkompetenzfeld Papier wird in dem Evaluationsbericht angemerkt, dass die Verfügbarkeit von Facharbeitern in Brandenburg schlecht ist, die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten durch den Werkbankcharakter der Brandenburger Niederlassungen sehr schwach ausgeprägt sind und - das wurde auch angesprochen, und das ist auch ganz wichtig - die Konkurrenzsituation in dieser Branche Vernetzung und gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten geradezu

ausschließt. Das wäre ja nun praktisch das Grundmoment eines Clusters.

Ich möchte zusammenfassen: Beide Branchenkompetenzfelder sind nicht besonders relevant für Brandenburg. Sie sind vielleicht im Einzelnen innovativ, aber so stark denn auch nicht, und sie haben selber auch kein besonderes Interesse an einer Vernetzung und erfüllen damit die zentralen Voraussetzungen für einen Cluster nicht.

Ich muss oder kann zum Ende auch noch sagen: Die einzig nennenswerte gesamtdeutsche Vernetzung der Holzverarbeitenden Industrie der letzten Jahre, die ich mitbekommen habe, sind die Preisabsprachen gewesen, die erst vor einer Woche vom Bundeskartellamt mit einer Geldbuße von 32 Millionen Euro belegt wurden. Ich meine, das ist keine Grundlage für eine Clusterbildung, weder in Berlin noch in Brandenburg noch überhaupt. - Herzlichen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Minister Christoffers spricht für die Landesregierung.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst bei den Rednern aller Fraktionen für die einheitliche politische Aussage, was die Innovationsstrategie betrifft. Ich glaube, es ist auch eine gute Grundlage, dass sich der europäische Innovationsraum Hauptstadtregion tatsächlich entwickeln kann, und dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

(Beifall DIE LINKE)

Die Erarbeitung der Innovationsstrategie im Wirtschafts- und Europaministerium ist eingebettet gewesen in die Veränderung einer Reihe anderer strategischer Ansätze, die hier im Landtag auch schon diskutiert worden sind. Es war zum einen die Mittelstandsstrategie im Rahmen der Auszeichnung europäischer Unternehmerregionen, und das sind zum anderen selbstverständlich auch solche Ansätze wie die heute Morgen bereits debattierte Breitbandstrategie und Ähnliches.

Was ist die Zielsetzung?

Erstens: Wir werden uns nicht nur aufgrund der Mittelknappheit, sondern auch weil die Frage Qualität und Technologieorientiertheit eine der Überlebensfragen im Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg ist, selbstverständlich weiter konzentrieren müssen, um besonders innovativen und technologieorientierten Bereichen hier eine Zukunftsperspektive zu bieten.

Zweitens: Wir stricken damit auch die regionalen Ansätze neu, die sich unter anderem auch schon durch die Definition der Cluster ergeben. Also, metallverarbeitende Industrie ist eben nicht nur auf die unmittelbare Hauptstadtnähe konzentriert, sondern im Land Brandenburg verteilt.

Meine Damen und Herren! Die Analysen, die wir vorgenommen haben, machen deutlich, dass Holz und Papier die Voraussetzungen für einen Cluster nicht beinhalten. Ich darf an Folgendes erinnern: In Deutschland werden jährlich 4 Millionen t

Papier hergestellt, davon 2 Millionen t im Land Brandenburg. Um es einmal so deutlich zu sagen: Ich erwarte nicht, dass sich eine fünfte Papierfabrik im Land Brandenburg niederlassen wird.

Was den Bereich Holzverarbeitung im Sinne einer Substanzpflege und im Sinne einer Strukturförderung betrifft, wird natürlich im Rahmen des Mittelstandsprogramms, das ja clusterfrei, sektorübergreifend für alle Regionen und alle Bereiche im Land Brandenburg gilt, auch weiterhin eine Förderung für die Holzverarbeitende Industrie möglich sein. Im Rahmen einer Technologieförderung werden die Fragen Effizienz und Ressourcenschonung ganz weit nach oben gestellt. Insofern wird auch aus diesem Programmteil heraus eine Förderung möglich erscheinen.

Leider muss ich sagen - da gebe ich Herrn Vogel Recht -: Der Innovationsgrad der Holzindustrie ist gegenwärtig schwer messbar. Sollte sich hier etwas ändern, haben wir die Instrumente zur Verfügung, hier etwas zu tun. Und noch einmal: Das Mittelstandsprogramm ist natürlich auch weiterhin für die Holzverarbeitende Industrie geöffnet.

Insofern, meine Damen und Herren, gehe ich nicht davon aus, dass der Antrag der FDP zielführend ist. Wie ich den Reden der Kollegen aus den anderen Fraktionen entnommen habe, ist hier auch eine Ablehnung geplant, und das würde ich in diesem Fall auch außerordentlich unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal die antragstellende Fraktion. Herr Abgeordneter Tomczak, bitte.

Tomczak (FDP):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das nehmen wir natürlich hin. Ich hoffe, die Branchen erfahren auch von der zu erwartenden Abstimmung. Das können wir nur bedauern.

Allerdings, lieber Thomas Domres, weiß ich nicht, woraus du entnimmst, dass hier die Branchen schwachgeredet worden wären. Das kann ich unserem Antrag oder meinem Wortbeitrag nicht entnehmen. Insofern können wir nur hoffen, dass, wenn hier die Bereitschaft, die beiden Branchen in die Kompetenzfelder aufzunehmen, nicht vorhanden ist, die eigendynamische Entwicklung zeigen wird, wie stark diese Branchen sind. Dann ist das auch in Ordnung.

Ich freue mich auf der anderen Seite über das Angebot, dass wir zumindest im Wirtschaftsausschuss vielleicht einmal über die Frage reden. Dann werden wir die Sache beobachten, und es wird sicherlich noch Möglichkeiten geben, hier unserem, wie Herr Homeyer sagte, heute zu spät gekommenen Antrag irgendwann bei anderer Gelegenheit Zuspruch zu verschaffen. Ansonsten müssen wir das Mehrheitsvotum hinnehmen. Aber wir werden trotzdem an dem Thema dranbleiben. - Danke schön.

(Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Damit ist die Rednerliste zu Tagesordnungspunkt 7 erschöpft. Die FDP-Fraktion beantragt die Überweisung des Antrags in der Drucksache 5/4053, Branchenkompetenzfelder Papier und Holz, an den Wirtschaftsausschuss. Wer dem folgen möchte,

den bitte ich um Handzeichen - Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt, sodass wir zur Abstimmung in der Sache kommen. Wer dem Antrag in der Drucksache 5/4053 zustimmen möchte, den bitte ich um Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Ohne Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 7 und die heutige Plenarsitzung. Ich wünsche Ihnen in der nächsten Woche angenehme Ferien und angenehme Tage der Republik.

Ende der Sitzung: 16.01 Uhr

Anlagen

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 29. September 2011

Frage 732

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordneter Axel Vogel

- Förderung von Standortverlagerungen aus Berlin -

Am 7. Dezember 2010 beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Einwilligung in zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 66,5 Millionen Euro. So konnten neun weitere Ansiedlungsmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ durch das Land unterstützt werden. Ursache für diese nachträgliche Bewilligung war der außerordentliche Antragsandrang auf Grund der Absenkung der Höchstförderungsquote im Südwesten Brandenburgs zum Jahresende 2010. Allerdings befinden sich unter den neun Maßnahmen zwei Unternehmensverlagerungen aus Berlin, die zudem 30 % der bewilligten Verpflichtungen beanspruchten. Dies überrascht, da die Richtlinie der GRW-Förderung der gewerblichen Wirtschaft die Förderung von Verlagerungen von Betriebsstätten aus Berlin ausschließt.

Daher frage ich die Landesregierung: Aus welchen Gründen wurden Unternehmensverlagerungen aus Berlin gefördert?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers

Mitte Dezember 2010 wurden den Unternehmen airberlin technik GmbH und NextiraOne Förderungen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für die gewerbliche Wirtschaft (GRW-G) bewilligt. Diese beiden Vorhaben waren Gegenstand der Beratung über neun Ansiedlungsmaßnahmen im Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages Brandenburg um zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen Ende 2010. Es trifft zu, dass es sich bei beiden genannten Betrieben um Unternehmensverlagerungen aus Berlin handelt, die wegen erheblicher Investitionen und der Schaffung von vielen neuen Dauerarbeitsplätzen bezuschusst wurden.

Im Rahmen der Zuwendungsverfahren wurde nicht gegen die Richtlinie zur Förderung aus der GRW-G meines Ministeriums verstoßen. Die Verlagerung von Betriebsstätten aus Berlin nach Brandenburg ist nur grundsätzlich nicht förderfähig, weil die Möglichkeit von Ausnahmen besteht. Hiervon wurde Gebrauch gemacht.

Gemäß dem Koordinierungsrahmen zur GRW-G ist bei Verlagerungen mit wesentlichem Arbeitsplatzabbau aus einem GRW-Fördergebiet mit niedrigerer Förderintensität Einvernehmen der betroffenen Bundesländer herzustellen. Anderenfalls darf nur mit dem geringeren Fördersatz des abgehenden Bundeslandes gefördert werden.

Zwischen den Wirtschaftsverwaltungen der Länder Brandenburg und Berlin besteht eine besondere Vereinbarung zu den

Informations- und Entscheidungsprozessen bei Ansiedlungen und Verlagerungsinvestitionen. Danach werden systematisch und frühzeitig Information über relevante Vorhaben ausgetauscht und - Verschärfung gegenüber dem Koordinierungsrahmen - Verlagerungen von Berlin nach Brandenburg und umgekehrt nur im Einvernehmen gefördert. Die Zustimmung Berlins zur Förderung der beiden angesprochenen Verlagerungen ist gegeben. Unter Mitwirkung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen konnten die Unternehmen daher in der gemeinsamen Wirtschaftsregion gehalten werden.

Frage 733

SPD-Fraktion

Abgeordnete Jutta Lieske

- Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen der Administration des Kaliningrader Gebietes der Russischen Föderation und der Regierung des Landes Brandenburg -

Im Juli 1999 wurden in gemeinsamen Gesprächen in Kaliningrad unter Beteiligung der damaligen Regierungschefs Schwerpunktbereiche der Zusammenarbeit besprochen und vereinbart. Dazu zählen die Industriekooperation, Landwirtschaft, Soziales, Bauwirtschaft und Architektur, Umweltschutz, Kultur und Bildung und Wissenschaft sowie der Tourismus.

Ich frage die Landesregierung: Welche Ergebnisse konnten in der direkten Zusammenarbeit bisher erzielt werden?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers

Im Rahmen der seit 1994 bestehenden Partnerschaft des Landes Brandenburg mit dem Kaliningrader Oblast wurde 1999 von dem früheren Ministerpräsidenten Manfred Stolpe und dem damaligen Gouverneur Leonid Gorbenko ein Protokoll über beidseitige Gespräche in Kaliningrad unterzeichnet, auf das Ihre Frage zurückgeht. In der Kürze der Zeit konnte nicht in vollem Umfang und in aller Tiefe ermittelt werden, wie sich die von Ihnen angesprochenen Themen in den vergangenen 12 Jahren entwickelt haben - dafür bitte ich um Verständnis.

Ich freue mich jedenfalls, dass aus der Partnerregion die Duma-Vorsitzende Mitte dieses Monats den Landtag in Brandenburg besucht hat. Bei früheren Treffen der politischen Ebene (2001 Kooperationsvertrag Duma - Landtag BB, 2002 Gov. Jegorov trifft MP Stolpe und Landtagspräsident Knoblich, 2003 MP Platzeck in Kaliningrad, 2006 Gov. Jegorov in BB, 2007 Gov. Boos in BB) gab es immer wieder Anstöße, die sich auch in kleineren Projekten und Kontakten niederschlugen.

Da Import-/Exportdaten nicht regionenscharf registriert werden, möchte ich Sie zunächst um Nachsicht bitten, hier für die nur wenigen wirtschaftlichen Aktivitäten von und nach Kaliningrad keine genauen Zahlen benennen zu können. Um es auch gleich vorwegzusagen: In den damals verabredeten Bereichen Industriekooperation und Tourismus hat es keine Entwicklung gegeben.

Gleichwohl kam in den von Ihnen angesprochenen 12 Jahren eine Fülle von Kontakten zustande, allerdings sehr unterschiedlicher Konsistenz und zeitlicher Wirkung. Beispielhaft fanden im wirtschaftlichen Bereich - um nur einige Ereignisse

zu nennen - 2003 und 2004 durch das Bundeswirtschaftsministerium organisierte Wirtschaftsreisen mit großer Beteiligung von Brandenburger Unternehmen (29 bzw. 8 Unternehmen) statt. Mit dem stellvertretenden Wirtschaftsminister Kalinigrads wurde 2006 in der Landesvertretung Berlin eine Veranstaltung zu „2 Jahre Osterweiterung“ durchgeführt. 2008 erfolgte die Unterzeichnung einer Partnerschaftvereinbarung der Handwerkskammer Potsdam mit der Handwerkskammer der Stadt Kaliningrad. Im gleichen Jahr gab es auch eine Vereinbarung des Logistik Netzeswerkes Berlin-Brandenburg mit Partnern vor Ort („Baltische Staatliche Akademie der Fischereiflotte“). Einen nicht unbeachtlichen wirtschaftlichen, aber vor allem kulturellen Wert stellt die ebenfalls 2008 im wiedererrichteten Kaliningrader Dom installierte Orgel der Firma Schuke (jetzt Werder) dar. Unter Beteiligung einer Brandenburger Firma wurde ein Zollterminal errichtet. Schließlich gibt es engere Kontakte des Überbetrieblichen Ausbildungszentrums (ÜAZ) des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg in Frankfurt (Oder) mit dem Bau-College in Kaliningrad, das Gruppen zur Fortbildung nach Frankfurt (Oder) entsendet. In der Landwirtschaft gab es bereits in den 90er-Jahren sogenannte Praktikantenprogramme.

Brandenburg koordinierte im kulturellen Bereich für die 750-Jahr-Feier Kaliningrads die Beteiligung mehrerer deutscher Städte an der Restaurierung des zentralen Parks in Kaliningrad. Wichtige Gespräche gab es über Soldatenfriedhöfe in Kaliningrad und die Arbeit der Kriegsgräberfürsorge. Drei Kinderheime wurden längerfristig unter anderem durch „pro brandenburg“ unterstützt (Sovjetsk/Tilsit), es gibt auch eine Schulpartnerschaft (Henrietten-Gymnasium Oranienburg). In der Wissenschaft bestanden Kontakte der FH Lausitz, der TFH Wildau und der EUV Frankfurt (Oder).

Ein wesentliches Element der Beziehungen Brandenburg-Kaliningrad sind die in den vergangenen Jahren durchgeführten 6 „Runden Tische Kaliningrad“, zu denen bis 2009 durch die damals zuständige Staatskanzlei NGO's, Interessierte, auch bundesweit tätige Stiftungen und Ressorts eingeladen wurden, sich über die Situation vor Ort und die jeweiligen Aktivitäten auszutauschen. 2009 war dies mit einer gut besuchten Ausstellung „deutsch-russische Umweltprojekte“ der Deutschen Stiftung Umweltschutz in der Industrie- und Handelskammer Potsdam zusammen mit der Stiftung „Kulturforum Östliches Europa“, der Industrie- und Handelskammer und der Zukunfts-Agentur Brandenburg verbunden.

Die Beantwortung Ihrer Frage im Plenum des Landtages ist nicht nur Gelegenheit, einmal den vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren für Ihr Engagement in und mit Kaliningrad zu danken. Es muss auch gesagt sein: Die personelle Entwicklung auch in meinem Haus zwingt uns im Bereich der Außenkontakte - wie auf vielen anderen Feldern - zu einer Prioritätensetzung. Vieles Wünschenswertes kann nicht mehr im gedachten Rahmen umgesetzt werden. Die Landesregierung sieht sich diesen zivilgesellschaftlichen NGO's in deren Engagement verbunden, das wir nach unseren Möglichkeiten auch weiterhin begleiten werden.

Frage 734

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kornelia Wehlan

- Pkw-Maut -

Anfang Oktober wird die Verkehrsministerkonferenz die weitere Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur erörtern. In diesem

Zusammenhang ist auch das Thema der Pkw-Maut aufgerufen worden, das Bundesverkehrsminister Ramsauer wieder ins Gespräch brachte.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position vertritt sie zur Einführung der Pkw-Maut im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz am 5. und 6. Oktober 2011?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Das Thema PKW-Maut steht nicht auf der Tagesordnung der Verkehrsministerkonferenz am 5. und 6. Oktober 2011.

Es ist zwischen Bund und Ländern aber unstrittig, dass es eine Unterfinanzierung des Verkehrshaushaltes insbesondere im Sanierungsbereich der Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen gibt. Bund und Länder sind gemeinsam gezwungen, nach Lösungen zu suchen, die diese Finanzierungslücke schließen.

Frage 735

CDU-Fraktion

Abgeordneter Ingo Senftleben

- Einführung eines einheitlichen Elektronischen Personenstandsregister im Land Brandenburg -

Das Personenstandsgesetz sieht vor, dass spätestens ab 01.01.2014 die Personenstandsregister ausschließlich elektronisch geführt werden müssen. Dies stellt die Träger der standesamtlichen Aufgaben vor große technische und organisatorische Herausforderungen. Daher arbeitet seit dem Jahr 2007 eine Projektgruppe mit Vertretern des Innenministeriums, des Brandenburgischen IT-Dienstleisters (ZIT-BB), der kommunalen Spitzenverbände, der Landesfachverbände der Standesbeamten und der TUIV-AG an dem Ziel der Einführung eines zentralen Registers im gesamten Land Brandenburg, wie es auch bereits in anderen Bundesländern umgesetzt wurde. Seit Juni 2011 verkündet das Innenministerium nun eine mögliche Kehrtwende des gemeinschaftlichen Vorhabens.

Ich frage die Landesregierung: Warum hat sich das Land Brandenburg aus dem immer bekundeten Willen eines zentralen Landesregisters plötzlich zurückgezogen, obwohl andere Bundesländer positiv beispielgebend bei dieser Umsetzung sind?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Dr. Woidke

Die amtsfreien Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg sind nach § 1 des brandenburgischen Personenstandsausführungsgesetzes Träger der standesamtlichen Aufgaben. Sie haben als solche die durch das Personenstandsgesetz des Bundes geregelte ausschließlich elektronische Führung der Personenstandsregister spätestens ab dem 1. Januar 2014 umzusetzen. Dabei haben sie die Wahl, ihre Registerführung dezentral selbst zu organisieren oder aber unter Beachtung der Vergabe-rechtsvorschriften einen IT-Dienstleister mit der Registerführung zu beauftragen.

Das Land Brandenburg ist nach wie vor bereit, den kommunalen Aufgabenträgern ein zentrales Personenstandsregister anzubieten. Mit Rücksicht auf die kommunale Selbstverwaltung wird dieses aber bei ausreichender Nachfrage und Bereitschaft

zur kommunalen Kostentragung auf freiwilliger Basis eingerichtet werden. Einen Anschluss- und Benutzungszwang wird es in Brandenburg im Unterschied zu anderen Bundesländern nicht geben. Der Verlauf einer derzeitigen Umfrage zur Interessenbekundung der amtsfreien Gemeinden und Ämter zeigt das große Interesse an einem einheitlichen elektronischen Personenstandsregister. Für 164 der 176 Standesämter Brandenburgs wurde bisher eine positive Rückmeldung für den Anschluss an ein zentrales Personenstandsregister gegeben.

Frage 736

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Dr. Andreas Bernig

- Photovoltaik A 10 Havelbrücke Töplitz -

Das Projekt „Lärmschutz durch Photovoltaikanlagen“ beim achtstreifigen Ausbau der A 10 zwischen den Dreiecken Potsdam und Nuthetal nimmt Gestalt an. Das Interessenbekundungsverfahren wurde erfolgreich durchgeführt. Jetzt geht es um die Suche nach einem Investor und um die Gestaltung der Verträge.

Ich frage die Landesregierung: Sieht sie Möglichkeiten, potenzielle Investoren auch für das Projekt „Lärmschutz durch Photovoltaikanlagen an der A 10 Havelbrücke Töplitz“ zu gewinnen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Trotz des bis dato sehr positiven Verlaufs des Pilotprojektes „Photovoltaik plus Lärmschutz an der A 10“ steht das Land Brandenburg noch ganz am Anfang bezüglich der Erfahrungen mit photovoltaisch ertüchtigten Lärmschutzanlagen. Um neue Projekte des solaren Lärmschutzes erfolgreich angehen zu können, müssen zunächst weitere Erfahrungen auf diesem noch recht jungfräulichen Arbeitsgebiet gesammelt werden.

Das Pilotprojekt an der A 10 befindet sich im Moment in der Phase der Fertigstellung der Planungsunterlagen im Vorfeld eines zu erwartenden Planfeststellungsbeschlusses sowie in der Ausgestaltung eines ÖPP-Vertrags-Modell-Entwurfes.

Ob es tatsächlich einen Investor zur Finanzierung des solaren Lärmschutzes geben wird, wird das im Jahr 2012 vorgesehene Vergabeverfahren zeigen.

Wie Ihnen mit Antwort auf die Kleine Anfrage 2931 vom 24.06.09 sowie mit Schreiben vom 21.04.2010 bereits mitgeteilt wurde, steht die Landesregierung dem Lärmschutz durch Photovoltaikanlagen grundsätzlich offen gegenüber.

Da unter den gegenwärtigen Bedingungen kein Anspruch auf weitere aktive Lärmschutzmaßnahmen an der Havelbrücke bei Töplitz besteht, würde die Installation einer solaren Lärmschutzwand die Vollfinanzierung durch einen Dritten erfordern. Die Voraussetzungen für eine Kofinanzierung durch Bund oder Land sind derzeit nicht gegeben.

Die Landesregierung sieht sich aber gerne bereit, aufbauend auf weiteren, nachhaltigen Erkenntnissen aus dem Projekt „Photovoltaik plus Lärmschutz A 10“, weitere Optionen des solaren Lärmschutzes zu prüfen. Für den Moment stehen diese Erfahrungen aber noch aus.

Frage 737

CDU-Fraktion

Abgeordneter Henryk Wichmann

- Personelle Ausstattung im Bereich Verbraucherschutz -

Nach dem Dioxin-Skandal im Frühjahr dieses Jahres und der Diskussion im Landtag zur unzureichenden Personalausstattung im Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat sich leider wenig getan. Die Zahl der für die Kontrolle der Futtermittelhersteller zuständigen Mitarbeiter ist nach wie vor zu gering. Tierarztstellen werden nur befristet für ein Jahr ausgeschrieben, was dazu führt, dass die besten Bewerber gar nicht erst bereit sind, die Stellen im LUGV anzutreten. Zwar setzt sich die zuständige Ministerin für schärfere bundes- und europarechtliche Kontrollen im Futtermittelbereich ein, zur Umsetzung der bestehenden Regelungen mangelt es aber in Brandenburg nach wie vor an geeignetem Personal. Der Bereich der Futtermittelkontrollen in der Abteilung Verbraucherschutz im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ist derzeit nicht mit Fachpersonal besetzt, und die Mitarbeiterin, die diesen Bereich übergangsweise übernehmen sollte, hat dies wegen Arbeitsüberlastung abgelehnt.

Ich frage die Landesregierung: Wann werden die offenen Stellen im Bereich der Futtermittelkontrollen im MUGV und die offenen tierärztlichen Stellen im LUGV wieder besetzt?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack

Das Politikfeld Verbraucherschutz umfasst viele und sehr unterschiedliche verbraucherschutzpolitische Themen wie beispielsweise die Kennzeichnung von Lebensmitteln, den wirtschaftlichen Verbraucherschutz und selbstverständlich auch Fragen der Futtermittelsicherheit. Gerade hier habe ich in der Vergangenheit mehrfach dargestellt, dass Brandenburg im jüngsten Dioxinskandal im Gegensatz zu anderen Bundesländern keinerlei Probleme hatte und gut aufgestellt ist. Vor diesem Hintergrund thematisieren Sie personalwirtschaftliche Einzelfragen, die hinsichtlich ihrer Bedeutung nicht in dieses Gesamtbild passen.

Ihnen ist bekannt, dass die Landesregierung starke Anstrengungen unternommen muss, um im Interesse einer Konsolidierung des Landeshaushaltes einen zielgerichteten Personalabbau zu realisieren. Trotz aller erforderlichen Restriktionen ist es gelungen, im November letzten Jahres zwei Tierärzte dauerhaft für den Verbraucherschutz einzustellen, sodass ich das von Ihnen gezeichnete Bild zur angeblichen Personalsituation meines Ressorts relativieren möchte. Unabhängig von den personellen Einzelfragen möchte ich feststellen, dass die Aufgabenerfüllung meines Hauses in den angesprochenen Bereichen zu jedem Zeitpunkt gesichert war und ist und selbstverständlich Maßnahmen für eine ausreichende personelle Kontinuität getroffen werden.

Frage 738

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Jürgen Maresch

- Für alle Menschen in Brandenburg lesbare Polizeidienstausweise -

Polizisten in Rheinland-Pfalz bekommen zukünftig Dienstausweise, die auch für Menschen mit Behinderungen, hier im Be-

sonderen Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, lesbar sind. Dazu sind diese mit Brailleschrift gekennzeichnet, damit auch blinde oder sehbehinderte Menschen nachvollziehen können, ob sie wirklich von der Polizei angesprochen werden. Nach Aussage des dortigen Innenministers sind die neuen Polizeidienstausweise nach bundeseinheitlichen Kriterien gestaltet. Nach Nordrhein-Westfalen und Hessen ist Rheinland-Pfalz das dritte Bundesland, das eine Brailleaufschrift auf den Dienstausweisen der Polizei vorsieht.

Ich frage die Landesregierung: Plant sie, die Kriterien der anderen Bundesländer in diesem Fall anzuwenden und zukünftig ebenfalls Polizeidienstausweise auszugeben, die für alle Menschen im Land lesbar sind?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Dr. Woidke

Die Bediensteten der brandenburgischen Polizei tragen zur Legitimation gegenüber Dritten einen Dienstausweis aus Vollplastik im Format einer Scheckkarte mit den notwendigen Sicherheitsmerkmalen (3D-Hologramm, digitales Foto). Die Dienstausweise für alle Polizeivollzugsbediensteten haben die Grundfarbe grün, für alle Verwaltungsbediensteten die Grundfarbe gelb.

In Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen wurden nunmehr neue Dienstausweise für die Polizeibediensteten ausgegeben, welche auf der Rückseite in gepunkteter Tastschrift mit dem Wort „Polizei“ bzw. „Polizei NRW“ ausgestattet sind. Die neuen Ausweise entsprechen damit den gesetzlichen Forderungen nach Barrierefreiheit und Integration von behinderten Menschen. Durch die gestanzte Blindenschrift erhalten Menschen mit einer Sehbehinderung bzw. gestörten Sehfähigkeit die Sicherheit, dass sie tatsächlich von Polizeibediensteten angesprochen werden.

Selbstverständlich verfolgt auch das Land Brandenburg das Ziel, behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger zu integrieren. Genauso selbstverständlich wird auch die Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihren Beitrag hierzu leisten. Auch wenn zurzeit die Umsetzung der Polizeistrukturenreform im Vordergrund steht, werde ich die Möglichkeiten einer Überarbeitung der Dienstausweise prüfen lassen.

Frage 740

CDU-Fraktion

Abgeordneter Ingo Senftleben

- Wolfsrisse in der Lausitz -

In den vergangenen Wochen kam es in der sächsischen Lausitzregion zu vermehrten Wolfsrissen von Nutztieren. Das Kontaktbüro „Wolfsregion Lausitz“ gab in einer Pressemitteilung vom 20.09.2011 verschiedene Hinweise, welche die Landwirte und Nutztierhalter zum Schutz ihrer Tierbestände befolgen sollten. Viele dieser Schutzvorkehrungen sind mit zusätzlichen Investitionen für die Landwirte verbunden.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Wiedersiedlung des Wolfes im Land Brandenburg vor dem Hintergrund der finanziellen und arbeitszeitlichen Mehraufwendungen der Landwirte?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack

Die ehemals vom Menschen in Brandenburg ausgerottete Art ist nach Brandenburg zurückgekehrt und vermehrt sich inzwischen auch hier. Diesem Prozess liegt kein aktives Handeln der Landesregierung zugrunde und deswegen sprechen wir auch besser von seiner Rückkehr und nicht von einer Wiederansiedlung des Wolfes.

Die Gesellschaft ist es seit fast 200 Jahren nicht mehr gewohnt, in unserer Landschaft Haus- und Nutztiere vor Raubtieren zu schützen. So wie wir es gelernt haben, uns mit anderen Gefahren für Nutztiere wie Krankheiten oder dem Straßenverkehr, auseinanderzusetzen, so wird es auch zunehmend in das Bewusstsein von Tierhaltern dringen, dass die eigenen Tiere so eingezäunt und gesichert werden müssen, dass dem Wolf kein Übergriff gelingt.

Für Maßnahmen, die zu einer besseren Sicherung von Weidetieren führen, können betroffene Landwirte eine Förderung über die ILE-Richtlinie erhalten. Eine finanzielle Mehrbelastung durch eine Verbesserung von Weidezäunen entsteht somit nicht. Alle Tierhalter Brandenburgs sind inzwischen zweimal über die Tierseuchenkasse darüber informiert worden, wie eine wolfsichere Ausgestaltung von Weidezäunen zu erfolgen hat. Die Durchführung dieser Schutzmaßnahmen durch den Tierhalter ist die Voraussetzung, um dem Tierhalter bei einem Übergriff entstandene Verluste an Nutztieren zu ersetzen.

Frage 741

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Erhöhte Strahlenwerte in Gorleben -

Am Zwischenlager Gorleben wurden wiederholt erhöhte Strahlenwerte gemessen. Nach dem Anstieg der Strahlenbelastung im Zwischenlager Gorleben konkretisieren sich die Befürchtungen auch bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Niedersachsen, dass eine Gefährdung der Bevölkerung und der Einsatzkräfte vorliegt. Deshalb fordert sie den Stopp von Castortransporten nach Gorleben, solange eine Gefährdung der Bevölkerung und der Einsatzkräfte nicht ausgeschlossen werden kann.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Forderungen der GdP in Niedersachsen nach einem Castor-Stopp?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Dr. Woidke

Wie Sie wissen ist für den Schutz der niedersächsischen Bevölkerung und der am sowie im Transportbehälterlager Gorleben handelnden Einsatzkräfte der Polizei die Landesregierung Niedersachsen zuständig.

Die niedersächsische Landesregierung hat am Transportbehälterlager in Gorleben inzwischen eine Präzisionsmessung durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt durchführen lassen. Das Ergebnis bestätigte die angesprochenen erhöhten Strahlen-

werte nicht; von einer Gefährdung für die Bevölkerung und die Einsatzkräfte der Polizei wird nicht ausgegangen.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach einem Stopp der sogenannten CASTOR-Transporte derzeit nicht nachvollziehbar.

Bei den Transporten obliegen den Ländern hinsichtlich des Genehmigungsverfahrens keinerlei Zuständigkeiten.

Die Landesregierung geht davon aus, dass das für die Erteilung einer Transportgenehmigung zuständige Bundesamt für Strahlenschutz bei künftigen Genehmigungsverfahren die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen und deren Forderungen nach einem CASTOR-Stopp berücksichtigen wird.

Frage 742 fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Auswirkungen der Zuständigkeitsverschiebungen durch geplante Änderung der Land-, Amts- und Arbeitsgerichtsbezirke -

Der Gesetzentwurf zur Neuordnung von Land-, Amts- und Arbeitsgerichtsbezirken und zur Änderung der Vorschriften der Gerichtsorganisation schließt nicht grundsätzlich aus, dass bereits laufende Verfahren nicht völlig neu eröffnet werden können. Das könnte sich für das Personal und für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie für die Finanzlage ungünstig auswirken.

Daher frage ich die Landesregierung: Mit welchen Auswirkungen bezüglich betroffener Bürgerinnen und Bürger und Kosten für das Land rechnet sie, wenn es durch die Änderung der Gerichtsbezirke zu Zuständigkeitsverschiebungen bei bereits laufenden Verfahren kommt?

Antwort der Landesregierung

Minister der Justiz Dr. Schöneburg

Auf bereits anhängige Zivil- und Strafverfahren wirkt sich eine Änderung der Gerichtsbezirke nicht aus. Sie müssen nicht neu begonnen werden. Die sachbezogene Folge der Bezirksänderung eines weiterbestehenden Gerichts ist bundesgesetzlich geregelt. Es gilt die perpetuatio fori. Das Gericht bleibt für die bei ihm schon vor der Bezirksänderung rechtshängigen Sachen zuständig, auch wenn es nach der neuen Bezirksabgrenzung nicht mehr zuständig wäre. Das betrifft die rechtshängigen Sachen bei den Landgerichten Potsdam und Frankfurt (Oder) und den Amtsgerichten Königs Wusterhausen, Nauen und Schwedt/Oder, für die sie nach den Bezirksänderungen nicht mehr zuständig wären, weil Bezirksteile anderen Gerichten zugeordnet werden oder Konzentrationsregelungen Sachen anderen Gerichten zuweisen. Diese Sachen haben die Gerichte kraft Bundesrechts fortzuführen. Besonderer Aufwand für die Verfahrensbeteiligten oder Kosten für das Land sind daher nicht zu erwarten.

Landesrechtlicher Regelungsbedarf besteht für die Folgen der Aufhebung eines Gerichts. Dies betrifft die Aufhebungen des Amtsgerichts Guben und des Arbeitsgerichts Senftenberg.

In Guben soll eine Zweigstelle des Amtsgerichts Cottbus eingerichtet werden. Der Bezirk des Amtsgerichts Guben soll auf die Bezirke der Amtsgerichte Lübben (Spreewald) und Cottbus aufgeteilt werden. Die Zweigstelle Guben soll alle vormals bei dem Amtsgericht Guben anhängig gewesenen Sachen erledigen. Diese Sachen werden nicht auf die Amtsgerichte Cottbus und Lübben (Spreewald) aufgeteilt. So wird erheblicher Aufwand vermieden, der erforderlich wäre, um für jedes einzelne Verfahren zu beurteilen, ob es in Guben oder in Lübben (Spreewald) fortgeführt werden soll. Besonderer Aufwand für die Verfahrensbeteiligten oder Kosten für das Land sind daher nicht zu erwarten.

Der Bezirk des Arbeitsgerichts Senftenberg soll vollständig dem Arbeitsgerichtsbezirk Cottbus zugeordnet werden, für das in Senftenberg auswärtige Kammern eingerichtet werden. Die auswärtigen Kammern sollen alle anhängigen Sachen erledigen, die vom Arbeitsgericht Senftenberg auf das Arbeitsgericht Cottbus übergehen. Alle in Senftenberg anhängigen Sachen werden also dort fortgeführt. Auch hier sind daher besonderer Aufwand für die Verfahrensbeteiligten oder Kosten für das Land nicht zu erwarten.

Nicht um einen Verfahrensübergang im engeren Sinne, sondern um einen Übergang der Registerzuständigkeit handelt es sich, wenn nach Wohnsitz, Geschäftssitz oder Grundstückslage geführte Register künftig von einem anderen als dem bisher zuständigen Amtsgericht fortgeführt werden. Die Bezirksverschiebungen vom Amtsgericht Nauen zum Amtsgericht Rathenow und vom aufzuhebenden Amtsgericht Guben zum Amtsgericht Lübben (Spreewald) werden einen Übergang der Grundbuchzuständigkeit bewirken. Auch die neue Zuordnung der Amtsgerichte Schwedt/Oder und Königs Wusterhausen wird einen Übergang der Zuständigkeit für die Registerführung auslösen, der sich aus dem Bundesrecht ergibt. Das Handelsregister, das Genossenschaftsregister, das Partnerschaftsregister und das Vereinsregister werden von den Amtsgerichten am Sitz eines Landgerichts für den gesamten Bezirk dieses Landgerichts geführt. Für Registersachen aus dem Amtsgerichtsbezirk Schwedt/Oder ist deshalb zukünftig nicht mehr das Amtsgericht Frankfurt (Oder), sondern das Amtsgericht Neuruppin zuständig und für Registersachen aus dem Amtsgerichtsbezirk Königs Wusterhausen nicht mehr das Amtsgericht Potsdam, sondern das Amtsgericht Cottbus.

Das Heraussuchen der betroffenen Registerblätter und deren Umschreibung kann in weitem Umfang automatisch bewältigt werden. Die Umschreibung erfordert neben dem längerfristigen zusätzlichen Personaleinsatz auch die Anpassung des Registerfachverfahrens AUREG. Hierfür dürfte ein geschätzter finanzieller Aufwand in Höhe von mindestens 130 000 Euro anzusetzen sein. Für die erforderlichen Anpassungen des Grundbuchverfahrens SolumSTAR wird ein Aufwand von 75 000 bis 90 000 Euro erwartet. Es sind etwa 22 000 Grundbuchblätter betroffen. Die Umzugskosten, die vom Umfang der zu verlagernden Akten abhängig sein werden, können derzeit noch nicht geschätzt werden.

Kaufleute, die von dem Zuständigkeitsübergang betroffen sind, müssen die Nachweise des Registergerichts auf ihren Geschäftsbriefen ändern. Die Kosten dafür haben sie selbst zu tragen. Gerichtskosten entstehen durch die erforderlichen Neueintragungen bei den künftig zuständigen Registergerichten nicht.

Die Verfahren in Registersachen werden weitestgehend schriftlich oder elektronisch abgewickelt. Sollte dennoch etwas am Sitz des Registergerichts zu erledigen sein, so können sich durch längere Anfahrtwege zum künftig zuständigen Gericht die Fahrtkosten und der Zeitaufwand für die Beteiligten und ihre Bevollmächtigten erhöhen. Aufwand und Kosten werden sich hingegen verringern, wenn das künftig zuständige Gericht schneller zu erreichen ist als das derzeit zuständige. Gerade für am Sitz eines aufnehmenden Gerichts niedergelassene Rechtsanwälte und Notare werden sich Kosten und Zeitaufwand verringern. Beziffert werden kann dies jedoch nicht (vgl. die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1334 „Kosten der Gerichtsstrukturreform“, Drucksache 5/3679, S. 3 f.).

Anwesenheitsliste vormittags:

Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Beyer (FDP)
Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Herr Bretz (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Christoffers (DIE LINKE)
Herr Dombrowski (CDU)
Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Herr Genilke (CDU)
Frau Geywitz (SPD)
Herr Goetz (FDP)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Herr Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau von Halem (GRÜNE/B90)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Herr Holzschuher (SPD)
Herr Homeyer (CDU)
Herr Jürgens (DIE LINKE)
Herr Jungclaus (GRÜNE/B90)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)
Herr Lakenmacher (CDU)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Lipsdorf (FDP)
Herr Ludwig (DIE LINKE)
Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Herr Maresch (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Herr Ness (SPD)
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
Herr Petke (CDU)
Frau Richstein (CDU)

Herr Richter (SPD)
Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Herr Schulze (SPD)
Herr Senftleben (CDU)
Frau Stark (SPD)
Frau Tack (DIE LINKE)
Frau Teuteberg (FDP)
Frau Theiss (SPD)
Herr Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Herr Vogel (GRÜNE/B90)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Herr Wichmann (CDU)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Frau Wolff-Molortciuc (DIE LINKE)
Herr Ziel (SPD)

Anwesenheitsliste nachmittags:

Herr Baaske (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Beyer (FDP)
Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Herr Bommert (CDU)
Herr Bretz (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Christoffers (DIE LINKE)
Herr Dombrowski (CDU)
Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Herr Genilke (CDU)
Frau Geywitz (SPD)
Herr Goetz (FDP)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Herr Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau von Halem (GRÜNE/B90)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Herr Hoffmann (CDU)
Herr Holzschuher (SPD)
Herr Homeyer (CDU)
Herr Jürgens (DIE LINKE)
Herr Jungclaus (GRÜNE/B90)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)
Herr Lakenmacher (CDU)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Lipsdorf (FDP)
Frau Dr. Ludwig (CDU)
Herr Ludwig (DIE LINKE)
Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Herr Maresch (DIE LINKE)

Frau Meier (DIE LINKE)

Frau Melior (SPD)

Frau Dr. Münch (SPD)

Frau Muhß (SPD)

Herr Ness (SPD)

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)

Herr Petke (CDU)

Herr Pohl (SPD)

Frau Richstein (CDU)

Frau Schier (CDU)

Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)

Frau Schulz-Höpfner (CDU)

Herr Schulze (SPD)

Herr Senftleben (CDU)

Frau Stobrawa (DIE LINKE)

Frau Tack (DIE LINKE)

Frau Teuteberg (FDP)

Frau Theiss (SPD)

Herr Tomczak (FDP)

Frau Vogdt (FDP)

Herr Vogel (GRÜNE/B90)

Frau Wehlan (DIE LINKE)

Herr Wichmann (CDU)

Frau Wöllert (DIE LINKE)

Herr Dr. Woidke (SPD)

Frau Wolff-Molerciuc (DIE LINKE)

Herr Ziel (SPD)

